SIE WAREN BÜRGER UNSERER STADT



Beiträge zur Geschichte
der Juden in Vlotho

HERAUSGEBER:
MENDEL-GRUNDMANN-GESELLSCHAFT e.V.
VLOTHO 1988



Alwin Juchenheim



Paula Juchenheim



Hans Juchenheim



Lore Juchenheim



Samson Heynemann



Hedwig Heynemann



Moses Mosheim



Gerda Mosheim



Sophie Mosheim

Beiträge zur Geschichte
der Juden in Vlotho

SIE WAREN BÜRGER UNSERER STADT



Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

HERAUSGEBER:
MENDEL-GRUNDMANN-GESELLSCHAFT e. V.
VLOTHO 1988

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	*Seite* 5
Manfred Kluge	Die ersten Juden in Vlotho	7
Manfred Kluge	Zur Geschichte der jüdischen Schule in Vlotho	22
Stephen H. Loeb	Als jüdisches Kind in Vlotho	45
Stephen H. Loeb	Rosch Haschana – jüdisches Neujahrsfest in Vlotho	57
Frank Lehmann	Der alltägliche Antisemitismus in Vlotho	62
Frank Lehmann *Manfred Kluge*	Die wirtschaftliche Ausschaltung der Juden	68
Frank Lehmann	Die „Reichskristallnacht" in Vlotho	86
Helmut Brinkmann *Günther Hack*	Augenzeugen erinnern sich	98
Helmut Urbschat	Louis Steinberg – ein jüdisches Schicksal	106
Manfred Kluge	Von Vlotho nach Auschwitz – Die Deportation der Vlothoer Juden	111
Helmut Urbschat	Wiedergutmachung?	131

Sie waren Bürger unserer Stadt

Redaktion: Dagmar Ammon, Günther Hack, Manfred Kluge,
Frank Lehmann, Manfred Schütz, Helmut Urbschat

Buchgestaltung: Manfred Schütz

Statt eines Vorwortes

DIESES KLEINE STÜCKCHEN ERDE ist beinahe einziger Zeuge, daß seit Generationen die jüdischen Bürger eine bedeutende Rolle im Leben dieser Stadt gespielt haben. Ein Blick auf die Grabsteine und deren Inschriften erzählt uns Heutigen vieles. Schöne und schmerzhafte Erinnerungen sind mit ihnen verbunden. Ganze Familien und ihre Geschichte tauchen auf einmal wieder auf. Die Namen erzählen von der Vergangenheit und erinnern uns, welchen Anteil diese Menschen in ihrer Zeit an dem Fortschritt der Stadt und ihrer bezaubernden Umgebung hatten.

Alle Schichten des Lebens sind hier vertreten. Eine Eigenschaft aber war allen gemein: sie waren mit dem Lande verwurzelt und lebten ein friedliches Dasein. Nur wenige, die hier ruhen, ahnten, was ihren Hinterbliebenen bevorstand. Einige Jahre, nachdem die letzte Seele auf diesem Friedhof beigesetzt wurde, war kaum mehr eine Spur von den dreißig jüdischen Familien dieser Stadt vorhanden. Lediglich ein paar junge Menschen entkamen dem Grauen. Alle anderen wurden vernichtet.

Jetzt sind wir hier versammelt, um dieser Opfer zu gedenken und sie in Gedanken beizusetzen. Es war ihnen nicht vergönnt, ihr Leben auszuleben und in Frieden zu sterben . . .

Die Stadt und ihre Umgebung nimmt durch dieses Gedächtnismal den Begriff „Heimat" wieder voll an.

In diesen Bergen mit ihren schönen Wäldern wuchsen wir auf. In der Weser schwammen wir mit unseren Freunden. Auf den Feldern spielten wir für die Ehre der Arminia. In unserem Vaterhaus genossen wir die Liebe der Eltern und Geschwistern. Deren Erziehung und die Pflichterfüllung und das Verständnis unserer Lehrer gaben uns das Fundament, uns in der Ferne durchzusetzen.

Jetzt können wir wenigen Überlebenden dank Ihrer Mühe zu diesem Friedhof kommen und würdevoll diesen guten Ort besuchen. Diese Feier ist ein Zeugnis für den Willen, in Frieden miteinander zu leben.

Wir wollen hoffen, daß dieses Gedächtnismal der Bevölkerung etwas sagt und Bedeutung annimmt, damit eine solche ungeheuerliche Katastrophe in Zukunft verhindert wird.

Dann hat der Tod unserer Lieben eine Bedeutung.

Mit diesem Denkmal ehren Sie die Toten, uns und sich selbst.

Stephan H. Loeb
bei der Weihe des jüdischen Gedächtnismales 1969

Für die freundliche Unterstützung,
die wir bei den Mitarbeitern
der Stadtverwaltung Vlotho,
dem Kreisarchiv Herford
und den Staatsarchiven Detmold
und Münster gefunden haben,
sagen wir herzlichen Dank.

Gleichzeitig bedanken wir uns
bei allen Personen,
die uns durch Auskünfte und Anregungen
sowie mit Material unterstützt haben.

Mendel-Grundmann-Gesellschaft e. V.
Vlotho, im November 1988

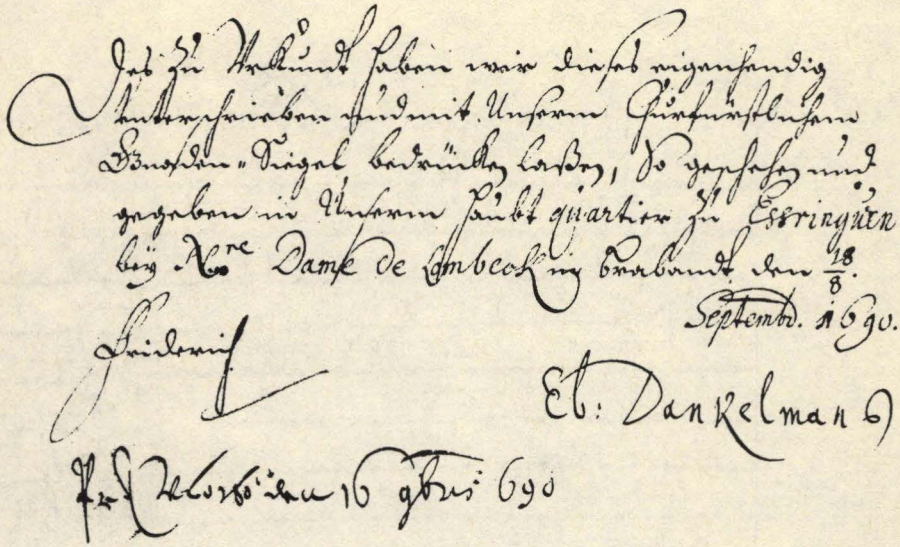
Manfred Kluge

Die ersten Juden in Vlotho

Zwei Schutzbriefe für Vlothoer Juden

„WIR, FRIEDRICH DER DRITTE, VON GOTTES GNADEN,
MARKGRAF ZU BRANDENBURG, DES HEYL. RÖMISCHEN REICHS
ERZ-CÄMMERER UND CHURFÜHRST IN PREUSSEN . . .
THUN KUNDT UNDT FÜGEN HIRMIT ZU WISSEN,
DASS WIR DEN JUDEN **ISRAEL SPANIER,**
ZUM VERGLEITETEN JUDEN IN UNSER FLECKEN VLOTHO,
GRAFSCHAFT RAVENSBERG,
IN GNADEN ANGENOMMEN HABEN,
THUN DAS AUCH HIRMIT UND VERGLEITEN DENSELBEN,
SAMBT SEINER FAMILIE,
AN VERMELTES FLECKEN,
ALSO UND DER GESTALT,
DAS ER SICH DASELBST HÄUSSLICH NIEDERLASSEN,
SEINE WOHNUNG ANRICHTEN,
UND ALLE DENEN ÜBRIGEN JUDEN IN GEDACHTER UNSERER
GRAFSCHAFT RAVENSBERG
ZU GELASSENER HANDLUNG TREIBEN MÖGEN,
JEDOCH, DASS ER SICH DABEY GELEITLICH VERHALTEN,
UND DAS GEWOHNLICHE SCHUTZGELDT ZU GEHÖRIGER ZEIT
JEDESMAHL RICHTIG ABSTATTEN,
WELCHENFALLS UNSERE RAVENSBG.
AMBTS KAMMER UND DER DROST ZU VLOTHO
IHN BEI DIESEM GELEITSPATENT ZU SCHÜTZEN,
UND VON NIEMANDT ER SEY, WER ER WOLLE,
DAWIEDER BEEINTRÄCHTIGEN ZU LASSEN.
DES ZU URKUNDT HABEN WIR
DIESES EIGENHENDIG UNTERSCHRIEBEN
UND MIT UNSERM CHURFÜRSTLICHEN GNADEN
SIEGEL BEDRÜCKEN LASSEN,
SO GESCHEHEN UND GEGEBEN
IN UNSERM HAUPTQUARTIER ZU ESSRINGUEN
BEY DAME DE LAMBECK
IN BRABANDT DEN 18./8. SEPTEMBR. 1690.
FRIEDRICH. EB. DANKELMAN."

Wir, Friederich der Dritte, von Gottes
gnaden, Marggraff zu Brandenburg, des Heyl. Römischen
Reichs Erz-Cammerer und Churfürst in Preussen,
zu Magdeburg, Gülich, Cleve, Berg, Stettin, Pommern,
der Cassuben und Wenden, auch in Schlesien, zu Crossen
und Jägerndorff Hertzog, Burggraff zu Nürnberg,
Fürst zu Halberstadt, Minden und Camin, Graff
zu Hohen Zollern, der Marck und Ravensberg, Herr
zu Ravenstein und der Lande Lauenburg und Bütau,
Thun Kund und fügen hiemit zu wissen, demnach
denen Juden, Israel Abraniez, zum Hertzberg in
Unserer Churfürstl. Stadt Berlin, Burgerschafft Ravensberg,
in gnaden angenommen haben, Thun dahero auch
hiemit kund und zu wissen denselben, sambt seiner
familie, und Gesinde sich hier, also und der gestalt
daß sie sich daselbst frey und sicher niederlassen, daine
Handlung treiben, und alle denen übrigen Juden
in gedachter Unserer Burgerschafft Ravensberg gebräuchliche
Handlung treiben mögen, jedoch daß sie sich darbey
gebührlich verhalten, und das vorgeschriebene Schutz-Geld
zu gehöriger Zeit Jedesmahl richtig abstatten, welches
gedachten Juden Israel, seinen Erben und denen
Seinigen zu Berlin gegebenen Patent zu
schützen, und denen niemand Eintrag thun, noch sie wollen,
sondern dessen Versicherung zu haben



Schutzbrief für Israel Spanier aus dem Jahre 1690
(Original im Stadtarchiv Vlotho)

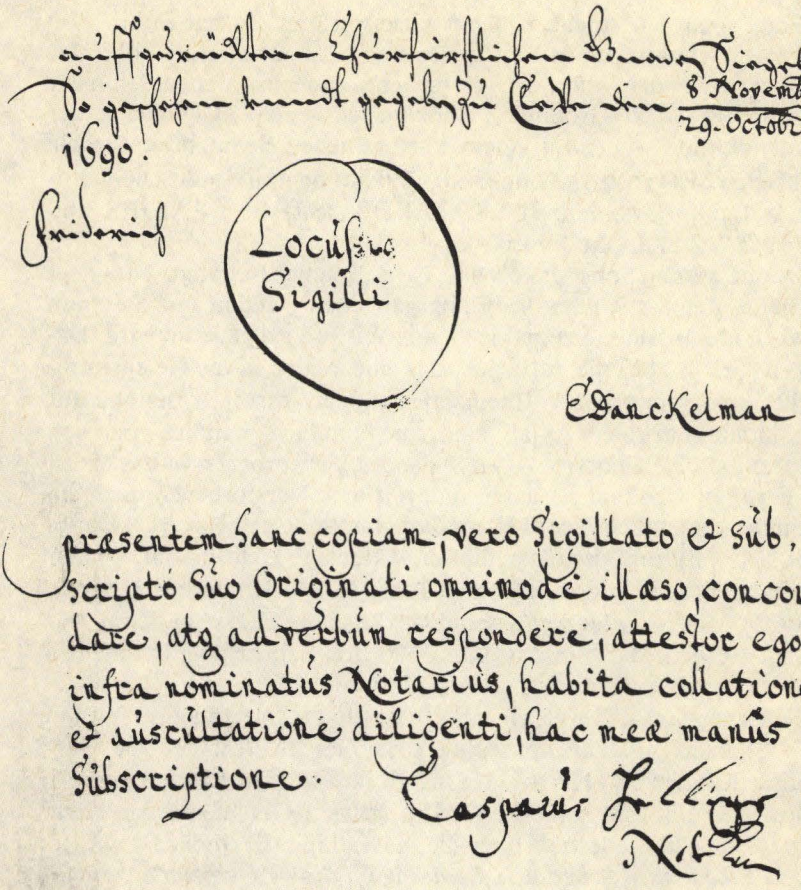
Dieses ,,Geleitspatent'', dessen handschriftliche Ausfertigung für Israel Spanier sich im Stadtarchiv befindet, ist die älteste uns bekannte schriftliche Quelle, die uns die Anwesenheit von Juden in Vlotho bezeugt.

Kurfürst Friedrich III. — ab 1701 als Friedrich I. erster ,,König in Preußen'' — erteilt also dem Juden Israel Spanier einen Schutzbrief, der es ihm gestattet, sich mit seiner Familie in Vlotho häuslich niederzulassen. Außerdem wird ihm erlaubt, all die Handlungen zu betreiben, die den übrigen Juden in der Grafschaft Ravensberg gestattet sind. Dabei soll er von niemandem, ,,er sei, wer er wolle'', beeinträchtigt werden. Als Gegenleistung hat Israel Spanier das ,,gewöhnliche'' Schutzgeld pünktlich zu zahlen und sich im übrigen ,,geleitlich'' zu verhalten. Was ,,geleitliches'' Verhalten ist, wird später noch zu untersuchen sein.

Aus dem gleichen Jahr mit den Daten 29. Oktober / 8. November liegt ein weiterer Geleitsbrief im Original vor. Beide Dokumente wurden erstmals 1912 in den ,,Ravensberger Blättern für Geschichts-, Volks- und Heimatkunde'' veröffentlicht. In dem zweiten Schutzbrief heißt es: Nachdem *,,von den Beiden auf Ampt und Flecken Vlotho in der Grafschaft Ravensberg hierbevor vergleiteten Juden*

Demnach Seiner Churfürstlichen Durchl.
zu Brandenburg, Unserem gnädigsten Herrn be,
kantlich hinterbracht worden, was gestalt bey
dessen beiden auf das Ambt Immobl Flecken Plotho
in der Grafschaft Ruppinischen gelegenen Dorfschaf,
ten Fridau einer mit Tode abgegangen, So haben
die selbe an sothanen Verstorbenen Fridau Statt, nie,
mand von der jetzo noch lebenden Hinterlassenen Wittib,
Herr Fridau selbst Jacobs Kindern, welche derselben
darzu benennet worden, auf gedachtes Ambt
Immobl Flecken Plotho hiermit Immobl Kraft dieses
in gnaden wieder verliehen werden, Also Immobl
dergestalt, dass einer von gedachten Fabst Jacobs Kind
sich zu heurathen oder setzen, eine familie daselbst
anrichten, auch alle dessen Fridau in der Graf,
schaft Ruppin bisher hinterlassene Landsässige
daselbst treiben und fortsetzen mögen, jedoch, das
das gewöhnliche Schutzgeld davon jederzeit richt,
tig abgetragen werde, diese hinterlassene Fridau famil,
le auch sich sonst jederzeit gebührlich verhalten, wel,
chenfalls der Drost und Immobl zu Plotho dieselben
reticanten bey dessen Ihnen gnedigst ertheilten
gebührl. Patent jederzeit auch anhalten und
thätlichst schützen und zu manteniren.

Urkundtlich unter höchstgedachtes Seiner Chur,
fürstl. Durchl. eigenhändigen unterschrifft und



Schutzbrief für ein Kind des Jobst Jakob, 1690
(Original im Stadtarchiv Vlotho)

---

einer mit dem Tode abgegangen'' ist, wird dem ,,noch lebenden zweiten Vlötischen Juden, JOBST JAKOB,'', gestattet, eines seiner Kinder ,,vergleiten'' zu lassen. Demnach darf sich *,,eines von gedachtes Jobst Jakobs Kindern an bemelten Orte setzen (und) eine Familie daselbst anrichten''.* Im übrigen darf diese Familie alle Handlungen ausüben, die den anderen in der Grafschaft Ravensberg ansässigen Juden erlaubt sind. Es fehlt auch nicht der Hinweis, daß das Schutzgeld richtig zu zahlen sei, und die Familie sich ansonsten *,,geleitlich''* zu verhalten habe. Unter diesen Bedingungen werden Drost und Beamte zu Vlotho aufgefordert, dieser Familie nachdrücklich Schutz zu gewähren.

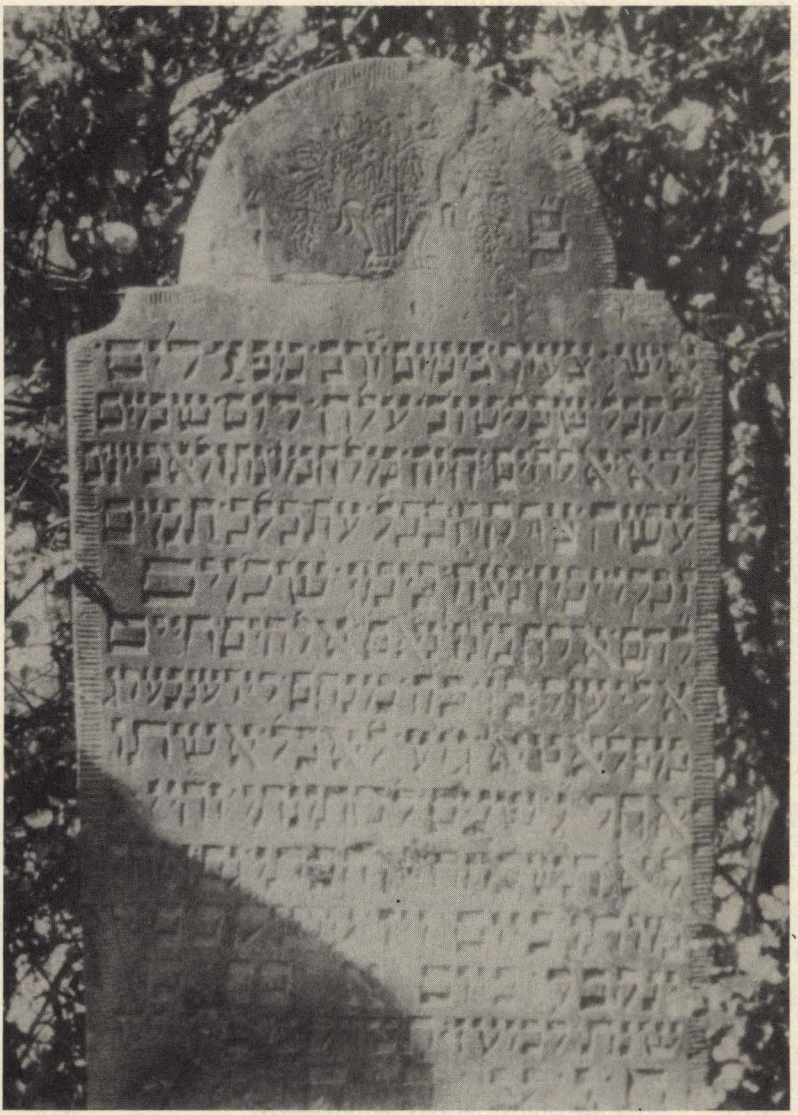
Folgt man den Angaben dieses Geleitsbriefes, so hat es bis 1690 nur zwei Schutzjuden in Vlotho gegeben, von denen einer Jobst Jakob ist, der andere aber, der verstorbene, zunächst namentlich nicht bekannt ist. Karl Großmann berichtet in seiner „Geschichte der Stadt Vlotho" aber von einem kurfürstlichen Schutzbrief für die Grafschaft Ravensberg vom 23. 6. 1691, in dem drei jüdische Familien aufgeführt werden: JOBST JAKOB, ISRAEL SPANIER und die WITWE SALOMON LEVI.

Damit werden Jobst Jakob und Israel Spanier bestätigt. Nun liegt es nahe, den „mit dem Tode abgegangenen" Juden mit Salomon Levi zu identifizieren, zumal jetzt eine Witwe Levi genannt wird. Dagegen spricht aber die Tatsache, daß eine Witwe in die Geleitsnachfolge ihres verstorbenen Ehemannes eintrat. Insofern bestand für den Landesherrn kein Anlaß, eine neue Familie — nämlich eines von „Jobst Jakobs Kindern" — an Stelle des Verstorbenen in das Geleit zu berufen. Denkbar ist auch, daß mit dem Verstorbenen noch ein weiterer namentlich nicht bekannter Schutzjude gemeint war. Dieses läßt sich aufgrund der lückenhaften Aktenlage nicht klären. Unklar bleibt zunächst auch, welches von Jobst Jakobs Kindern sich nun in Vlotho häuslich niedergelassen hat. Zusammenfassend kann nur gesagt werden, daß um das Jahr 1690 drei Schutzjudenfamilien in Vlotho ansässig waren.

Selbstverständlich werden schon vor dieser Zeit Juden in Vlotho gelebt haben, zumal die Spuren jüdischer Geschichte in den Nachbarstädten Minden und Herford bis ins 13. und 14. Jahrhundert zurückgehen. H. Harland schreibt 1888 in seiner „Geschichte der Herrschaft und Stadt Vlotho" über die Ansiedlung der Juden:

„Die Zeit, in welcher sich die hiesige jüdische Gemeinde gebildet hat, ist nicht genau festzustellen . . . Jedenfalls waren aber schon vor mehr als 200 Jahren einige jüdische Familien in Vlotho wohnhaft. Wie schon erwähnt, kommt bereits im Jahre 1680 der Name ‚Judenbrink' als Benennung für den alten jüdischen Friedhof (Anm.: am Ostabhang des Amthausberges) hierselbst vor. Wahrscheinlich sind einige Juden gleich darauf hierher gezogen, nachdem der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der alle Mittel aufbot, die Industrie und den Wohlstand seines Landes zu heben, 1670 denselben seine Staaten öffnete . . ." (Harland, S. 234).

Diese Vermutung wird durch die vorliegenden Schutzbriefe und die Rückschlüsse, die sie zulassen, durchaus bestätigt. Harland weist in diesem Zusammenhang noch auf einen alten Grabstein aus dem Jahre 1713 hin, der nach seiner Kenntnis die Worte trug: „Juda, Sohn Jacobs Koppel". Derselbe Stein steht heute als sichtbarer Zeuge der ersten Vlothoer Juden am jüdischen Mahnmal. Er wurde 1969 zusammen mit anderen gut erhaltenen Grabsteinen bei der Gestaltung des Mahnmals vom alten Judenfriedhof am Oberg zum Juden-



Einer der alten Grabsteine mit hebräischer Inschrift, der vom Judenfriedhof am Oberg zum Mahnmal an der Wasserstraße verlegt wurde

friedhof in der Wasserstraße verlegt. Die hebräische Inschrift ist wie folgt zu übersetzen:

„Juda Plaut Sohn von Jakob Koppel
gestorben am 18. Tag des Monats AW
im Jahre 5473" (1713).

Juda Plaut ließe sich als Sohn des Jakob Koppel mit dem im Schutzbrief erwähnten Jobst Jakob durchaus in verwandtschaftliche Beziehung bringen.

Die rechtliche Bedeutung der Schutzbriefe

Welche rechtliche Bedeutung hatte nun ein solches „Geleitspatent", wie es für Israel Spanier vorliegt? Allein die Tatsache, daß der höchste Repräsentant des Staates, der Kurfürst, persönlich tätig werden mußte, wenn sich in dem unbedeutenden Flecken Vlotho im Ravensberger Lande eine jüdische Familie niederlassen wollte, zeigt die Sonderstellung auf, in der die Juden in Brandenburg-Preußen wie in den anderen deutschen Staaten des Heiligen Römischen Reiches lebten.

Sie waren mehr Ausländer als „Inländer", ihre Existenzberechtigung mußten sie sich in einem Vertrag mit dem Landesherrn erwerben. Dieser übernahm dann ihren „Schutz und Schirm", ohne sie jedoch in den Stand von gleichberechtigten Bürgern zu erheben. Aber sie waren immerhin im Stande eines Untertanen — mit festgelegten Pflichten und begrenzten Rechten:

„Sie erhielten durch die Aufnahme in die Gemeinschaft die Rechte und Pflichten aller Untertanen . . . Wie jeder Untertan hatten sie Anspruch auf obrigkeitlichen Schutz für sich und ihr Vermögen. Folglich konnten sie persönliche Pflichten übernehmen, über ihr Vermögen frei verfügen und Heiratsverträge schließen. Als Familienväter besaßen sie alle Rechte und väterliche Gewalt" (Guenter, S. 45).

Das Sonderrecht für Juden geht auf mittelalterliche Rechtsverhältnisse zurück. Verfolgungen der Juden während der Kreuzzugsbewegung, aber auch finanzielle Erwägungen veranlaßten 1236 Kaiser Friedrich II., die Juden zu „Kammerknechten" des Kaisers zu erklären. Juden wurden unter den Schutz des Kaisers gestellt, dafür zahlten sie eine Kopfsteuer an den Kaiser. Es entwickelte sich daraus das sogenannte „Judenregal", d. h. das Recht, über die Juden selbst und über ihre Steuern verfügen zu können. Es gehört zu den mittelalterlichen Rechtsvorstellungen, daß solche Regalien verkauft, verpfändet oder verliehen werden konnten. So ging das Judenregal im Lauf der Geschichte zunächst vom Kaiser auf die Fürsten, später auf die erstarkenden Städte über. Zur Zeit des Absolutismus versucht der jeweilige Landesfürst wieder, dieses Hoheitsrecht über die Juden voll an sich zu ziehen. In diese Zeit fallen unsere Schutzbriefe.

Beide persönlichen Schutzbriefe sind recht kurz und allgemein gehalten und verweisen auf andere geltende „geleitliche" Bestimmungen, die im Vertrag selbst nicht aufgeführt sind, auf Rahmenbedingungen des Judenrechts in Brandenburg-Preußen.

Hier müssen wir zurückgreifen auf ein berühmt gewordenes Edikt des Großen Kurfürsten vom 21. Mai 1671, mit dem er fünfzig aus Wien vertriebene Judenfamilien aufnahm und damit ein neues Kapitel der Judenpolitik in Brandenburg-Preußen einleitete. Diese „Conditiones" — im folgenden zitiert nach einem Geleitsbrieformular von 1688 nach Selma Stern — dürften auch für die hier vergleiteten Juden

gültig gewesen sein. Demnach galten für einen vergleiteten Juden folgende Bestimmungen:

- *Er darf sich in dem genannten Orte niederlassen;*
- *er darf „Handel und Wandel treiben, ungehindert kaufen und verkaufen", „offenen Kram und Buden haben", die Waren „stück- und ellenweise verkaufen";*
- *er darf auf „öffentlichen Jahr- und Wochenmärkten seine Waren feil halten";*
- *er darf im eigenen Haus schlachten, und was er nicht braucht, an andere verkaufen;*
- *er soll sich aber aller gestohlenen Sachen enthalten;*
- *er soll niemanden übervorteilen;*
- *er soll mit Geldern keinen Wucher treiben;*
- *er soll Zölle und Steuern wie die anderen Untertanen entrichten;*
- *er soll gute Münzsorten nicht aus dem Lande ausführen, untaugliche nicht einführen;*
- *sollte er ein Haus oder einen Acker erwerben, so soll dies „wiederkaufsweise" geschehen, so daß Christen sie wieder erwerben können;*
- *er soll sich vor allen Dingen des „Lästerns unseres Erlösers Herrn Jesu Christi oder auch des Christl. Glaubens bei unausbleiblicher Strafe enthalten". (Stern, I, 2, S. 177f.)*

  Der Schutzbrief war zeitlich begrenzt auf 20 Jahre.

Das Brandenburgische Aufnahmeedikt für die Wiener Juden enthielt außerdem die ausdrückliche Bestimmung, daß den Juden nicht erlaubt werde, Synagogen zu errichten.

Das Generalgeleit für die Ravensberger Judenschaft von 1714

Als die Ravensberger Judenschaft nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. — des „Soldatenkönigs" — um Erneuerung der Privilegien nachsucht — worin sich die Abhängigkeit der Juden von dem jeweils regierenden Fürsten ausdrückt — erteilt der König unter dem 31. März 1714 ein „Generalgeleit" für die Ravensberger Juden. Darin werden die Rechte der hier ansässigen Juden wie folgt bestätigt:

„Wir wollen sie unter Unsern hohen Schutz und Schirm beständig nehmen . . ., sie alle samt und sonders mit ihren Weibern, Kindern und Gesinde . . ., dergestalt also,
daß sie in Unserer Grafschaft Ravensberg jeder an seinem Ort wohnhaft bleiben und ihren Handel und Wandel in Kauf und Verkauf, es sei in ganzen Stücken oder mit der Elle,

in Geld Ausleihen und Schlachten,
wie auch sonst ihre Nahrung auf Art und Weise,
wie solches im Römischen Reich und Unseren Landen
in specie den Juden vergönnet und zugelassen ist . . .
Wornach sich jedermänniglich und insonderheit Unsere Landdrosten,
Drosten, Beamten . . . sich gehorsamst zu achten und die Judenschaft
bei diesen Privilegio und ihren Schutzbriefen nachdrücklich
zu schützen haben . . .'' (Stern, II, 2, S. 530f.)

Alle Ravensberger Schutzjuden werden namentlich aufgeführt:

,,in dem Flecken Vlotho vier Familien, als
Jobst Jacobs Witwe,
Israel Spanier,
Magnus, des vormaligen Schutzjuden Tochtermann und
Aron, der Witwe Salomon Levi Ehemann'' (Stern, II, 2, 531).

Im Falle des Jobst Jacob sieht man, daß die Witwe in die Schutzbriefnachfolge ihres verstorbenen Ehemannes eintritt. Bei Magnus geht der Schutzbrief sogar auf den Schwiegersohn („Tochtermann") über. Ob er in die Rechte des auf „Jobst Jakobs Kinder" ausgestellten Geleitsbrief eingetreten ist, läßt sich nur vermuten. Die Witwe Salomon Levi hat wieder geheiratet; als Schutzjude tritt jetzt ihr zweiter Ehemann Aron auf. Daß ein Schwiegersohn in die Geleitsnachfolge eintreten kann, wird in einer Aktennotiz vom 20. Dezember 1721 auf Vlotho bezogen deutlich:

„Vlotho. Jobst Jacobs Witwe hat ihren Schwiegersohn Marcus Soestman ins Haus genommen und bittet, ihr Geleit auf ihn zu übertragen. Die Kammer hat ihm eine Interimskonzession erteilt, was zu untersagen ist. Falls er in 3 Monaten kein Schutzpatent hat, muß er fortgeschafft werden'' (Stern, II, 2, S. 535f.).

Der letzte Satz macht deutlich, was ein Schutzbrief für eine jüdische Familie bedeutete.

Die im Geleitsbrief von 1714 verzeichneten Namen werden bei Harland bestätigt und ergänzt. In einer Spenderliste für die Armen Vlothos aus dem Jahre 1719 fand er die Namen von fünf jüdischen Familien: Jobst Jakobs Witwe, Israel Spanier, Magnus Hertz, Aron David und den „Juden Levi". Letzterer, sicher ein Sohn der Witwe Levi aus erster Ehe, ist im Ravensberger Schutzbrief von 1714 noch nicht als Schutzjude registriert. 1727 erscheinen wiederum in einer Spenderliste zusätzlich die Namen Marcus Soestmann (siehe oben!) und Levi Zacharias.

Über die beruflichen Tätigkeiten der Juden in Vlotho

Bevor wir die beruflichen Tätigkeiten der Vlothoer Juden darstellen, ist es angebracht, kurz auf die wirtschaftliche Sonderstellung der Juden in Deutschland einzugehen.

Seit ihrer Vertreibung aus Palästina im 1. Jahrhundert n. Chr. lebten die Juden als religiöse Minderheit in den Ländern des Mittelmeerraumes, später auch in Mitteleuropa. In den christlich geprägten deutschen mittelalterlichen Städten wurde den Juden der Zugang zu den handwerklichen Zünften und zu den Kaufmannsgilden verwehrt. Auch Bauern durften sie nicht sein. So wurden die Juden gegen ihren Willen mehr und mehr in das Geldgeschäft abgedrängt, zumal es den Christen seit dem päpstlichen Zinsverbot von 1215 nicht erlaubt war, Geld gegen Zinsen zu verleihen. Der ständige Umgang mit barem Geld — als Geldverleiher, Geldwechsler oder Pfandleiher — zu einer Zeit, als man noch in Naturalien dachte und handelte, brachte es mit sich, daß die christliche Bevölkerung oft mißtrauisch und mißgünstig auf die Juden blickte. Ausschreitungen gegenüber den Juden, wie sie während der Kreuzzüge und der Pestjahre vorkamen, hatten so auch einen wirtschaftlichen Hintergrund: man konnte sich schnell an den Werten der Juden bereichern. Es sind auch genügend Beispiele aus der Geschichte bekannt, wie die Fürsten die Juden unter irgendeinem Vorwand schröpfen, d. h. das angesammelte Vermögen der Juden an sich nahmen und sie des Landes verwiesen. Andererseits gab es auch Juden, die aufgrund ihres Geschicks in Geldangelegenheiten bis zum Münzmeister eines Landesfürsten aufstiegen. Neben dem Geldgeschäft übernahmen Juden jene Geschäfte, die eines „ehrbaren" christlichen Kaufmanns unwürdig waren, z. B. den Trödelhandel mit Altwaren.

Womit Israel Spanier und die anderen ersten Vlothoer Juden nun ihren Lebensunterhalt verdient haben, läßt sich nur indirekt nachweisen. Selma Stern schreibt, die Juden der Grafschaft Ravensberg seien vorwiegend Viehhändler und Schlächter gewesen. Das letztere wird belegt durch eine Bittschrift der Herforder Juden aus dem Jahre 1722, in der sie gegen die christlichen Knochenhauer Klage führen. Sie würden die jüdischen Schlächter gewaltsam an der Ausübung des Schlachtens stören. In diesem Zusammenhang verweist man auf Juden in benachbarten Orten wie Bielefeld, Herford und Vlotho, wo alle Juden frei schlachten dürften (Stern, II, 2, S. 539).

Mit Sicherheit waren unsere Juden auch mit dem Garn- und Leinenhandel befaßt, zumal Ravensberg schon zu dieser Zeit (um 1730) das „geliebte Linnenländchen" des Königs war. In Bielefeld handelten Juden aber auch mit Seidenwaren, Goldstoffen und Handschuhen, was die christlichen Bielefelder Kaufleute zum Anlaß nahmen, heftige Einsprüche gegen die großzügige Behandlung der Juden durch den König

zu erheben. Sie fürchteten den Ruin der christlichen Kaufleute. Im Mittelpunkt des Konfliktes, der auch Auswirkungen auf Vlotho haben sollte, stand der jüdische Seidenhändler Joseph Wolff. Bielefelder Kaufleute ließen sich dazu hinreißen, in sein Geschäft einzudringen und ihm die strittigen Waren wegzunehmen. Die Königliche Regierung war nun aufgefordert, den Streit zu schlichten. Sie stellte sich weitgehend auf die Seite des jüdischen Kaufmanns und entschied, daß die Waren, die die christlichen Kaufleute nicht führten, — nämlich goldene Stoffe, Seidenzeug und Handschuhe — von Joseph Wolff sehr wohl gehandelt werden dürften. Dagegen sollte ihm und den anderen Juden der Linnen- und Garnhandel verboten werden, obwohl *„dieses Verbot bei den armen Leuten in Vlotho(!) neue Beschwerden hervorrufen dürfte", und zwar insofern, als „die armen Spinner auf dem Lande ihr Garn eher bei den dortigen Juden als bei Christen anbringen können, von denen sie auch einen höheren Preis als von jenen erhalten"*, so der Geheimrat W. Duhram in seinem Gutachten vom 12. 3. 1722 an den König (Stern II, 2, 539f).

Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die geschäftliche Betätigung der Vlothoer Juden als Garn- und Linnenaufkäufer bei der hiesigen Bevölkerung. Etwas anderes wird aber auch deutlich: die Klagen über die Juden kamen nicht von der Bevölkerung allgemein, die durchaus Vorteile von der Geschäftstüchtigkeit der Juden hatte, sondern von der jeweils betroffenen Kaufmannsschaft, die sich auf eine solch engagierte Konkurrenz nur schwer einstellen konnte. Ob der Garn- und Leinenhandel tatsächlich den Juden aus der Hand genommen worden ist, läßt sich nicht weiter verfolgen. Im übrigen waren königliche Anweisungen, womit Juden zu handeln hätten oder nicht, oft sehr widersprüchlich und von kurzer Dauer.

Der bemerkenswerte Bielefelder Vorfall wirft allerdings ein Schlaglicht auf die gesamte Judenpolitik des preußischen Königs. Die Erteilung von Schutzbriefen an Juden war immer ein Akt bewußten politischen Handelns der Fürsten. Die Motive müssen im folgenden noch genauer untersucht werden. Für die christliche Gesellschaft, besonders für die Kaufleute, wurde die Niederlassung eines privilegierten Juden als unliebsame Konkurrenz und als Eingriff in bestehende Verhältnisse verstanden. Gerade die Städte Herford und Bielefeld haben sich unter Vorweisung alter Rechte vehement gegen die Ansiedlung von jüdischen Familien gewehrt.

Über die Vermögensverhältnisse der Vlothoer Juden

Über die Vermögensverhältnisse Vlothoer Juden erfahren wir zum ersten Mal aus einer Vermögenstabelle der Mindenschen Judenschaft von 1765 (Stern, III, 2, S. 778).

Unter *„Vlotho in der Grafschaft Ravensberg"* werden aufgeführt:

„Witwe Marcus Levi ..... 200 rtl (Reichstaler)
Salomon Bernd ..... 400 rtl
Dav. Aron und Sohn Magnus ... 1000 rtl".

Die Vermögensverhältnisse entsprachen damit etwa dem Durchschnitt anderer Juden in ländlichen Gegenden Minden-Ravensbergs. Die Mindener, Herforder und Bielefelder Judenschaft war dagegen vermögender. Der wohlhabendste Jude war Nathan Spanier in Bielefeld mit einem angegebenen Vermögen von 10.000 Reichstalern.

Die Zahl der jüdischen Einwohner Vlothos betrug nach Großmann im Jahre 1789 21 Personen bei einer Einwohnerzahl von 1272 (1,6%). Dabei sollte erwähnt werden, daß einer Schutzjudenfamilie gestattet war, einen Knecht und eine Magd in den Haushalt aufzunehmen.

Über die Motive fürstlicher Judenpolitik

Warum hatte der Fürst überhaupt ein Interesse daran, Juden in seinem Lande aufzunehmen? Warum erlaubte z.B. Kurfürst Friedrich III., daß sich Israel Spanier in Vlotho niederließ? Wo liegen die Motive fürstlicher Judenpolitik in Brandenburg-Preußen?

Hier müssen wir auf unseren Ausgangspunkt — das Jahr 1690 — zurückkehren. Es muß zunächst daran erinnert werden, daß der 30jährige Krieg, der die Bevölkerung gerade in Norddeutschland erheblich dezimiert hatte, erst zwei Generationen zurücklag. Der Große Kurfürst förderte bewußt die Einwanderung von Holländern, Franzosen (Hugenotten!), aber auch von Juden, um einfach dem Mangel an Menschen in seinem Staate abzuhelfen (S. Stern).

Wenn einer der ersten namentlich bekannten Vlothoer Juden „Spanier" heißt, so ist dies sicher ein Hinweis auf die Herkunft seiner Vorfahren, denn das katholische Spanien hatte 1492 alle Juden aus dem Lande gewiesen. Die toleranten brandenburgisch-preußischen Fürsten sahen in der Konfession oder Religion kein Hindernis für die Aufnahme in ihren Staat, vorausgesetzt, daß sie diesem nützlich wären. Wirtschaftliche und finanzielle Gründe waren entscheidend. Den Juden ging der Ruf voraus, durch ihr Geschick die Wirtschaft eines Landes beleben zu können. Außerdem waren sie eine dem Fürsten unmittelbar zustehende Steuerquelle. In den Geleitbriefen unseres Israel Spanier und „Jobst Jakobs Kinder" findet sich der Hinweis auf das zu zahlende Schutz-

geld. Seiner Zeit betrug das jährliche Schutzgeld in Brandenburg-Preußen allgemein 8 Reichstaler für die in Schutz genommene Familie. Einer Aktennotiz eines königlichen Beamten von 1721 ist aber zu entnehmen, daß die Juden in den kleinen Ravensberger Flecken nur 2 Taler zahlten, was als zu niedrig beklagt wird. Zukünftig sollten sie auch 8 Reichstaler „gleich den Mindischen" bezahlen (Stern, II, 2, S. 536).

Bei jedem Familienereignis aber war der Staat beteiligt: bei einer Heirat, einer Erbschaft oder beim Tode eines Familienmitglieds war jeweils ein Gulden fällig. Eine Verordnung von 1684 legte fest, daß Juden, die ihre Kinder nach dem Ausland verheirateten, den vierten Teil der Aussteuer an die Staatskasse zu entrichten hätten. Andererseits war es ihnen aber auch nur erlaubt, ein Kind im Lande „anzusetzen", d.h. zu verheiraten. Gerade diese Bestimmung, die jüdische Familien als Diskriminierung empfunden haben, wurde unter den verschiedenen Regenten immer wieder variiert und mit Vermögensvorgaben verknüpft. Es würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen, wollte man auch nur annähernd eine vollständige Darstellung all der direkten und indirekten Abgaben geben, mit denen Juden belegt wurden. Nur beispielhaft sei folgendes aufgezeigt: Bei Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. mußte die Judenschaft Preußens die Summe von 20.000 Reichstalern aufbringen, damit ihre Schutzbriefe erneuert würden, sonst hätte sie das Land verlassen müssen! Das oben erwähnte persönliche Schutzgeld von 8 Reichstalern wurde 1728 abgeschafft und in eine Gesamtsumme von jährlich 15.000 Talern umgewandelt. Ravensberg mußte zusammen mit Tecklenburg und Lingen bei 60 Judenfamilien 720 Taler aufbringen (Stern, II, 1, S. 44).

Außerdem mußten noch 242 Taler Rekrutengeld, 20 Reichstaler „Kalendergeld" und rund 15 Reichstaler sog. „Montis-Pietatis-Geld" (d.h. Geld für die Armenkasse) aufgebracht werden (Stern, II, 2, S. 332f.).

Es mag deutlich geworden sein, daß es ein nachvollziehbares Interesse des Landesfürsten gab, Juden, möglichst vermögende, in das Land zu holen. Daß dadurch Konflikte zwischen dem einheimischen Handel und Gewerbe und den jüdischen Konkurrenten heraufbeschworen wurden, wurde billigend in Kauf genommen, ja, war sogar gewollt, um die erstarrten Zunft- und Gildenschranken überwinden zu helfen.

Der Fürst benutzte die Juden für seine finanziellen, wirtschaftlichen und auch staatspolitischen Ziele. Die Juden standen zwar im persönlichen Schutzverhältnis zum Landesherrn, waren aber auch seiner Willkür unterworfen. Dabei bleibt vieles widersprüchlich. Friedrich Wilhelm I., der den Ravensberger Juden 1714 zwar das erwähnte relativ günstige Generalpatent gewährt hatte, war aus religiösen Gründen voller Mißtrauen gegenüber den Juden. Immer wieder heißt

es in seinen Edikten, dann solle man die Juden des Landes verweisen... Daß es dazu nicht kam, ist der aufgeklärten preußischen Beamtenschaft zu verdanken.

Auch Friedrich der Große, der oft als „Philosoph auf dem Thron" bezeichnet wird, beutete die Juden seines Landes bis zur Grenze des Erträglichen aus. Die Juden sollten ihm helfen, seine Kriege, die Preußen an den Rand des Ruins gebracht hatten, zu bezahlen. Als sich die Juden beklagten, bestimmte Silberlieferungen nicht erbringen zu können, wies sie der König scharf zurecht: Es sei als eine besondere Gnade anzusehen, daß man sie nur mit einer so geringen Silberlieferung beauftrage, statt sie mit Inquisition, körperlicher Züchtigung oder Gefangenschaft zu bestrafen . . . (Stern, III, 1, S. 56).

Die Vlothoer Juden, deren erste uns mit den Namen JOBST JAKOB, ISRAEL SPANIER und SALOMON LEVI überliefert sind, traten in eine wechselvolle Geschichte ein, die nicht nur am Anfang voller Widersprüche und Unsicherheiten war. Unserem Jahrhundert aber blieb es vorbehalten, die Geschichte der Juden — auch in Vlotho — in einer Weise zu beenden, wie man es sich in einer Zeit absolutistischer Willkür nicht hätte vorstellen können. Die Zeit des Absolutismus kannte die Diskriminierung, Ausbeutung, willkürliche Behandlung oder gar Ausweisung der Juden aus dem Lande; der Gedanke der physischen Vernichtung aber wurde erst im 20. Jahrhundert geboren und in die Tat umgesetzt.

Literatur:

Selma Stern, Der preußische Staat und die Juden, Darstellung und Akten in 7 Bänden, Tübingen 1962

Michael Guenter, Die Juden in Lippe von 1648 bis zur Emanzipation 1858, Detmold 1973

Annegret H. Brammer, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen von 1812 bis 1847, Berlin 1987

Karl Großmann, Geschichte der Stadt Vlotho, Vlotho 1971

H. Harland, Geschichte der Herrschaft und Stadt Vlotho nebst Chronik der Schule daselbst, Vlotho 1888

Ravensberger Blätter für Geschichts-, Volks- u. Heimatkunde XII (1912)

Akten:

Stadtarchiv Vlotho o.Nr.

Manfred Kluge

Zur Geschichte der jüdischen Schule in Vlotho

Die jüdische Religionsschule (1821–1843)

„Nachdem der jüdische Schullehrer Adler zu Vlotho durch Attest des Rabbiners Friedhelm seine Qualifikation zur Unterrichtserteilung in der mosaischen Religion und der hebräischen Sprache nachgewiesen hat, so wird demselben die Erlaubniß zur Ertheilung dieses obengenannten Unterrichts, mit Ausschluß jedes anderen Gegenstandes, hierdurch provisorisch ertheilt, bis etwa ein tüchtiger und auch zur Bestehung der Prüfung vor der Superintendantur sich fähig fühlenden Lehrer für jenes Fach zu Vlotho vorhanden sein wird..."
Königliche Regierung Minden, 28. Febr. 1826"

(Stadtarchiv Akte II-7-4)

Die Geschichte der jüdischen Schule in Vlotho beginnt — soweit sie aktenmäßig belegt ist — mit Querelen um die Qualifation des jüdischen Lehrers. Philipp Adler, der erste namentlich bekannte jüdische Lehrer, leitete die jüdische Schule, die anfangs nur eine Religionsschule war, bis zu ihrer Umwandlung in eine Elementarschule 1843/44. Einer Prüfung durch den christlichen Superintendenten wollte er sich nicht stellen. Nach mehrmaliger Aufforderung unterzog er sich aber einer Prüfung durch den Rabbiner Friedheim in Bielefeld, der ihm die Qualifikation in der oben erwähnten Weise erteilte.

Damit war auch einer Verordnung der Königlichen Regierung vom 16. März 1825 genüge getan, in der es im § 8 hieß:

„Die Befugniß zur Ertheilung des mosaischen Religions Unterrichts an solche israelitische Kinder, welche ihren übrigen Unterricht in einer christlichen Schule empfangen, kann, auf gehöriges Ansuchen, solchen Subjecten von uns ertheilt werden, welche mit Nachweisung des Besitzes staatsbürgerlicher Rechte und einer unbescholtenen Lebenswandels, ein Qualifications Attest des betreffenden Ober-Rabbiners beibringen".

Dennoch drängte der *„Königliche"* Landrat 1833 erneut darauf, der jüdische Lehrer Adler möge ein Lehrerseminar in Soest oder Büren besuchen und ein entsprechendes Zeugnis beibringen. Die

provisorisch erteilte Erlaubnis sei nunmehr aufgehoben, die bisher von ihm unterrichteten jüdischen Kinder müßten die öffentliche Schule besuchen. Die staatlichen Behörden scheinen von der falschen Annahme ausgegangen zu sein, die jüdischen Kinder besuchten nicht die öffentliche Elementarschule. So konnte Bürgermeister Poelmahn postwendend antworten, der Lehrer Adler erteile doch nur Unterricht in Hebräisch und jüdischer Religion, wogegen alle übrigen Zweige des Elementarunterrichts in der hiesigen Stadtschule unterrichtet würden. Im übrigen hob er den *„musterhaften Lebenswandel"* des jüdischen Lehrers hervor. Unter dem 6. Mai 1833 entschied endlich die Königliche Regierung in Minden:

„Da sämtliche israelitischen Kinder in Vlotho, welche das schulpflichtige Alter haben, die dortige christliche Schule besuchen, so wollen wir es gestatten, daß der jüdische Lehrer Adler, der bereits seit vielen Jahren die israelitische Jugend in Vlotho unterrichtet, sowie wegen seiner sittlichen Führung gute Zeugnisse erhalten hat, seine bisherigen Schüler in der mossaischen Religion unterrichtet..." (Akte II-7-4)

Wann die jüdische Religionsschule entstanden ist, läßt sich nicht genau bestimmen. Großmann vermutet, um das Jahr 1815. Aktenmäßig belegt ist sie erst seit 1821. Da hatte der Handelsmann Salomon Heinemann eine kühne Eingabe gemacht, wie das Gehalt des Schullehrers aufzubringen sei, nämlich nach der Anzahl der Kinder und der Menge des Geschlachteten (!), was vom I Synagogenvorstand und dem Landrat als unsozial abgelent wurde. Es sollte bei der Regelung bleiben, daß Grundlage für die *„Repartion"* das eidlich anzugebende Vermögen sein sollte (Akte II-7-6).

Das Bedürfnis nach einer eigenen Religionsschule stand natürlich im Zusammenhang mit der Zunahme der jüdischen Bevölkerung in Vlotho zu Beginn des 19. Jahrhunderts. 1827 war die Zahl der jüdischen Einwohner auf 81 angestiegen. Die rechtlichen Voraussetzungen waren durch das Königliche Dekret Jérome Napoleons vom 27. Jan. 1808, mit dem die Judenbefreiung im damaligen Königreich Westphalen eingeleitet wurde, und später durch das auch hier gültige preußische Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 *„betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden"* geschaffen worden. Das erste Schullokal war in einem von der Synagogengemeinde angemieteten Raum im Hause Lange Str. 97 — gegenüber der Reformierten Kirche — eingerichtet worden. 16 jüdische Jungen und Mädchen besuchten 1824 die jüdische Schule. Ganz in der Nähe der Schule stand auch das erste Bethaus der jüdischen Gemeinde, das vom Garzweg aus zu erreichen war.

Unterrichtsgegenstand waren *„mosaische"* Religionslehre und Hebräisch. Die Religionsschule wurde auch von Kindern besucht, die noch nicht schulpflichtig waren. Sicher wurden hier den Kindern

Cassa-Section

der Gesellschaft der Gesetzgeber der israelitischen Gemeinde vom 1. März 1836 bis 31. September 1836

	Thlr.	Sgr.	Pf.
P. Mendelsohn	5	3	9
S. Hanemann	5	3	9
M. Rüdenberg	5	3	9
S. Wainberg	5	3	9
J. Grundman	4	24	6
J. Hainberg	2	16	
A. Hanemann	2	11	6
M. Grundman	2	11	6
M. Wertheimer	2	11	3
Mich. Rüdenberg	2	4	
L. Hanemann	1	16	
H. Bachman	1	15	3
A. Mendelsohn	1	11	3
P. Horn	1	11	
D. Schlachter	1		
P. Grabe		20	
M. Samberner		15	3
J. Arnsberg		10	6
N. Lilienthal		5	
Meier Heidelberg		5	
	45		

Vorsteher P. Hanemann
P. Horn A. Rüdenberg

Anteilige Beiträge der jüdischen Familien zum Gehalt des Lehrers Adler, 1836

auch die Anfänge des Lesens beigebracht, obwohl dies den christlichen Schulen vorbehalten war. Die staatlichen Behörden legten großen Wert darauf, daß in der jüdischen Religionsschule nicht Gegenstände der öffentlichen Schulen unterrichtet wurden.

Einzelheiten über die jüdische Religionsschule können wir zwei Erhebungen aus den Jahren 1824 und 1843 entnehmen. In der *„Erhebung über das jüdische Schulwesen"* vom 4. Juli 1824 wird z. B. nach dem Verhältnis von jüdischen Kindern zu christlichen Lehrern und Mitschülern gefragt. Bürgermeister Martzilger stellt dazu fest: *„Von den Lehrern wird zwischen den jüdischen und christlichen Schülern gar kein Unterschied gemacht."* Im übrigen lebten die jüdischen und christlichen Schüler in Eintracht miteinander. Zum Status des Lehrers an der jüdischen Schule wird ausgeführt, daß er *„auf Contrakt"* bei der Synagogengemeinde angestellt sei, die auch allein die Kosten aufbringe (Akte II-7-3).

1843 wird eine breit angelegte Befragung durchgeführt, *„um die gegenwärtigen factischen Zustände des jüdischen Kultus- und Schulwesens in allen Landestheilen der Monarchie"* zu erfassen.

Während die 18 Fragen in vorbildlicher Sütterlinschrift vorliegen, ist die ausführliche Beantwortung durch den hiesigen Bürgermeister in fast unlesbarer eigenwilliger Schrift abgefaßt. Für unsere Untersuchung ist dieses mehrseitige Dokument aber von besonderer Wichtigkeit, da es eine Art Momentaufnahme der Kultus- und Schulverhältnisse der hiesigen Synagogengemeinde im Jahre 1843 darstellt. Zu diesem Zeitpunkt ist die jüdische Schule noch Religionsschule. Über die Funktionen des Lehrers wird ausgeführt, daß er *„in der Synagoge vorsingt, schächtet, beschneidet, und den Kindern Unterricht in der Religion und dem Hebräisch ertheilt"*. Die Gemeinde hat keinen Rabbiner, so daß der Lehrer die kultischen Aufgaben mit übernehmen muß. Er *„ist von der Gemeinde erwählt, wird von ihr nach Übereinkommen bezahlt und kann jederzeit entlassen werden"*. Zur Zeit der Erhebung besuchen 32 Kinder die jüdische Religionsschule, aber nur 20 gingen nach einer anderen Statistik in die Elementarschule Vlothos, was nur den Schluß zuläßt, daß die anderen Kinder noch nicht schulpflichtig waren. Zur Frage der Kosten heißt es: *„Die Stadtgemeinde trägt zur Unterhaltung der jüdischen Schule nichts bei, wie dies hier in der Natur der Sache beruht"*. Andererseits tragen aber die jüdischen Mitbürger im Rahmen der allgemeinen Steuererhebung zur Finanzierung der öffentlichen Schulen bei. *„Der Rechtstitel dieser Beiträge der Juden für die christlichen Schulen ist begründet auf die Pflicht der Unterhaltung des christlichen Lehrers, der auch den Judenkindern Elementarunterricht ertheilt"*. Weniger einleuchtend ist allerdings, daß auch die jüdischen Einwohner die Kosten für Prediger und Küster der evangelischen Stephansgemeinde mitfinanzieren müssen (Akte II-7-4).

Die jüdische Elementarschule und ihr schwieriger Anfang

Die Umwandlung der Religionsschule in eine Elementarschule für jüdische Kinder geschah im Schuljahr 1843/1844 und fiel wohl zusammen mit dem Erwerb des Schulhauses in der unteren Langen Straße. Rückseitig dieses Gebäudes wurde 1850 die neue Synagoge errichtet.

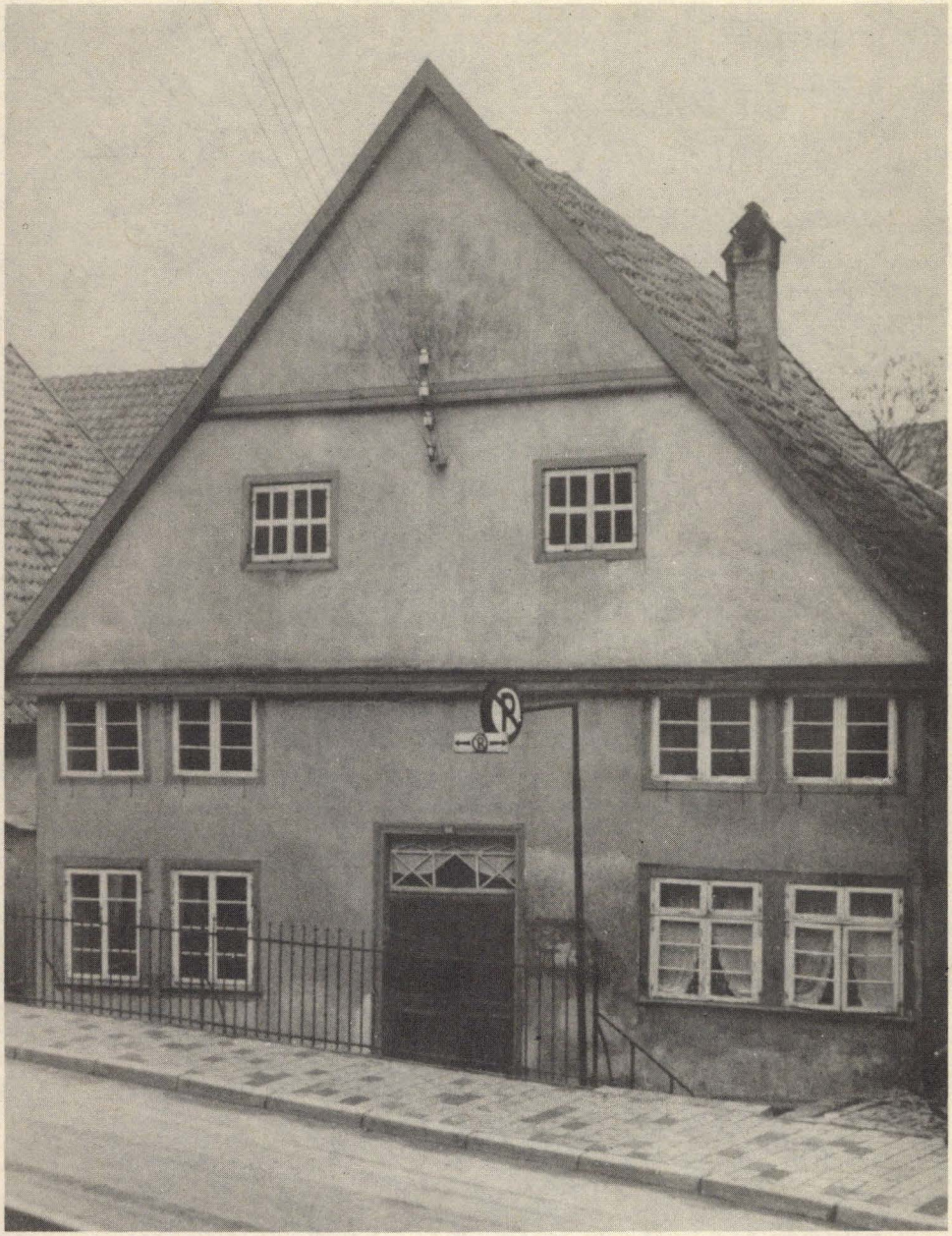
War die Anstellung des Religionslehrers Adler schon mit Schwierigkeiten verbunden, so geriet die Besetzung der ersten Lehrstelle an der Elementarschule zu einem ernsthaften Konflikt zwischen dem hiesigen Synagogenvorstand und der Königlichen Regierung in Minden. Aber auch innerhalb der Gemeinde gab es deswegen Streit.

Am 24. Oktober 1843 hatte der Synagogenvorstand mit dem Lehrer Rothschild einen Vertrag auf vorläufige Anstellung auf 1 Jahr bei einem Entgelt von 120 Thalern *„in barem Gelde bei freier Wohnung und freiem Tisch"* geschlossen. Der Vertrag konnte von beiden Seiten halbjährig gekündigt werden. Ausdrücklich hieß es in dem Vertrag, daß sich der Synagogenvorstand erst nach Ablauf eines Probejahres über die *„definitive Anstellung"* erklären könne. Schon am 11. November 1843 bestätigte die Königliche Regierung in Minden in einem förmlichen Schreiben die Anstellung des Lehrers, allerdings mit dem Hinweis, daß eine Kündigung nur mit Genehmigung der Regierung erfolgen dürfe. Am 18. Januar 1844 erschienen der Vorsteher der Synagogengemeinde, Mendel Grundmann, und der Deputierte Paul Stern bei Amtmann Poelmahn und gaben zu Protokoll:

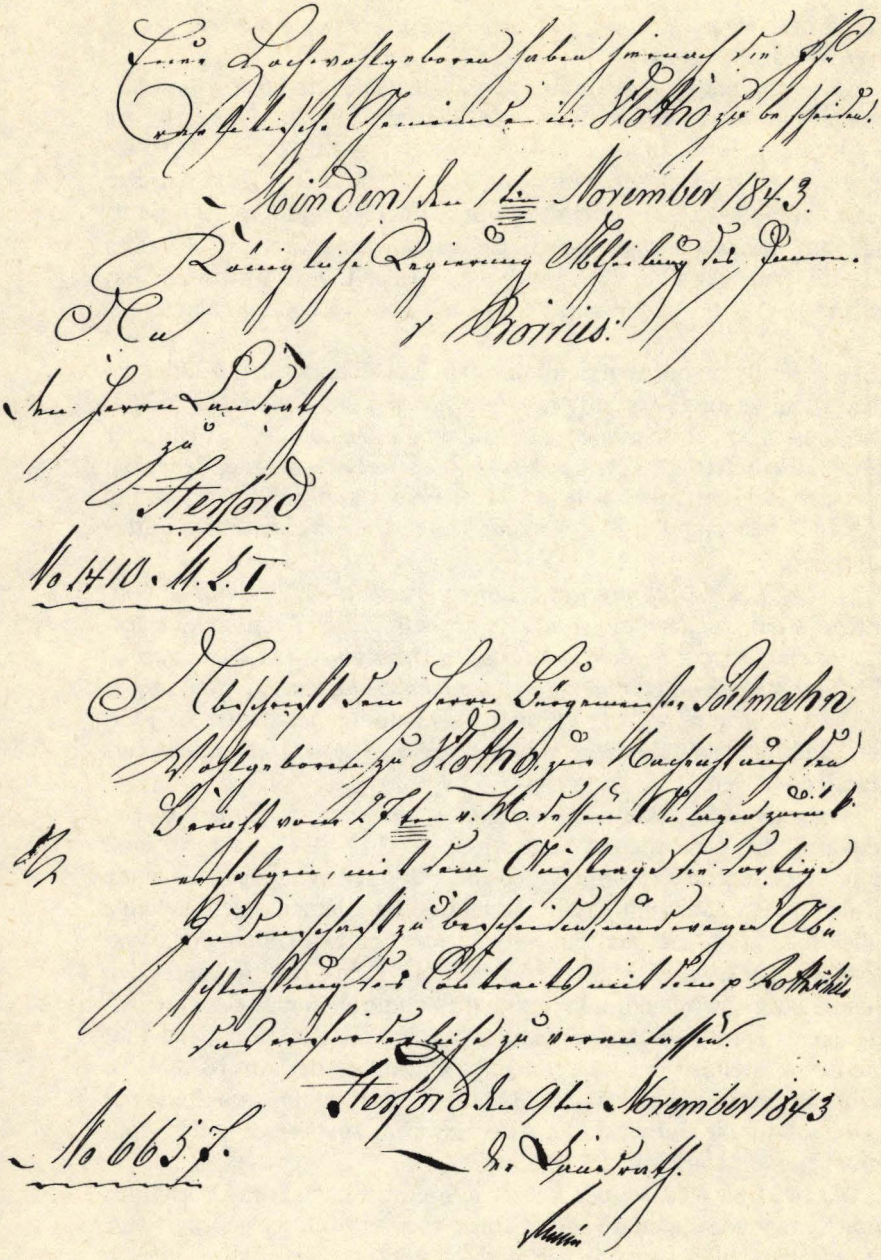
„Wir können die Anstellung des Lehrers Rothschild unter den jetzigen Bedingungen... nicht genehmigen, da diese Kosten die Kräfte der Gemeinde übersteigen; der Lehrer Rothschild überdies nicht schächten will, wodurch uns noch anderweitige Ausgaben erwachsen..." Überdies wollten sie sich wegen der Kündigungsvorbehalte durch die Regierung nicht (!) an die Vorschriften der entsprechenden Verordnung halten, da sie darin eine Einmischung der Regierung sähen (Akte II-7-5).

Daß dies aber nicht der Standpunkt aller Gemeindemitglieder war, zeigte sich in der Stellungnahme des Deputierten Samson Heynemann, der am selben Tage erklärte:

„Es ist unbegreiflich, wie der Vorsteher Grundmann und der Deputierte Stern die vorstehende Erklärung haben abgeben können, die nicht allein den Interessen der Gemeinde, sondern auch den eingegangenen Verbindlichkeiten mit dem Lehrer Rothschild ganz entgegen ist." Er hält Rothschild für einen guten Elementarlehrer. Die Frage des Schächtens berühre eine ganz andere Angelegenheit und gehöre nicht unbedingt zur Funktion des Lehrers. Er wisse sich im Einverständnis mit den meisten Gemeindemitgliedern und wolle, daß



Das Gebäude der jüdischen Schule an der unteren Langen Straße
(Staatsarchiv Detmold)



Bestätigung der Anstellung des Lehrers Rothschild
durch die Königliche Regierung in Minden, 1843

der geschlossene und von der Regierung genehmigte Vertrag eingehalten werde (Akte II-7-5).

Als der Synagogenvorstand so weit ging und die Stelle eines Elementarlehrers zwischenzeitlich öffentlich neu ausschrieb, schritt die Regierung in Minden ein und forderte den Vorstand auf, *„bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 rth"* die öffentliche Anzeige sofort zu widerrufen. Außerdem wurde dem Vorstand mit Amtsenthebung und Wahl eines neuen Gemeindevorstandes gedroht. Der Konflikt zog sich über zwei Jahre hin, bis der Lehrer Rothschild am 1. Mai 1846 von sich aus den Vertrag mit der Vlothoer Synagogengemeinde löste.

Daß der Synagogenvorstand aus dem Konflikt mit den staatlichen Behörden wenig gelernt hatte, zeigte sich bei den folgenden Anstellungsverträgen. Immer wieder versuchte die Gemeinde, auf ein oder zwei Jahre befristete Verträge abzuschließen. Diese wurden jedesmal von der Regierungsbehörde mit dem Hinweis auf die Verordnung von 1825 beanstandet, in der solche Zeitverträge wohlweislich untersagt waren:

„. . . daß die Annahme des Schullehrers nicht auf bestimmte Kontractsfristen, sondern auf jährige oder halbjährige Kündigung erfolge, welche letztere jedoch, sobald der Lehrer einmal von uns approbirt worden, niemals ohne unsere Genehmigung statt finden darf".

Diese Bestimmung darf durchaus als Kündigungsschutz für jüdische Lehrer gegenüber der Willkür von Synagogengemeinden verstanden werden.

Wenn man die Akte *„Lehrerstelle an der hiesigen jüdischen Gemeinde"* mit dem alten Aktenzeichen „II-7-5" durchsieht, so muß man den Eindruck gewinnen, daß die Vlothoer Synagogengemeinde in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Elementarschule keine glückliche Hand bei der Einstellung von Lehrern gehabt hat. Von 1844 bis 1873 waren nicht weniger als 12 Lehrer an der jüdischen Schule tätig. Zwischendurch mußte die Schule auch mangels eines geeigneten Lehrers geschlossen werden (s. Tabelle Jüd. Schüler). Erst mit der Anstellung des Lehrers Isidor Gutmann, der von 1873 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1898 hier unterrichtete, kam Stetigkeit in die schulische Entwicklung. Allerdings war zu dieser Zeit die Schülerzahl schon stark rückläufig.

Der häufige Wechsel der Lehrer läßt erahnen, daß das Verhältnis von Synagogengemeinde und Lehrer von Konflikten geprägt war. Drei Fälle sollen ausführlicher dargestellt werden. Die zitierten Schriftstücke befinden sich — wenn nicht anders angegeben — in der oben angegebenen Akte.

Da beklagt sich der Synagogenvorstand, daß der 1847 angestellte Lehrer S. Liepmannssohn, der sich in seinem „Contrakt" mit der Gemeinde verpflichtet hatte, die Jugend im Elementarunterricht

Jüdische Einwohner / Jüdische Schüler in Vlotho

Jahr	Jüd. Einw.	Zahl der jüd. Kinder im schulfähigen Alter	Zahl der jüd. Kinder, die jüd. Schulen besuchen*	Zahl der jüd. Kinder, die christl. Schulen besuchen*
Jüdische Religionsschule				
1824		16	16	
1827	81	19	10	9
1830	86	18	9	9
1835	110	23	20	23
1840	121	29	29	19
1842	124	32	32	20
Jüdische Elementar-/bzw. Volksschule				
1843	135	32	31	
1845	132	35	35	
1847	131	36	36	
1849	137	39		39
1850	137	39	39	
1855	137	25	20	5
1860	135	23	23	
1862	109	19	19	
1871			17	
1875			14	
1878			7	
1900			9	
1906			6	
1911			4	
1913			1	Schließung der Schule

* Die Zahlen sind nicht immer schlüssig, sie werden aber so wiedergegeben, wie in den Akten angegeben.

nach Kräften zu fördern, *„seine gebührenden Schulstunden nicht pünktlich hält und während der Schulstunden Besuche in der Nachbarschaft macht (oder) Besuch in der Zeit annimmt"*. Zeugen wollen ihn auch Branntwein trinkend vor der Apotheke gesehen haben . . . Der Synagogenvorstand bittet den Amtmann um Unterstützung. Die Schulaufsicht solle tätig werden, damit der Jugend kein Nachteil entstünde.

Liepmannssohn versucht, sich in einem sehr sauber aufgesetzten Schreiben zu rechtfertigen. Er beklagt seinerseits, daß er in seinem *„sauren und bitteren Lehrberufe"* so wenig aufmunternde Anerkennung bekomme. *„Es muß mich aber sehr unzart berühren, als ich*

durch die erhaltene Notiz eines andern belehrt wurde." Im übrigen könne eine bessere Schulaufsicht den Kindern nur förderlich sein . . .

Die Gemeinde bleibt bei der Kündigung, und die Regierung genehmigt die Auflösung des Vertrages, allerdings mit Ablauf der gehörigen Kündigungsfrist von einem halben Jahr.

1854 kam mit Dr. Landauer ein ausgebildeter Rabbiner in die Vlothoer Gemeinde. Aber auch er konnte mit seinen Leistungen die Gemeinde nicht zufrieden stellen. Die Umstände seines Wegganges zeigen deutlich die Zerrissenheit der Vlothoer Judenschaft, denn die Meinungen über seine Befähigung waren durchaus geteilt.

Bereits ein Jahr nach der Anstellung faßte die Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde den Beschluß, die Kündigung des Vertrages anzustreben. Die Gründe sind so originell, daß sie dem Leser nicht vorenthalten sein sollen:

„Der Herr Dr. Landauer hat sich als Prediger, Vorbeter und Lehrer engagieren lassen, doch genügt derselbe

1. *nicht als Prediger, da das Ablesen eines Aufsatzes nicht füglich Predigen genannt werden kann . . ." Man bezweifelt, ob er überhaupt im Stande sei, einen freien Vortrag zu halten.*
2. *„genügt derselbe nicht als Vorbeter, da sein Gesang beim Vorbeten nicht Andacht erweckend genannt werden kann . . .*
3. *daß Herr Dr. Landauer der Gemeinde nicht als Lehrer genügt, darüber herrscht innerhalb derselben nur eine Stimme . . .*
4. *setzt Dr. Landauer die Schule viel öfterer aus als für die Schüler ersprießlich erscheint . . .*
5. *hält es die Versammlung für angemessen und wünschenswert, einen Preußen (!), oder doch wenigsten einen Mann, welcher ein preußisches Seminar besucht hat, engagiert zu sehen."*

Daß die Kritik nicht von allen Gemeindemitgliedern getragen wurde, zeigt die Tatsache, daß der Vorsitzende der Synagogengemeinde, Stern, der den Beschluß mitunterzeichnet hatte, sich in einem Schreiben und wohl auch persönlich beim Amtmann distanziert. Es sei zwar wahr, daß die Stimme des Dr. Landauer nicht die angenehmste sei und daß er die Predigten weitgehend ablese, aber die Fähigkeiten als Lehrer möchte er ihm nicht absprechen. In dieser Hinsicht sei er mit ihm durchaus zufrieden gewesen.

Amtmann Strosser, der den Vorgang an die Bezirksregierung in Minden abgibt, stellt sich ebenfalls hinter den Rabbiner. Die Regierung lehnt daher auch das Kündigungsgesuch der Synagogengemeinde ab, nicht ohne der hiesigen Jugendgemeinde einen Tadel wegen der mangelnden Stetigkeit im Schulwesen zu erteilen: *„An und für sich kann der häufige und schnelle Wechsel in der dortigen jüdischen Lehrerstelle auf die Erziehung und Ausbildung der jüdischen Jugend . . . nur schädlich wirken."*

Schließlich kündigt Dr. Landauer von sich aus zum 1. November

1856. Er geht nach Brilon, wo er auch ein höheres Jahresgehalt erwarten kann. Amtmann Strosser sendet ihm folgendes *„Attest"* nach:

„Soweit mir bekannt geworden, hat sich derselbe stets bemüht, seinen Amtspflichten auf das Gewissenhafteste nachzukommen."

Der Nachfolger im Amt des Lehrers und Kantors war Abraham Bromberg aus Posen — der gewünschte Preuße? Er bekommt 200 Reichstaler im Jahr Fixum, freie Wohnung, freie Bettwäsche, kostenfreie Reinigung der Wohnung.

Brombergs Problem war, daß er — obwohl dies damals in der Judenschule üblich war — nicht am Sonntag unterrichten wollte. Ein jüdischer Lehrer und Kantor hatte damals (1857) nur Mittwoch- und Freitagnachmittag frei. Am Samstag, dem feierlichen Sabbat, mußte er Synagogendienst tun. Sonntags war Schule zu halten. *„So war es immer, nur Herr Bromberg hat eine Abänderung zu seinem Vortheil getroffen,"* beklagt sich der Synagogenvorstand beim Amtmann. Bromberg wiederum führt Beschwerde *„wider den Vorstand wegen öffentlicher Beleidigung im Gotteshause"*. Die Beschwerde ist in schwungvollen Schriftzügen abgefaßt und an den *„Königlichen Wohllöblichen Amtmann Dahir"* gerichtet. Während des Gottesdienste — *„ich trat vor die Gesetzesrolle, um sie in die heilige Lade zu stellen"* — wurde Bromberg nach seiner Darstellung durch den Vorstand an der weiteren Ausübung der gottesdienstlichen Handlungen gehindert. Um einen noch größeren Eklat zu vermeiden, habe er die Synagoge verlassen, *„in Stellung und Ehre höchst verletzt."* Lehrer und Kantor Bromberg kündigt am 26. Oktober 1858 den Vertrag mit der hiesigen Gemeinde.

Die Querelen an der jüdischen Schule waren dem Ansehen der Schule sicher abträglich. So lesen wir in einer Notiz des Synagogenvorstehers Stern von 1856, die Zahl der schulpflichtigen Kinder, die gegenwärtig sehr klein sei, werde noch dadurch vermindert, daß ein Teil wegen unzureichenden Unterrichts der jüdischen Schule entzogen und den hiesigen Bürgerschulen zugewiesen werde.

Bericht über die Verhältnisse des jüdischen Schulwesens 1857

Über die Verhältnisse des jüdischen Schulwesens liegt eine mehrseitige Darstellung des Amtmanns Müller aus dem Jahre 1857 vor. Der Bericht geht zurück auf eine Anweisung des Landrats vom 15. 11. 1856, in dem eine nähere Darstellung des Zustandes der jüdischen Schule gefordert und um Vorschläge zur Behebung von Mängeln gebeten wird. Außerdem soll der Amtmann über das Einkom-

men des Lehrers, über seine Qualifikation und über die Höhe des Schulgeldes Bericht erstatten. Da der Bericht somit das ganze Umfeld des jüdischen Schulwesens erfaßt, soll er hier ausführlich dargestellt werden.

Die Erhebung fiel in die Zeit, als der Rabbiner Dr. Landauer gerade seine Stelle hier aufgegeben hatte und ein Nachfolger noch nicht gefunden war. Die jüdischen Schüler mußten vorübergehend in die christlichen Schulen am Ort gehen.

Amtmann Müller bezieht sich bei seiner Darstellung auf Eindrücke, die er anläßlich von Unterrichtsbesuchen bei Dr. Landauer gewonnen hatte, denn die jüdischen Schulen unterstanden der Aufsicht der Ortsbehörde. Er beschreibt die Organisation der kleinen Elementarschule, wo alle Kinder in einem Klassenraum, aber in drei Abteilungen, unterrichtet wurden, was ihm wenig effektiv erschien. Er schlug vor, zwei getrennte Lerngruppen mit Vor- und Nachmittagsunterricht zu bilden, bei dem sich der Lehrer voll der jeweiligen Klasse widmen könne. Die Leistungen des Lehrers hielt er für durchaus befriedigend, wobei er sich bei der Beurteilung des Religionsunterrichts und des Unterrichts in Hebräisch auf das Urteil des Synagogenvorstandes stützte.

Als *„in die Augen gefallener Mangel"* stellte er fest, daß in dem Schulhaus gleichzeitig ein Schlachtermeister wohne, *„welcher im Hause und auf dem Hausflur, der nur durch eine dünne Bretterthür von dem Schulsaale getrennt ist, . . . Schlächtereien vornimmt . . . Der durch die Schlächtereien entstehende ruhestörende Lärm (und) die üblen Gerüche können nur nachteilig auf das Schulwesen wirken"* (Akte II-7-3).

Das Dokument enthält interessante Details über Einkommen und Stellung des Lehrers. Zu den Aufgaben des Lehrers gehörte auch die Wahrnehmung des Amtes eines Kantors und Predigers der Synagogengemeinde. *„Als Lehrer bezieht derselbe ein jährliches Fixum von 180 bis 200 rth (Reichstalern), hat außerdem freie Wohnung und, falls er unverheiratet ist, freies Bett mit Bettwäsche, Reinigung der Schule und der Lehrerwohnung, Heitzung seiner Wohnung und der Schule."* Sein Gehalt wird aufgebracht durch die Schul- und Heizungskostengelder der Schüler. Das Schulgeld betrug für die Kinder über 10 Jahre drei Taler jährlich, für jüngere Kinder zwei Taler. Für Heizung mußten noch zusätzlich 7 Silbergroschen im Jahr für jedes Kind gezahlt werden. Arme Kinder brauchten allerdings kein Schulgeld zu zahlen, dies übernahm die Synagogengemeinde. Für seine sakralen Funktionen bei der Synagogengemeinde konnte der Lehrer noch Beschneidungs-, Trau- oder Sterbegebühren einnehmen. *„Diese Einnahmen können sich auf die Höhe von 80 — 100 rth belaufen, falls der Lehrer es versteht, mit seiner Gemeinde im Einverständnis zu leben."* Schließlich konnte der Lehrer noch, wenn er „Lust und

Liebe zu seinem Berufe" hatte, ausgiebig Privatstunden erteilen, was mit 20 — 30 Talern veranschlagt wurde.

Mit einer Jahreseinahme von etwa 300 Reichstalern ist nach Auffassung des Amtmannes die Existenz des jüdischen Lehrers vollständig gesichert. Selbst wenn der Lehrer 500 Reichstaler erhielte, so der Amtmann, würde dies den Stand des jüdischen Schulwesens insgesamt nicht heben. Dies sei vielmehr ein Problem der rechtlichen Stellung des Lehrers. In der Abhängigkeit der jüdischen Lehrer von ihrer Gemeinde sieht er die Schwäche des jüdischen Schulsystems. *„Soll das jüdische Schulwesen von Grund auf verbessert werden, so muß der Staat die Erziehung, Bildung, Anstellung und Oberaufsicht über die jüdischen Lehrer übernehmen und solche Institutionen schaffen, auf denen die Juden unter des Staates Leitung ausgebildet werden... Durch die Anstellung der Lehrer mittels des Staates, welche ohne alle Einmischung der Synagogengemeinde geschehen müßte, wird die Stellung der Lehrer viel freier und selbständiger,"* urteilt Amtmann Müller (Akte II-7-3). Die Kritik des Amtmannes am rechtlichen Status der jüdischen Lehrer hat aufgrund der bereits beschriebenen Verhältnisse an der jüdischen Schule in Vlotho sicher seine Berechtigung.

Die jüdische Schule – Privatschule oder öffentliche Schule?

Nachdem 1843 eine umfangreiche Erhebung über die Verhältnisse der Juden durchgeführt worden war, erfolgte mit dem *„Gesetz über die Verhältnisse der Juden"* vom 23. 7. 1847 eine Neuregelung der *„bürgerlichen Verhältnisse"* und der *„Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten der Juden"*. Dieses Gesetz muß als Fortschreibung des berühmten Emanzipationsediktes von 1812, in dem Friedrich Wilhelm III. alle Juden Preußens für *„Einländer und preußische Staatsbürger"* erklärt hatte, gesehen werden.

Die §§ 60 — 67 regeln das Unterrichtswesen. Danach *„gehören die schulpflichtigen Kinder der Juden den ordentlichen Elementarschulen ihres Wohnortes an"*. Im einzelnen wird aber auch das Verfahren zur Gründung eigener jüdischer Schulen beschrieben. Eine solche jüdische Schule hat dann nach dem Gesetz die *„Eigenschaften und Rechte einer öffentlichen Schule"*. Im § 67, Ziffer 3 findet sich der Hinweis, daß dort *„wo die Unterhaltung der Ortsschulen eine Last der bürgerlichen Gemeinde ist"*, für die jüdischen öffentlichen Schulen eine Beihilfe aus Kommunalmitteln gefordert werden kann.

1855 wendet sich nun die Synagogengemeinde Vlotho unter Bezug auf jene Bestimmung an die Stadt mit dem Antrag auf einen jährlichen Zuschuß von 20 Reichstalern zur Unterhaltung der jüdischen

Elementarschule. Man bezieht sich dabei auf den städtischen Haushalt, der für die anderen bürgerlichen Unterrichtsanstalten Zuschüsse von mehreren Hundert Talern ausweise. Im übrigen würden die jüdischen Einwohner *„einen nicht unbedeutenden Teil zu den Kommunallasten beitragen"*.

Amtmann Müller lehnt den Bescheid ab mit dem Hinweis auf die katholische Schule am Ort, die auf einen ähnlichen Antrag auch eine Ablehnung erhalten habe. Der Synagogenvorstand gibt sich allerdings mit der Entscheidung des Amtes nicht zufrieden. Unter ausdrücklichem Bezug auf den Gesetzestext wird der Antrag erneut gestellt. Am 20. 2. 1856 entscheidet die Regierung in Minden in dieser Sache: *„Da die jüdische Schule zu Vlotho nur den Charakter einer Privatschule hat, so hat die Commune keine Verpflichtung, zu deren Unterhaltung Beiträge zu leisten."* Die Synagogengemeinde faßt erneut nach und versucht in einer umfangreichen Begründung die Regierung umzustimmen. Sie stellt dabei geschickterweise den Antrag, *„die seit mehr als 30 Jahren hier bestehende jüdische Religions- und Elementarschule auf Grund des § 67 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 zu einer öffentlichen Schule zu ernennen."* Dem will die Regierung aber nicht folgen. Sie lehnt dieses Ansinnen ab. Am 8. 8. 1856 entscheidet sie, *„daß der Antrag des Synagogenvorstandes, die dortige jüdische Privatschule . . . zu einer öffentlichen zu erheben, nicht berücksichtigt werden kann, da es allen gesetzlichen Grundlagen zu einer derartigen Einrichtung fehlt"* (Akte 1-7-3). Damit war der Versuch der Synagogengemeinde, die jüdische Privatschule zu einer

Lehrer an der jüdischen Schule in Vlotho

1821 — 1842	Philipp Adler (Religionsschule)
1843 — 1845	David Wolf Rothschild
1846	Barth
1847 — 1848	Liepmannssohn
1850	Hollstein
1852	Cosmann
1853	Jacob Meyer
1854 — 1856	Dr. Gabriel Josua Landauer (Rabbiner)
1857 — 1858	Abraham Bromberg
1859	Joseph Levi
1860 — 1866	Salomon Kronenberg
1867 — 1872	Strauß
1872 — 1873	Lehmann Westheim
1873 — 1898	Isidor Gutmann
1899 — 1909	Sally Levi
1910 — 1911	Max Moses
1912 — 1913	Alfred Rosenthal

öffentlich zu erheben, gescheitert. Es darf hier schon angemerkt werden, daß die jüd. Schule später auch nie über diesen Status hinausgekommen ist.

Das pädagogische Wirken Isidor Gutmanns (1873 – 1898)

Nach den vielen Schwierigkeiten, die die hiesige Synagogengemeinde mit ihren angestellten Lehrern hatte, gewann sie 1873 mit Isidor Gutmann endlich eine vorbildliche Lehrerpersönlichkeit, die die jüdische Schule erfolgreich über den beachtlichen Zeitraum von 25 Jahren leitete. Die Schülerzahl ging allerdings in dieser Zeit von Jahr zu Jahr zurück: waren es zu Beginn seiner Tätigkeit noch 14 Schüler, so waren es am Ende seiner Schullaufbahn 1897 nur noch acht. Das Ende der jüdischen Schule war schon in Sicht.

Über die Zeit, die Isidor Gutmann hier die jüdischen Kinder unterrichtete, liegt recht ausführliches Quellenmaterial vor. Im Staatsarchiv Detmold befinden sich vier Protokolle über Schulvisitationen, die in ihrer Ausführlichkeit sehr aufschlußreich sind. Außerdem ist es ein Glücksfall, daß über den Lebensweg *Joseph* Gutmanns, eines Sohnes des hiesigen Lehrers, eine Veröffentlichung vorliegt. Joseph Gutmann hatte sich um die Jahrhundertwende in Berlin als jüdisch-liberaler Pädagoge einen Namen gemacht. In seinen Erinnerungen *„Von Westfalen nach Berlin"*, die von Hans Meyer posthum veröffentlicht wurden, geht er datailliert auf seine Kindheit in Vlotho und auf die jüdische Schule ein, in der er selbst Schüler seines Vaters war.

Dieses Buch ist nicht nur wegen der Fülle von Details über das jüdische Leben, sondern auch wegen der liebevollen Beschreibung Vlothos, seiner Umgebung und seiner Menschen vor der Jahrhundertwende lesenswert.

Zur grundsätzlichen Fragen einer jüdischen Schule schreibt Joseph Gutmann: *„Uns Kindern war es damals selbstverständlich, daß wir die jüdische Volksschule besuchten. Besuchten doch die evangelischen Jungen und Mädchen die evangelische und die katholischen die katholische Volksschule. Es wäre uns sehr komisch vorgekommen, wenn wir in eine andere als die jüdische Schule hätten gehen sollen. Und zur Trennung der Konfessionen hat das nicht im geringsten beigetragen. Wir haben uns mit den jüdischen Kindern genau so gut herumgeschlagen und vertragen wie mit den anderen. Da kannten wir keinen Unterschied. Ich habe allerdings meine Kindheit in jenen glücklichen Zeiten verbracht, in denen man den Antisemitismus kaum kannte . . ."* (Seite 39).

An anderer Stelle geht er weiter auf das Verhältnis zur christlich geprägten Umwelt ein: *„Bei unseren Spielen kannten wir keinen Un-*

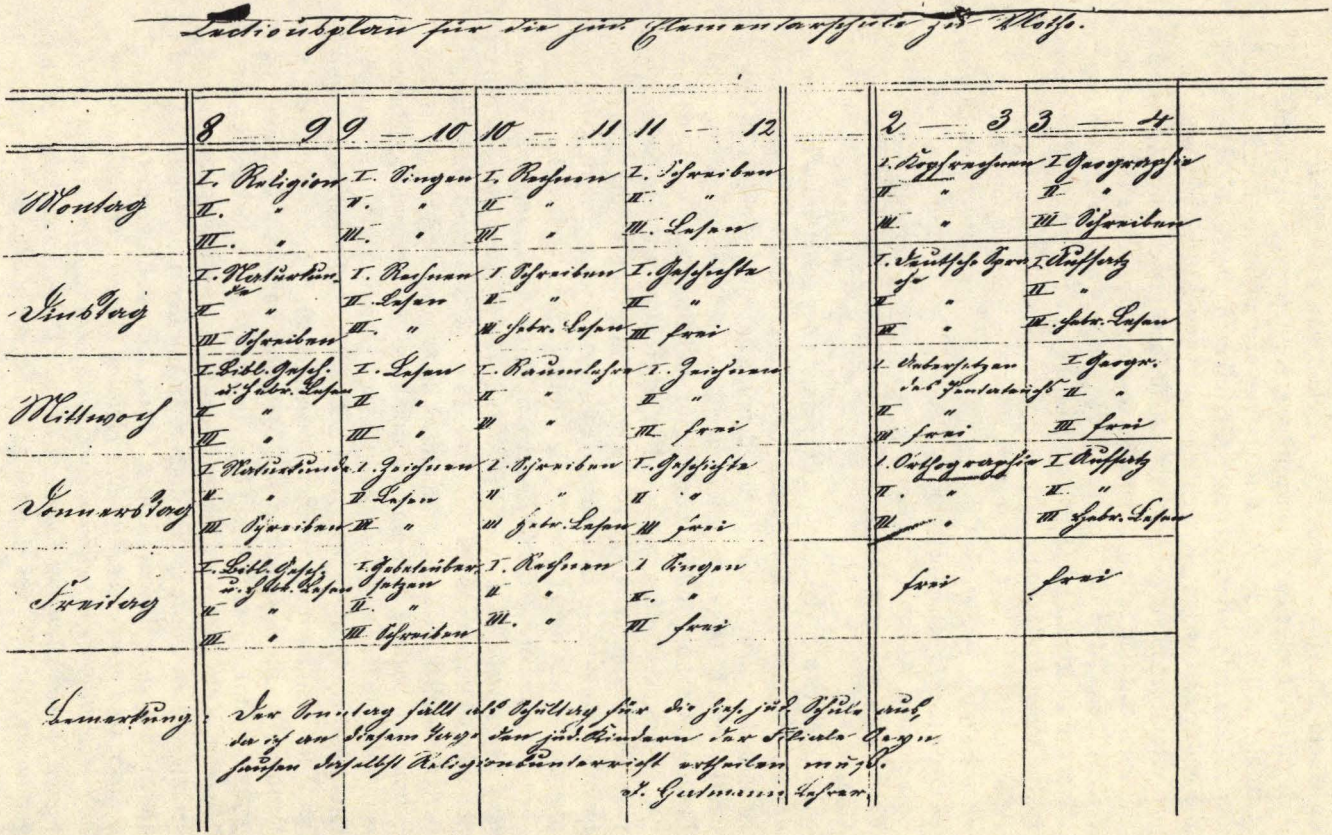
terschied der Konfession. ‚Unten in Vlotho' hörten wir zuweilen den höhnischen Vorwurf, ‚Ihr habt unseren Heiland gekreuzigt'. Oben in Vlotho kannte man solche Kränkungen nicht. Harmlos verkehrten die Kinder untereinander, wie das auch bei den Erwachsenen der Fall war. Selbst die Reden Stöckers (Anm.: antisemitischer Hofprediger und Landtagsabgeordneter), der etwa 1880 auch in der Vlothoer Gegend seine Hetzarbeit betrieb, riefen in dieser Beziehung keine Änderung hervor." (S. 50). Dann geht er auf ein Ereignis ein, das aus der Geschichte der Ev.-Reformierten Johannis-Gemeinde bekannt sein dürfte: *„Große Entrüstung erhob sich in der ganzen Stadt, als 1883 bei der Einweihung eines neuen Kirchturms der nicht in Vlotho wohnende Superintendent verlangte, daß der bei der Feier mitwirkende Gesangverein seine jüdischen Mitglieder von der Mitwirkung ausschließen sollte. Da verzichtete der ganze Verein auf seine Teilnahme . . ."* (S. 50). Am Abend des gleichen Tages habe der Bürgermeister als Reaktion auf die engstirnige Haltung des Kirchenmannes eine begeisterte Rede über konfessionelle Toleranz gehalten.

Zurück zur jüdischen Schule:

„Wie war mein Vater als Lehrer?" fragt Joseph Gutmann. „Er stand auf dem Standpunkt, daß es beim Unterricht weniger auf die Methode als auf den Lehrer ankomme, und daß ein fleißiger und gewissenhafter Lehrer immer etwas bei den Schülern erreiche. Und fleißig und gewissenhaft war er. Er bereitete sich immer sehr sorgfältig auf seinen Unterricht vor und war jederzeit bemüht, seinen Schülern sein Bestes zu geben. Wer die einklassige Schule kennt, weiß, wie schwer es ist, immer alle Kinder zu beschäftigen. Wir waren niemals ohne Arbeit. Er begann seinen Unterricht pünktlich, doch schloß er ihn weniger pünktlich, d. h. es kam ihm gar nicht darauf an, den Unterricht um eine halbe Stunde über das festgesetzte Ende auszudehnen. Diese halbe Stunde kam gewöhnlich den Schwachen zu gute, mit denen er sich dann besonders beschäftigte . . ." (S. 37).

Wie in den anderen Schulen auch, so wurde damals in der jüdischen Schule viel Wert auf Tatsachenwissen gelegt. *„Im Geschichtsunterricht kam es nur auf die Kenntnis der Tatsachen an, im Erdkundeunterricht auf die Größe der Länder, die Einwohnerzahlen der Städte, die Höhe der Berge, die Länge der Flüsse . . . weniger auf die Kenntnis der Zusammenhänge . . ."* (S. 38). Trotzdem darf man die jüdische Schule nicht einfach als Paukschule verstehen. Im Erdkundeunterricht waren Atlas und Wandkarte selbstverständliche Arbeitsmittel, und I. Gutmann legte Wert darauf, daß in den Realien nichts wörtlich auswendig gelernt wurde. Ihm kam es auf das Verständnis der Dinge an. So verzichtete er im Mathematikunterricht weitgehend auf die Anwendung von Formeln, sondern forderte die Schüler zur logischen Begründung der einzelnen Rechenschritte aus. Er versuchte sogar, die Schüler von einem ganzheitlichen Ansatz her

Stundenplan der jüdischen Elementarschule zu Vlotho, 1875



Lectionsplan für die jüd. Elementarschule zu Vlotho.

	8 — 9	9 — 10	10 — 11	11 — 12	2 — 3	3 — 4
Wonberg	I. Religion II. " III. "	I. Singen II. " III. "	I. Rechnen II. " III. "	I. Schreiben II. " III. Lesen	I. Bibelerklären II. " III. "	I. Geographie II. " III. Schreiben
Simberg	I. Katechismus II. " III. Schreiben	I. Rechnen II. Lesen III. "	I. Schreiben II. " III. fehr. Lesen	I. Geschichte II. " III. frei	I. Deutsch II. " III. "	I. Deutsch II. " III. fehr. Lesen
Mittwoch	I. Bibl. Gesch. u. fehr. Lesen II. " III. "	I. Lesen II. " III. "	I. Raumlehre II. " III. "	I. Geschreen II. " III. frei	I. Uebersetzen aus Deutsch II. " III. frei	I. Geogr. II. " III. frei
Donnerstag	I. Katechismus II. " III. Schreiben	I. Geschreen II. Lesen III. "	I. Schreiben II. " III. fehr. Lesen	I. Geschichte II. " III. frei	I. Uebersetzen II. " III. "	I. Deutsch II. " III. fehr. Lesen
Freitag	I. Bibl. Gesch. u. fehr. Lesen II. " III. "	I. Tabellenlesen II. " III. Schreiben	I. Rechnen II. " III. "	I. Singen II. " III. frei	frei	frei

Anmerkung: Der Freitag fällt als Schultag für die jüd. Schule weg, da ist an diesem Tage der jüdischen Kinder nicht erlaubt, Religionsunterricht ertheilen darf.

J. Gutmann, Lehrer.

zu einem sinnvollen Lernen zu erziehen, indem er sie aufforderte, sich nicht einzelne Sätze einzuprägen, sondern eine Geschichte erst ganz zu lesen, sich den Zusammenhang klarzumachen und dann das Ganze sinnvoll wiederzugeben. Stiefkind des Unterrichts waren wohl die Naturwissenschaften, weil hier Gutmann Autodidakt war. Turnen erteilte er nicht, wahrscheinlich aus gesundheitlichen Gründen. Ein Blick auf den Stundenplan, der uns aus dem Jahre 1875 überliefert ist, zeigt, daß der Lehrer an der jüdischen Schule noch mehr Fächer abzudecken hatte als sein Kollege in der evangelischen oder katholischen Volksschule:

Religion	Geschichte
Hebräisch	Naturbeschreibung
Deutsch (Lesen, Orthographie,	Naturlehre
Sprachlehre, Aufsatz, Schreiben)	Gesang
Rechnen (Kopf- und Tafelrechnen)	Zeichnen
Geographie	Französisch (!)

Da blieb es nicht aus, daß in dem einen oder anderen Fach, in dem der Lehrer nicht so kompetent war, weniger Unterricht stattfand. Nach dem oben angeführten Stundenplan hatten die Schüler 28 Stunden Unterricht in der Woche, verteilt auf 5 Tage: von Montag bis Freitag, allerdings mit Nachmittagsunterricht von 2 — 4 Uhr. Nur der Freitagnachmittag war — als Vorbereitung auf den Sabbat — frei. Da Gutmann sonntags Religionsunterricht in der *„Filiale"* Oeynhausen gab — Oeynhausen gehörte zur Vlothoer Synagogengemeinde —, war dieser Tag für die Vlothoer Schüler schulfrei.

Im Staatsarchiv Detmold finden sich in der Akte *„Jüdische Schule und Lehrerstelle in Vlotho"* (M1 IIB - 4011), vier Berichte über Schulinspektionen aus den Jahren 1875 — 78. Sie geben einen detaillierten Einblick in Unterricht und Schulorganisation der jüdischen Schule. Ich beziehe mich im folgenden auf den Revisionsbericht aus dem Jahre 1875. Die Schulinspektion war durchgeführt worden vom Ortsschulinspektor Hellhake und dem Kreisschulinspektor Dr. Flügel. Die Leistungen der Schüler wurden in den Fächern Religion (!), Deutsch, Rechnen, Geschichte, Geographie und Naturbeschreibung geprüft und durchweg als *„gut"*, *„befriedigend"* oder *„genügend"* bewertet. Zum Fach Geschichte findet sich der Hinweis, der Lehrer sei angewiesen worden, sich noch mehr mit der neuen und neuesten Geschichte zu befassen. Unter Schulzucht steht vermerkt: *„Die Schüler sind etwas unruhig. Die Haltung der Kinder müßte besser und gegenüber dem Lehrer respektvoller sein. Letzterer wird angewiesen, etwas strengere Zucht zu üben."* Diese Anmerkung dürfte gerade ein Hinweis auf eine fortschrittlichere pädagogische Einstellung des Lehrers sein. Die Kritik bezieht sich im übrigen auf organisatorische Mängel und ist durchaus konstruktiv. So regt der Kreisschulinspektor an, die wenigen Knaben der jüdischen Schule mit den

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs

bezeugt die General-Kommission in Angelegenheiten der Königlich Preußischen Orden hierdurch, daß Ihre Majestät dem jüdischen Lehrer und Kultusbeamten Isak Isidor Gutmann zu Wolfhagen im Kreise Hofgeismar

den Adler der Inhaber
des Königlichen Hausordens von Hohenzollern

zu verleihen geruht haben. Zur Beglaubigung ist dieses Zeugniß unter unserer Unterschrift und Siegel ausgefertigt worden.

Berlin, den 2ten Juli 1898.

General-Kommission in Angelegenheiten der Königlich Preußischen Orden.

Urkunde über die Verleihung des Hausordens der Hohenzollern
an den Lehrer Isidor Gutmann, 1898
(Aus: Gutmann, Von Westfalen nach Berlin)

Schülern anderer Schulen turnen zu lassen. Oder er schlägt vor, bessere Karten von Westfalen und Palästina zu beschaffen. Dem Lehrer Isidor Gutmann, der bereits 24 Jahre im Dienst ist wird *„sehr gutes"*, untadeliges Verhalten im Amt und außerdienstlich bescheinigt, auch bei den folgenden Revisionen. Daß es in der jüdischen Schule zu Vlotho ebenso patriotisch zuging wie in anderen Schulen jener Zeit, belegt ein Vermerk über Schulfeste. Demnach wurden in besonderer Weise *„Kaisers Geburtstag"* und das *„Sedansfest"* gefeiert . . . (Akte M1 IIB/4011).

Die Verdienste, die sich Isidor Gutmann als Leiter der jüdischen Schule und Kantor der Synagogengemeinde erworben hatte, wurden bei seiner Zuruhesetzung im Jahre 1898 *„allerhöchst"* anerkannt: Der Kaiser verlieh ihm den Königlichen Hausorden von Hohenzollern. Eine Abschrift der Verleihungsurkunde befindet sich in den Akten des Stadtarchivs. Die Königliche Regierung in Minden schreibt unter dem 4. August 1898 an den Landrat und dieser wiederum an den Amtmann:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 2. Juli d. J. dem jüdischen Lehrer und Kultusbeamten ISIDOR GUTMANN in Vlotho aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand zum 3. Juli d. J. den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen geruht . . ." (Akte II-7-5)

I. Gutmann, der zweimal verheiratet war und drei Kinder aus erster Ehe hatte, lebte nach seiner Pensionierung weiterhin in Vlotho. Als er im Jahre 1915 im gesegneten Alter von 88 Jahren starb, wurde er unter großer Beteiligung von Juden und Christen zu Grabe getragen. Sein Grabstein mit der noch gut lesbaren Inschrift *„Hier ruht der Lehrer Isidor Gutmann"* und einem Bibelspruch steht in der Mitte des Judenfriedhofs.

Die jüdische Schule von 1900 – 1913 und ihr Ende

Nach dem Abgang Gutmanns übernahm ein junger Lehrer von 23 Jahren, Sally Levi, die Lehrerstelle. Er hatte bereits die Ausbildung in einem staatlichen Lehrerseminar genossen und konnte ein gutes Zeugnis vorweisen. Bei den baldigen Revisionen wurde er durchaus positiv beurteilt. *„Der Lehrer arbeitet mit Treue und Fleiß und bereitet sich auf den Unterricht gewissenhaft vor. Die Kinder hält er in Zucht und Ordnung und versteht es, ihre Aufmerksamkeit zu wecken. . ."* so steht es im Revisionsbericht des Kreisschulinspektors Schlüpmann vom 26. 9. 1900. Als dieser nebenbei anmerkt, daß das Schulzimmer gänzlich ohne Schmuck sei, nimmt die Regierung in Minden dies zum Anlaß, dem Synagogenvorstand die Anschaffung

eines Kaiserbildes zu empfehlen, was auch prompt geschieht und der Regierung rückgemeldet wird! Aus dieser Zeit liegt auch ein detaillierter Bericht über die räumlichen und hygienischen Verhältnisse der Schule vor. Darin heißt es, daß sich die Schulklasse *„in einem an der Langen Straße gelegenen, zweigeschossigen der jüdischen Gemeinde gehörenden Gebäude"* befindet, einem Fachwerkbau. Das Schulzimmer habe die Größe von 6,70 mx2,70x2,14 m. Die vier Fenster gingen nach Norden. (Über mangelhafte Lichtverhältnisse wurde in verschiedenen Berichten geklagt.) Trinkwasser könnten die Kinder aus einem Brunnen der Nachbarhäuser beziehen (Akte M1 IIB/4011).

Die Schülerzahl war sehr klein geworden: 1900 waren es neun, 1902 vier, 1906 wieder sechs Kinder, die die jüdische Schule besuchten. Viele jüdische Familien gingen dazu über, ihre Kinder nicht mehr in die jüdische Schule zu schicken. 1912 gab es nach einem Hinweis in den Ravensberger Heimatblättern immerhin 24 jüdische Familien in Vlotho. Dieses Elternverhalten ist ein Zeichen für die fortgeschrittene Integration der jüdischen Bürger in die christliche Gesellschaft. 1909 verläßt Sally Levi, dem bescheinigt wird, er habe sich „sichtlich Mühe" gegeben, die jüdischen Kinder zu fördern, die Vlothoer Lehrerstelle.

Die letzten Jahre der jüdischen Schule erinnern an ihre Anfangszeit. Sie sind gekennzeichnet durch häufigen Lehrerwechsel und Unzufriedenheit der Schulaufsicht mit den schulischen Leistungen. Von 1909 bis 1913 unterrichten hier noch folgende Lehrer: Levy Meyerhoff, Max Moses und Alfred Rosenthal. Die Schülerzahl erreicht die unterste Grenze für einen geordneten Schulbetrieb. 1911 waren es vier, 1912 nur noch drei Kinder; davon waren zwei noch nicht einmal jüdischen Glaubens, sondern gehörten der christlichen Sekte der Adventisten an, die als Besonderheit den Sabbat heiligen. Wegen dieser Gemeinsamkeit mit dem jüdischen Glauben schickten die Eltern ihre Kinder in die jüdische Schule. Als 1913 nur noch ein Kind zu beschulen war, und zwar ein Adventistenkind, wies die Regierung am 9. 5. 1913 an, die jüdische Schule in Vlotho „bis auf weiteres" zu schließen. Die Hoffnungen des Synagogenvorstandes, die Schule in absehbarer Zeit wieder eröffnen zu können, erfüllten sich nicht. Es blieb bei der Schließung der jüdischen Volksschule, die über den Status einer Privatschule nie hinausgekommen war. Die jüdischen Kinder gingen fortan in die christlichen Volksschulen oder in die Rektoratsschule mit ihrer Vorschule (Großmann, S. 341). Unberührt von der Schließung der Schule blieb die Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts und des Hebräisch durch einen jüdischen Lehrer, der zugleich Kantor der Synagogengemeinde war. Somit war die jüdische Schule zu ihren Anfängen zurückgekehrt: sie war nur noch Religionsschule für Kinder jüdischen Glaubens. Ihr letzter Lehrer war, bevor der Holocaust einsetzte, Moses Heller.

Die Geschichte der jüdischen Schule in Vlotho ist ein Stück Kulturgeschichte unserer Stadt. Mit dem Untergang der jüdischen Gemeinde, der Zerstörung der Synagoge und dem Abriß des Schulgebäudes in der unteren Langen Straße sind die Spuren verwischt. Tröstlich ist, daß aus verstaubten Akten, die nicht der Vernichtung anheim fielen, ein Einblick in jüdisches Schulleben in Vlotho vermittelt werden konnte.

Akten:

Stadtarchiv Vlotho: Das jüdische Schulwesen, II-7-3
Die Verhältnisse der hies. jüdischen Gemeinde, II-7-4
Die Lehrerstelle der hies. jüdischen Gemeinde, II-7-5
Etat-, Kassen- und Rechnungswesen der jüd. Gem., II-7-6
Gesetzessammlung für die Königl. Preuß. Staaten

Staatsarchiv Detmold, Jüdische Schule und Lehrerstelle in Vlotho 1826—1917, M 1 II B 4011-4012

Staatsarchiv Münster, Jüdische Gemeinde Vlotho (Dep.), 1885—1926

Literatur:

Joseph Gutmann, Von Westfalen nach Berlin,
Lebensweg und Werk eines jüdischen Pädagogen, bearbeitet von Hans Meyer, Haifa 1978

Karl Großmann, Geschichte der Stadt Vlotho, Vlotho 1971

Stephen H. Loeb

Als jüdisches Kind in Vlotho

Wendepunkt

Es war der 1. April 1933. Die angeordnete offizielle Proklamation des Tages hieß:

„Alle jüdischen Unternehmen und Geschäfte müssen heute durch die Partei und andere nationalsozialistische Organisationen boykottiert werden. In ganz Deutschland werden wir in diesem Sinne demonstrieren!"

Ich stand an der Ecke, wo der Kirchplatz und unser damaliges Haus und Geschäft an der Langen Straße einen Winkel bilden. Im Dunkeln der Nacht hatten schon einige „tapfere" Mitglieder der Partei die Schaufensterscheiben mit Backsteinen zertrümmert. Die Jalousie der Eingangstür war mit einem Hakenkreuz verziert worden, und die Bevölkerung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Inhaber, Gustav Loeb, ein Jude sei. Das war kein Geheimnis für die Vlothoer, denn das war schon der Fall, lange bevor sich Hitler als Deutscher taufte!

„Was haben wir denen angetan, warum der plötzliche Haß?" waren so meine Gedanken, als ich mich gegen den Willen meiner Eltern auf die Straße wagte und mir diese jämmerliche Szene betrachtete. Von den Nachbarhäusern wehten entweder Hakenkreuzfahnen — oder wenn sie noch nicht ganz von dieser nationalistischen Welle überzeugt waren — schwarz-weiß-rote. In der Ferne konnte ich schon die Trommeln und Pfeifen der sich nähernden Kolonnen hören. Ich war wie betäubt und je lauter sich die Musik unserem Hause näherte, desto fester wurde ich in meinem Entschluß, mich nicht von meinem Platz von diesen Horden vertreiben zu lassen. Ich wollte sehen, wer von meinen ehemaligen Freunden dabei war, und mir — nun in Uniform und unter dem Schutz der Massen —in dieser Situation ins Auge sehen konnte.

Ich hatte nicht lange zu warten, als ich da an der Grenze des jüdischen Eigentums zum geliebten Kirchplatz stand. Da kamen sie in braunen, grauen oder schwarzen Uniformen die Lange Straße heraufmarschiert. Sie hofften sicher, daß die uniforme Bekleidung ihre bekannten Gesichtszüge maskieren würde. Die eindressierten Schlachtrufe: *„Juda verrecke! Kauft nicht beim Juden!"* wurden auf Befehl perfekt vor unse-



Bild oben und rechts:
Aprilboykott 1933:
Zertrümmerte Schaufensterscheibe des Kaufhauses Gustav Loeb



rem Hause ausgebrüllt, und die Banner mit ähnlichen Zitaten hochgehalten. Aber viele bekannte Gesichter machten ein peinliches „Augen rechts", als sie unerwartet den kleinen, sie direkt anstarrenden Juden — die Arme trotzig über seine Brust verschlungen — erblickten. Das wollte ich wahrscheinlich prüfen, denn dieser Augenblick steht mir noch heute deutlich in trauriger Erinnerung. Er wurde der *Wendepunkt* in meinem Leben. Es wurde mir klar, daß für jüdische Mitbürger in dieser Atmosphäre in einem solchen Land keine Zukunft mehr bestand, wenn innerhalb von drei Monaten nach der verhängnisvollen Machtergreifung der Nazis kaum ein christlicher Freund es wagen konnte, mit mir in Kontakt zu kommen, oder mit Juden in der Öffentlichkeit in freundlicher Geste gesehen zu werden. In diesem Augenblick beschloß ich, das Land zu

verlassen. Die Massen waren schon in ihrem Denken betäubt und ihre Gedanken gleichgeschaltet. *Sie* waren die Gefangenen, aber *ich* war noch frei und konnte dem Angebot meines Onkels, nach Amerika auszuwandern, eines Tages in der Zukunft folgen.

Kinderparadies Kirchplatz

Wie anders das Bild doch während meiner Kinder- und Jugendjahre in derselben Nachbarschaft war!

Wir Kinder der zwanziger Jahre kannten nur einen Unterschied: Jahrgangsdünkel und natürlichen Ehrgeiz. Der Kirchplatz — so nannten wir den Platz vor der St. Stephanskirche — war unser Lieblingsort. Hier konnten wir tags und abends ungehindert spielen. Zu jeder Zeit konnte man dort Spielkameraden treffen und sich den diversen Unternehmen anschließen.

Im Frühjahr war die *„Murmelsaison"*. Mit dem Hacken der Schuhe wurden Löcher in den noch weichen Boden gedreht. Kleine Gruppen bildeten sich und von einem ausgemessenen „Strich" rollten sie ihre Kugeln in Richtung des Loches. Die Kugeln, die nicht gleich in das Ziel rollten, wurden dann mit dem Zeigefinger weiterbefördert. Später wurden dann die Meisterschaften ausgefochten, bis der Sieger



Klassenfoto der Höheren Stadtschule: in der Mitte Lehrer Rave, darüber Hans Loeb im Matrosenanzug

stolz mit einem Sack voll von erbeuteten Murmeln aller Farben und Größen abmarschierte.

Im Sommer wurde Schlagball gespielt und im Herbst Fußball, trotz des abfallenden Geländes. Ein Tor war am Rande der Winterbergstraße, das andere unten bei Loebs vor dem Kontorfenster, mit dem Resultat, daß die Scheibe öfters einen hartgeschossenen Ball nicht aushalten konnte. Die Eltern des Torschützen mußten dann ,,Scheibenbuße'' zahlen. Als wir schon radfahren konnten, machten wir Slalomrennen um die Kastanienbäume. Da der Boden damals noch nicht gepflastert war, konnten kleine Unfälle durch das Rutschen nicht verhindert werden. Wenn im Oktober das Laub die Erde bedeckte, wurden Burgen gebaut, die dann wonnevoll von den gegnerischen Parteien zerstört wurden. Wer kann den Hochgenuß vergessen, sich in das Laub zu werfen und sich darin zu wälzen! Stundenlang wurden Kastanien gesammelt, aufgebohrt und auf Bindfäden zu langen Ketten aufgezogen.

Selbst im Winter war es ein Paradies. Die Schüler der ,,Landschule'', welche sich hinter der Stephanskirche befand, machten morgens eine Schurbahn, die wir dann später von der Litfaßsäule an der Ecke Lange Straße/Winterbergstraße diagonal bis zum Eingang der Schule verlängerten. Sie wurde auch Eisschnellbahn für die Schlittschuhläufer.

Aber der Höhepunkt auf diesem Platz war die *Kirmes,* die am ersten Donnerstag im Mai und Oktober abgehalten wurde. Doch schon am Dienstag früh morgens konnte ich in meinem Mansardenzimmer das Rumpeln der schwerbeladenen Karussellwagen hören, wenn sie vom Güterbahnhof kommend, über das Kopfsteinpflaster rollten. Der letzte war immer der Wohnwagen der Familie Perl, die beneidenswerten Besitzer dieses Unternehmens. Da Frau Perl immer preiswert bei meinem Vater einkaufen konnte — das hatte seine Gründe — hatte ich große Vorteile und Sonderrechte bei ihnen, die ich auch voll ausnutzte. Ich durfte helfen, das Karussell mit seinen vielen Teilen aufzubauen: von einem Gerüst mit dem massiven Mast, das auf dem unebenen Boden ausbalanciert werden mußte, bis zum prachtvollen Bekleiden mit den bunten Perlenvolants. Stundenlang polierten wir das Messing an den Schaukeln, und die stolzen Pferde mußten Hochglanz zeigen. Meine Belohnung war dann immer, mit der Familie Perl im Wohnwagen das große Mittagsmahl zu essen, und ich durfte immer umsonst auf dem Karussell fahren und einkassieren helfen. Nie werde ich meine Faszination durch die prachtvolle Orgel vergessen, denn durch sie wurden wir jungen Vlothoer mit den neuesten Schlagern vertraut gemacht. Dieses Instrument wurde erst von einem Freiwilligen handgedreht. Ebenso war auch der einzige Antrieb des ganzen Karussells ein Pferd, das so ungefähr alle Stunden ausgewechselt wurde. In den letzten Jahren der Kirmes wurde

diese Methode durch die Anschaffung eines elektrischen Motors modernisiert. Spät abends, wenn die ältere Jugend und die Erwachsenen den festlichen Kirchplatz bevölkerten, dann ergötzte ich mich an dem Lärm der Massen, die jubelnd die vielen Attraktionen besuchten. Das Knallen des „Haut-den-Lukas" und das Peitschen der Schüsse in den Schießbuden, gemischt mit der Orgelmusik und dem Singen der Menschen, tönten durch die raucherfüllte Nachtluft. Das war die Szene, welche sich unter meinen Füßen ausbreitete, wenn ich auf dem Rande meines Dachzimmerfensters saß.

Kaufhaus Loeb

Mein Großvater, der in der Rhön wohnte, wo viele Holzschnitzer Spielzeug aller Art herstellten, hatte einen Pferdeschlitten für mich bauen lassen, in welchem ein Pony mit vollem Geschirr eingespannt war. Darin wurde ich von Marie Süllwald, unserer ersten Angestellten, stolz im Winter auf der Langen Straße der Vlothoer Bürgerschaft vorgestellt. *„Das ist Hänschen Loeb"*, pflegte sie zu sagen, *„dessen Vater erst jetzt aus dem Krieg zurückgekehrt ist."* Es war 1919. Zu Weihnachten 1915 war er das letzte Mal auf Urlaub in Vlotho gewesen, und ich war das Resultat. Während seiner Abwesenheit leitete meine Mutter mit Hilfe ihrer Lieblingscousine, Renate Tannenbaum, das Unternehmen, welches mein Vater Anfang 1913 von seinem Chef, Bernhard van der Walde, gekauft hatte. Meine Eltern heirateten im Januar 1914, und mein Vater wurde im August 1914 eingezogen. Obwohl meine Mutter als junge Braut von Thüringen nach Vlotho verpflanzt worden war, brachte sie es fertig, das Geschäft trotz des Krieges und der folgenden Inflation über Wasser zu halten. 1933 war die Belegschaft auf 14 Angestellte gestiegen, und *Kaufhaus Loeb* war ein Begriff in Vlotho und Umgebung.

Die Mitarbeiter in unserem Betrieb waren auch meine Freunde. Manche litten mit uns später unter der Diskriminierung. Das war besonders der Fall bei Lydia Altehage und Marie Süllwald, die meinen Eltern treu blieben, sogar in der Zeit, als meine Verwandten schon in Hannover im Ghetto lebten, kurz vor der Verschleppung in die Vernichtungslager. Es gelang ihnen unter großer eigener Gefahr, Lebensmittel in ihre Wohnung zu bringen. Als sie einmal angehalten wurden, konnten sie sich schlagfertig aus dieser heiklen Situation herausreden. Dieses mutige Unternehmen ist mir in einem der letzten Briefe von meinen Eltern „durch die Blume" bestätigt worden. Lydia Altehage, die als hervorragende Schneiderin oben in der Wohnung unseres Hauses ihre Arbeitsstelle hatte, wurde die Vertraute und Freundin meiner Mutter. Als wahre Christin war sie davon überzeugt, daß sie ihren reinen, menschlichen Gefühlen folgen müsse.



Kaufhaus Loeb, Aufnahme aus dem Jahre 1920

Marie Süllwald, die älteste Angestellte, hatte es besonders schwer, uns treu zu bleiben, da ein Verwandter ein hohes Tier in der örtlichen Partei war. Aber auch andere Mitbürger zeigten ihre Opposition in gewissen Situationen. Viele Kunden hielten uns die Treue, und darin liegt leider ein trauriges Paradox des Lebens. Ihre Loyalität hat wahrscheinlich meinen Eltern eine falsche Sicherheit vorgespielt, und ihnen so die oft ausgesprochene Hoffnung gemacht, daß dieser Terror nur vorübergehend sein würde. Wenn immer ich von baldiger Auswanderung sprach, dann zitierte mein Vater die Tatsache, daß doch noch viele Kunden, trotz Boykott und antisemitischer Propaganda, das Geschäft besuchten. Manche, besonders Beamte, schlüpften im Dunkeln durch die Gasse zwischen den zwei Häusern, um durch die Hintertür ins Geschäft zu gelangen. Unter weniger günstigen Verhältnissen wäre meine Familie sicher schon frühzeitig ausgewandert.

Diese tragische Ironie des Schicksals ist meine Erklärung, warum das Leben in Vlotho — obwohl nicht einfach und oft auch bedrohlich — jedoch im Vergleich mit anderen Städten und Orten für die jüdische Bevölkerung bis zum notorischen Tag der „Kristallnacht" erträglich war.

Nazipöbeleien

Die Szene wechselt. Der Bahnhofsvorsteher der Kleinbahn — in blauer Uniform und roter Mütze auf dem Kopf — hielt stolz um 6 Uhr 52 die „Pfanne" hoch. Wir Fahrschüler waren wie gewöhnlich noch außer Atem und hatten mit Mühe in dem 4.-Klasse-Abteil noch einen Sitz- oder Stehplatz gefunden. Diese Art Waggon mit ihren steifen, primitiven Holzbänken waren gerade eine Stufe besser als ein Güterwagen; für Spätkommende waren sie jedoch mit der offenen Plattform die beste Möglichkeit, beim Anfahren des Zuges noch aufzuspringen und so den Zug und die Schule nicht zu versäumen.

Wie gewöhnlich mußte ich noch meine Lektüren pauken und hatte meine Nase in den Büchern, als ich von antisemitischen Schlachtrufen aufgeschreckt wurde. Obwohl es schon Anfang 1934 war, das war bis jetzt unter den Fahrschülern nicht vorgefallen.

Mir gegenüber auf der Bank saß mein Freund, Richard Grundmann, welcher gerade eine Stelle bei der Wäschefabrik Elsbach in Herford angenommen hatte. Seine Eltern und Schwestern, Magdalene und Loni, waren kürzlich von Darmstadt nach Vlotho übergesiedelt. Sie hatten in dem großen Wohnhaus der Papierfabrik bei dem Vater der Frau Dora Grundmann, Moses Mosheim, Unterkunft gefunden.

Die Pöbelei war offensichtlich auf Richard gerichtet. Mitglieder der Hitlerjugend in Uniform hatten sich offensichtlich auf dieses Treffen vorbereitet. Anscheinend war er ein neues Gesicht für diese Burschen, und es war weniger peinlich für sie, den „Neuen" zum Ziel ihrer Pöbeleien zu machen. Die Schimpfworte wurden provozierend und persönlich. Der Anführer forderte Richard vor seinen Untergebenen zum Kampf auf. Was sie nicht wußten, war, daß Richard auf einer Privatschule einen Kurs in Selbstverteidigung gemacht hatte, und daß er sehr jähzornig werden konnte. Er war nur mittelgroß, aber flink und stark. Als der Anführer eine Hand auf ihn legte, wurde Richard puterrot, sprang auf und vermöbelte den vollkommen überraschten „Helden" mit gut plazierten k.o.-Schlägen, bis er blutend auf dem Boden lag. Als sich seine Gefährten von der Überraschung erholt hatten und ihrem Kameraden zu Hilfe kommen wollten, ging es ihnen ähnlich. Wie das manchmal in solchen Situationen so üblich ist, schien Richard übermenschliche Kraft zu besitzen, und drei uniformierte Hitlerjungen zogen sich schließlich blutend zurück, indem sie sich um ihre Wunden kümmerten. Wir Zuschauer waren perplex. Richard Grundmann stand in der Mitte des Wagens. Mit suchenden Blicken fand er die Überreste seiner Brille, den einzigen Verlust, den er erlitten hatte. Seine Ehre und Selbstachtung hatte er tapfer gewahrt.

Als diese Niederlage der Hitlerjungen in Vlotho bekannt wurde, sagte die Partei Richard Grundmann den Krieg an. Es war seine letzte Fahrt auf der Kleinbahn. Er konnte sich nur noch im Dunkeln im

Auto seines Vaters in die Stadt wagen. Zur Arbeit nach Herford fuhr er frühmorgens mit dem Motorrad und kam dann immer spätabends sehr müde nach Hause.

Eines Tages lauerte ihn die SA doch auf. Er konnte ihnen nur durch Glück noch im letzten Augenblick entkommen und verbarg sich in der Küche des Gasthauses „Felsenkeller". Von dort befreiten ihn treue Arbeiter der Papierfabrik, die mit Knüppeln und Eisenrohren bewaffnet, Spalier bildeten. Damit hatten die Parteimitglieder nicht gerechnet. Aber für Richard Grundmann wurde die Situation so unerträglich, daß er Anfang 1937 in die Vereinigten Staaten auswanderte.

Erst 1969 kehrte er das erste Mal, als einziger Überlebender seiner Familie, zur Einweihung des Denkmals für die Opfer des Holocausts nach Vlotho zurück. Auf den Gedenksteinen sind die Namen seiner Eltern, Dora und Erich Grundmann, und seiner Schwestern, Magdalene Grundmann und Leoni Warschauer, nebst seines Großvaters, Moses Mosheim, eingemeißelt.

Oase auf dem Bonneberg

Die Papierfabrik der Gebrüder Mosheim auf dem Bonneberg war für Vlothoer Begriffe ein großer Komplex mit seinen diversen Gebäuden und der damit verbundenen Landwirtschaft. Das lange Fabrikgebäude, der sogenannte Maschinensaal, das Kesselhaus mit dem hohen Schornstein, die Lagerschuppen für das Altpapier, das alles war schon von früher Kindzeit für mich ein imponierendes, neugierig machendes Paradies.

Da Frau Sophie Mosheim, die Frau von Levy Mosheim, die Cousine meines Vaters war, betrachtete man mich als zur Familie gehörend, und ich konnte jederzeit und überall mit meinen Freunden auftauchen. Mosheims waren wegen ihrer Gastfreundschaft bekannt, und wenn „Tante" Sophie mich erblickte, dann mußte ich immer erst einmal *„reinkommen"*. Sie bestand darauf, daß ich zumindest ein Butterbrot mit ihrem berühmten selbstgemachten Kochkäse mit einem Glas Milch auf der Diele zu mir nahm. Ihr Sohn, Herbert Mosheim, der älter und schon Papieringenieur war, nahm mich öfter in den großen Maschinensaal mit, wo er mir den Vorgang des Papiermachens erklärte. Er wußte, er hatte einen interessierten Zuhörer.

In den 20er Jahren bekamen sie eine neue, moderne Dampfmaschine von Lanz. Der große Kessel mit dem Riesenschwungrad und dem langen, breiten Riemen war ein Gegenstand der Bewunderung des kleinen Stöpsels. Wenn der Heizer die Feuertür öffnete, dann wurde man von der Glut und Hitze überwältigt, und der Lärm und das Zischen der Dampfdruckzylinder war betäubend.

Kurz nach Beendigung der großen Inflation erhielt die Fabrik für Wochen große Ballen wertloser Geldnoten mit den großen Ziffern, die in die Millionen und Milliarden gingen. Wir Kinder schwammen buchstäblich im Geld. Für Stunden waren wir die ,,reichsten'' Wesen



Hans Loeb mit Schwester Marianne 1938

auf der Welt. Eine Austauschbörse wurde gegründet, und der Finder der höchsten Werte war Banknotenkönig oder -königin. Bei anderen Gelegenheiten wurden der Schnippelboden und die Papierballen als Festungen benutzt. Da gab es keinen besseren Platz zum Versteckspielen als unter oder hinter den hochaufgestapelten Wänden des Altpapiers.

Da die Papierfabrik damals für Vlothoer Begriffe ,,draußen'' lag und hoch eingezäunt war, wurde sie nach der Machtergreifung der Nazis für die jüdische Jugend eine Oase und gesellschaftlicher Sammelpunkt. Die jungen Mosheims — Herbert, Hilde und Gerda —, die schon genannten Kinder von Dora und Erich Grundmann sowie Karola Katzenstein, Verwandte von Moses Mosheim, bildeten den Kern dieser Gruppe, welche die jungen jüdischen Menschen der Innenstadt nach dort zog. Hier war man so ziemlich sicher und ungestört. Wenn immer ich von Hamburg, wo ich im Exporthandel meine

kaufmännische Lehre absolvierte, nach Vlotho zu Besuch kam, dann verbrachten wir die Feiertage auf dem *„Bonneberg"*.

Auch unsere Eltern verkehrten dort regelmäßig. Es war ein angenehmer Spaziergang von der Stadt, und dort konnte man sich — von Spitzeln geschützt, die ja überall große Ohren hatten — über die sich mehr und mehr verschlechternde Lage aussprechen.

Bevor ich meine Stelle in Hamburg antrat, absolvierte ich einige Zeit als Volontär in der Schlosserei der Fabrik, unter der guten Leitung von Willy Schumacher. Diese Schulung ist mir später in Amerika in den ersten Jahren sehr zustatten gekommen. Als ich dann vor ein paar Jahren auf dem nun verlassenen und öden Hof stand, und die Ruine des verfallenden, früher doch majestätischen Wohnhauses betrachtete, konnte ich das Gefühl nicht loswerden, ein zerstörtes Märchenschloß vorzufinden. Ja, das war einmal . . .

Abschied

Es war der 1. August 1938, drei Monate vor der „Kristallnacht". Das gesamte Personal der Firma Gustav Loeb war im Kontor versammelt. Man hatte mich am Tage vor meiner Abreise gebeten, zu einer Abschiedsfeier zu kommen.

Der Geschäftsführer, Herr Paul Breder, ergriff das Wort und sprach ungefähr folgendes: *„In dieser traurigen Stunde sind wir hier, um uns von dir zu verabschieden."* Tränen füllten seine Augen, und die Köpfe der Anwesenden senkten sich.

„Wir sind seit Jahren bei euch und haben das Gefühl, daß wir ein Teil eurer Familie sind. Wir können es nicht begreifen, was man euch antut, und was dich zwingt, dein Vaterland für immer zu verlassen und auf diese weite Reise zu gehen. Wir können aber deinen Entschluß vollkommen verstehen. Wir müssen zusehen, wie schwer diese Trennung deinen Eltern, deiner Schwester und dir fällt . . ."

Er konnte kaum noch sprechen. Beinahe 20 Jahre war er bei uns.

„Damit du hoffentlich unser Land in besserer Erinnerung behalten mögest, überreiche ich dir auch im Namen aller Mitarbeiter diese zwei Bände, betitelt „Deutschland". Diese ausgezeichneten, schönen Fotografien deiner Heimat sollen die unvergiftete Landschaft als dauerndes Andenken bewahren. Unsere herzlichsten Wünsche begleiten dich mit diesen Büchern."

So ähnlich lautete auch die Widmung im ersten Band. Es war auf einmal ganz still geworden. Jeder umarmte mich oder drückte mir stumm die Hand. Dann verließen sie schweigend den kleinen Raum. Ich war alleine und schaute auf den einsamen Kirchplatz, wo die Kastanien jetzt lange, tiefe Schattenmuster in der späten Abendsonne warfen. Meine Gedanken gingen zurück an die schöne Kindheit und

Jugendzeit, die ich mit meinen Freunden dort erleben durfte. Was wird die Zukunft bringen? Kann ich die Familie mit diesem ersten Schritt in die Ferne retten? Werde ich je zurückkommen, und wer wird noch hier sein?

Die Schatten der Bäume wurden länger und lösten sich in ungewisse Farbtöne auf. Oben auf der Langen Straße bewegte sich etwas. Es kam näher und näher. Es waren Körper in Reih und Glied, und die Beine bewegten sich im rhythmischen Marschtempo. Eine braune Kolonne zerstörte plötzlich mit ihrem Gesang die friedliche Stille. Auf Kommando wurde vor unserem Haus angestimmt:

„Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt . . .“

Ich wurde aus meinen Träumen aufgeweckt. Das war die Gegenwart. *Die* sind betäubt, dachte ich, von Unmenschen dressiert, und marschieren in die Finsternis.

Ich aber schaue in die Zukunft, und im Morgenlicht werde ich der Freiheit entgegenfliegen.

Stephen H. Loeb

Rosch Haschana – jüdisches Neujahrsfest in Vlotho

„T'KIOH" (Blase!), intonierte der Vorbeter, unser damaliger Lehrer Herr Heller, als er — ganz in Weiß gekleidet — neben der imposanten Figur von Levi Mosheim auf dem Altar in unserer Synagoge stand. Der Neujahrsgottesdienst hatte seinen Höhepunkt erreicht, und alle Gemeindemitglieder, jung und alt, standen gespannt an ihren üblichen angewiesenen Plätzen in ihrer Bank und vor dem höheren Pult, auf dem die Gebetbücher ausgebreitet waren.

Alle Augen starrten auf Herrn Mosheim, der für diesen hohen Feiertag vollkommen in seinen Gebetsschal (Tallis) gehüllt, besonders festlich aussah. Langsam führte er das Mundstück des aus einem Widderhorn hergestellten Blasinstruments an seine Lippen, nahm einen tiefen Atemzug, und mit großer Anstrengung erzeugte er zwei Töne, die mit lautem Echo die Stille des großen Gebetssaal in unserer einfachen Synagoge erschütterten. —

Dieser „Tempel" war ein schlichtes Gebäude mit einer hohen Decke, von welcher ein großer Kronleuchter hing. An jeder Seite waren drei hohe barockartige Fenster, deren angeklebtes buntes Papiermuster farbiges Schleifglas imitierte. Auch die Ostwand hatte zwei ähnliche Fenster. Beinahe in der Mitte war eine einstufige ovale Erhöhung, die bis auf zwei Eingänge an jeder Seite von einem verschnörkelten Holzgitter umgeben war und so den Altar bildete. An der östlichen Seite war diese Struktur mit einer dreistufigen Plattform verbunden, die zur Heiligen Lade führte. Dieser eingebaute Schrank, dessen Wölbung man von draußen sehen konnte, enthielt die wichtigen Torarollen (5 Bücher Mose). Die Öffnung war von einem dunkelblauen, goldbestickten Vorhang verborgen. Auf dieser Erhöhung befand sich ein Pult, das lediglich für die Predigt benutzt wurde. Zur linken Seite des Vorhangs stand eine große Menorah (siebenarmiger Leuchter), und in der Mitte hing das Ewige Licht.

Die meisten Tätigkeiten spielten sich innerhalb der Altarovals ab. Dieses war auf beiden Seiten von je zehn bis zwölf einfachen Holzbänken flankiert, deren Rückseite jedesmal ein Pult für die Gebetsbücher bildete. Über die ganze Länge der westliche Wand ging ein

Balkon, der über eine Treppe zu erreichen war. In der Mitte unter dem Balkon befand sich die große Eingangstür aus solider Eiche. So erinnere ich mich an das Gebäude hinter der Judenschule an der Langen Straße, wo wir zum jüdischen Gottesdienst gingen: die Vlothoer Synagoge.

Die Zeromonie des Schofarblasens ist der Austausch der menschlichen Stimme mit einer ähnlichen Antwort aus dem primitiven Horn. Levi Mosheim beherrschte die Technik. Er beendete den Ritus mit einem dreimaligen Ton im Fortissimo. Das neue Jahr war nun offiziell eingeleitet.

Samson Heynemann, der Vorsteher der Gemeinde und Sachkundige in religiösen Ritualen, nickte zustimmend, und die Gemeinde atmete sichtlich erleichtert auf. Levi hatte es wieder gut gemacht.

Der schrille Posaunenschall soll unser Gewissen erwecken. Er bezeichnet und unterstreicht das Wunder der Schöpfung. Er ist eine Mahnung, unsere Gottespflichten auf Erden besser als im vergangenen Jahre zu erfüllen. Wir sollen unsere Sünden bereuen und Buße tun. Auch müssen wir unsere Taten des verflossenen Jahres abschätzen und versprechen, unser Benehmen und Verhalten gegenüber unseren Mitmenschen zu verbessern. An diesem Tage stehen wir vor dem göttlichen Gericht!



Mitglieder des Vlothoer Arbeitergesangvereins vor der Synagoge (Aus Gutmann, Von Westfalen nach Berlin)

Schon seit frühmorgens verbrachten die Anwesenden ihre Zeit mit Lesen und Zitieren des Morgengebetes, welches die Verherrlichung Gottes und seiner Taten in jeder Weise hervorruft. Da sind verschiedene Psalmen des Dankes und Loblieder für die Gründung seines Reiches, welches er geschaffen hat. Mit besonderer Energie wurden die vertrauten Abschnitte zusammen mit dem Vorbeter gesungen oder an manchen Stellen abwechselnd. Nicht jeder konnte dem hebräischen Text folgen, denn sie waren in verschiedener Weise geschult oder aufgezogen. So wurde oft ein Teil in Deutsch gelesen oder wiederholt.

Vlothos jüdische Gemeinde war ein Kompromiß von Orthodoxen, Konservativen und Liberalen.

Um alle zufrieden zu stellen, hatte man sich auf einen Gottesdienst geeinigt, der orthodoxe und liberale Elemente gut miteinander verband. Das Resultat war eine andächtige Verschmelzung aller Auffassungen. Die sehr Frommen waren in der Minderheit. Deshalb war es möglich, daß man in der Vlothoer Synagoge ein Harmonium (Pumporgel) eingeführt hatte, welches den Gottesdienst unter den talentierten Händen von Frau Hedwig Grundmann mit den schönen festlichen Melodien des liberalen jüdischen Komponisten Lewandowski untermalte. Diese wurden von einem kleinen Chor unter der Leitung ihres Gatten, Gustav Grundmann, an den Festtagen gesungen.

Für uns junge Menschen war die musikalische Umrahmung des Gottesdienstes ein bedeutender Beitrag und ein Ansporn, spontan daran teilzunehmen. Die hebräischen Zitate in den langen Gebeten konnten wir zwar lesen, aber nicht verstehen. Nur die Hauptgebete hatten wir im Religionsunterricht zu übersetzen gelernt. Dieser fand zweimal die Woche unter Leitung des jeweiligen jüdischen Lehrers in der Oberschule an der Poststraße statt, immer zur selben Zeit, wenn die christlichen Mitschüler ihren Religionsunterricht hatten. Ein Klassenzimmer war für diesen Zweck immer freigestellt. Vor unserer Generation wurde das Gebäude, das vor der Synagoge an der Langen Straße als Judenschule bekannt war, genutzt. Zu der Zeit wurden auch andere Fächer auf dem Niveau der Volksschule gelehrt. Sicher war Religionsunterricht damals das Hauptfach. Die Jugend der 20er und 30er Jahre benutzte diese Räume nur selten in ihrer Freizeit. Dann wurde an freudigen Festtagen wie Purim, Torafreudenfest (Simchat Tora), Chanukka, dem achttägigen Lichtfest im Dezember, unter Leitung des Lehrers gespielt. Nüsse und Süßigkeiten wurden als Belohnung ausgeteilt.

In einem Schrank war der große Synagogenschlüssel versteckt. Das Geheimnis war uns bekannt, und öfters schlichen wir in das Hauptgebäude, wo Rudi Grundmann, der das musikalische Talent seiner Eltern geerbt hatte, mit moderner Musik das Harmonium spielte, während ich für ihn mit den Händen die Fußpedale pumpen mußte.

Die Aushebung der Torarollen ist immer eine wichtige und festliche Zeremonie. Der Vorbeter und auserwählte Mitglieder der Gemeinde gehen würdevoll vom Altar auf die Plattform vor der Heiligen Lade, begleitet von schönen Gesängen und Zitaten. Der Vorhang teilt sich langsam, die Schranktüren öffnen sich, und in einem strahlenden Licht sieht man die silberbedeckten Torarollen. Zwei Rollen werden gewöhnlich der Lade entnommen und in einer Prozession zum Altar gebracht. Die äußerlichen Verzierungen werden entfernt und der für den Tag bestimmte Abschnitt aufgeschlagen. Ein aufgerufenes Mitglied der Gemeinde kommt zum Altar, und nach dem Zitieren eines Lobspruches überwacht er den Vorbeter beim Lesen des bestimmten Wochenabschnitts. Das ist ein Ehrenamt, was öfters wiederholt wird, besonders für Fremde, die dem Gottesdienst beiwohnen.

Nachdem der vorgeschriebene Abschnitt für diesen Feiertag aus der Tora gelesen war, wurden unter Aufsicht der für diesen Tag erlesenen Helfer die alten Pergamentrollen wieder zusammengewickelt, das mit Brokat bestickte Samtmäntelchen angezogen, Zeiger befestigt, die silbernen Kronen mit den kleinen Schellen aufgesetzt. Unter den herrlichen Klängen des Chores und gemeinsam mit allen Anwesenden wurden die zwei Torarollen in einer Prozession an allen Bänken vorbei, wo jedes Mitglied mit der Ecke des Gebetsschals die wandernde Tora berührte, zurück in die Lade geführt. Es war immer ein rührender Augenblick, wenn die Rollen zärtlich von den Schultern des Vorbeters und des Vorstehers zurück in den erleuchteten Schrein gestellt wurden. Nach dem Verschließen kam wieder der schwere Samtvorhang davor, die Ehrenmitglieder verbeugten sich und nahmen Abschied, während sich der Vorbeter umdrehte und sich dem Predigtpult zuwandte. Er öffnete sein Manuskript und begann „Meine Andächtigen . . ."

In den Jahren der Verfolgung waren es gewöhnlich Worte der Ermutigung, der Hoffnung und Mahnungen, an Gott nicht zu verzweifeln.

Die Vlothoer Juden waren an friedliches Zusammenleben mit ihren christlichen Mitbürgern gewöhnt. Organisierter Antisemitismus war unbekannt, bis die Nazis an das Ruder kamen und die Judenverfolgung zur offiziellen Verordnung wurde. Die meisten zogen sich auf die Traditionen ihrer Religion zurück und fanden Trost und Kraft innerhalb ihres Kreises. Wie üblich wurden an den Feiertagen die Geschäfte geschlossen. Rüdenberg und Loeb annoncierten dieses Vorhaben gemeinsam, obwohl sie sonst starke Konkurrenten waren.

Wie in der Vergangenheit, waren die Männer in ihren besten dunklen Anzügen erschienen, einige sogar im Cut. Die Kopfbedeckung war immer ein Zylinder. So gingen sie stolz von ihrer Familie begleitet in die Synagoge. In früheren Zeiten wurde mit den Mitbürgern immer ein freundlicher Gruß ausgetauscht. Später wichen sie

den Juden aus oder pöbelten sie an. Die Frauen und Mädchen waren besonders fein angezogen, die älteren Damen und Witwen trugen nur Schwarz. Letztere wurden langsam die paar Stufen herab in die Gasse zwischen Judenschule und dem Nachbarhaus geleitet. Diese Altersgruppe brauchte auch nicht die Treppe hinauf, sondern durfte mit den Männern unten im Parterre sitzen. Das war wieder ein logischer Kompromiß mit den alten Regeln, wonach Frauen nur oben getrennt hinter einer Jalousie oder anderen Barriere dem Gottesdienst zuhören durften. Die Vlothoer Synagoge hatte einen solchen Balkon, aber es gab kein Gitter oder einen Vorhang mehr. Jetzt standen da oben das Harmonium und der Chor, und man konnte von unten mit den jungen Mädchen flirten.

Nach der Predigt, deren Inhalt später rege unter den Mitgliedern diskutiert wurde, ging es systematisch durch das Zusatzgebet (Mussaf), in dem wieder das Grundbekenntnis erklang: *„Höre, Israel, der Ewige, unser Gott, ist ein einziges, ewiges Wesen . . .“* (Schema Yisroel). Das war schon im Morgengebet gesagt und gesungen worden. Es folgten das kurze Nachmittagsgebet (Minchah) sowie das Schlußgebet. Mit dem „Kiddusch“ (Segensspruch über den Wein) und dem auch im christlichen Gottesdienst üblichen Priestersegen wurde der Gottesdienst beendet. *„Friede“* (Schalom)! lautete das letzte Wort in diesem Gotteshaus.

Frank Lehmann

Der alltägliche Antisemitismus in Vlotho

Bis in die Zeit der Weimarer Republik war die Assimilation der Juden auch in Vlotho weit fortgeschritten. Im Alltagsleben schwanden zwischen ihnen und den anderen Vlothoern die Gegensätze immer mehr. Jüdisches Brauchtum wie das koschere Essen oder die strikte Einhaltung der Sabbatgebote gingen immer mehr zurück. Andererseits wurden christliche Bräuche von den Juden übernommen. Stellvertretend dafür mag der Weihnachtsbaum stehen, der auch in jüdischen Familien Einzug hielt. Die Vlothoer Juden fühlten sich somit als vollwertige Deutsche, von ihnen waren sogar manche national gesonnen. Einige hatten schon den 1. Weltkrieg als Kriegsfreiwillige erlebt.

Im Laufe des III. Reiches machte sich der braune Antisemitismus immer mehr breit. Erst jetzt entwickelte sich eine offene Judenfeindschaft. In Ergänzung zu den staatlichen Maßnahmen (Nürnberger Gesetze) zeigten die hiesigen Nationalsozialisten aber noch besondere Initiative. Den Juden den Alltag unerträglich zu machen und ihnen zu zeigen, daß sie unerwünscht und gehaßt waren, blieb dem Eifer Vlothoer Nazis vorbehalten. Der Haß wurde in Vlotho zwar keine Massenerscheinung, hatte aber Wirkungen, die bis in die Herzen der Jüngsten gingen.

An drei Beispielen soll gezeigt werden, wie Vlothoer den Kleinterror ausübten. Ein anderes soll eine Spur von Widerstand gegen die Verfolgungen deutlich machen.

Hart wie Kruppstahl . . .

Am 28. 9. 1935 berichtete der Vlothoer Beigeordnete P. an die Staatspolizeistelle Minden, ein 13jähriger Pimpf habe bei der Gastwirtschaft von Sally Speyer mit einem Stein eine Scheibe eingeworfen. Der Vorfall hatte folgende Vorgeschichte: Vier Wochen vorher kam eine Gruppe von *„Jungvolkern"* dazu, als Erna Speyer im Garten Wäsche aufhing. Die uniformierten Hitlerjungen beschimpften

sie unflätig. Sie stinke nach Knoblauch riefen, sie ihr u.a. zu. Daraufhin verwies Erna Speyer die Jungen vom Hof und gab auf erneute Frechheiten der Knaben einem eine Ohrfeige. Dieser wehrte sich, nahm seinen Schulterriemen und wollte auf sie einschlagen. Unter erneuten Beschimpfungen *(„Judenpack")* hetzte er sie ins Haus. Als der „mutige" Pimpf Tage später wieder bei Speyers Gaststätte war, traf er einen seiner Kameraden, der dort stand, um sich eine Autonummer zu notieren. *„Es seien soeben zwei Christenmädchen mit zwei Juden in die Wirtschaft des Juden Speyer gegangen, denen das Auto gehöre,"* erfuhr er von ihm. *„Und deshalb blieb ich bei ihm stehen."* Nun erinnerte sich der 13jährige auch wieder der Backpfeife, ergriff einen Stein und warf eine Scheibe des Schlafzimmers der Speyers ein.

„Ohne Kommentar" Vlothoer Wochenblatt vom 20.3.1935

Wegen Beleidigung der Bewegung verurteilt.

Vor dem Schöffengericht in Minden wurde heute vormittag der nichtarische Handelsvertreter Markus von hier wegen Beleidigung der NSDAP. zu 3 Wochen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht empfahl dem Verurteilten, mit Rücksicht darauf, daß er sich wegen des Falles schon 4 Monate in Schutzhaft befinde, beim zuständigen Minister ein Gnadengesuch einzureichen, damit die Strafe auf die Schutzhaft angerechnet würde. Das Gericht erklärte, daß es das Gnadengesuch befürworten wolle.

Nun ist eine eingeworfene Scheibe wohl keine Besonderheit gewesen. Bemerkenswert bei diesem Vorfall ist aber die Beurteilung durch den Beigeordneten: *„Wesentlich in dem ganzen Verfahren ist, daß ein Jungvolkangehöriger in Uniform von dem Judenmädchen Fräulein Speyer, Vlotho, Lange Straße 30, geschlagen worden ist. Fräulein Speyer gibt die Tat selbst zu; sie hat auch die Uniform erkannt und deshalb hat sie straffällig Anlaß gegeben, daß der Pimpf in seiner nationalen Ehre gekränkt wurde und zur Vergeltung griff. Schon im Interesse der nationalsozialistischen Bewegung müssen gegen die Täterin Schritte zur Ahndung unternommen werden.*

Ich bitte auch zugleich in meiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter der NSDAP dieses Strafverfahren sofort einzuleiten und zu betreiben," schreibt er an die Stapo Minden.

So wurde der freche Knabe nicht als Übeltäter betrachtet, sondern als das Opfer. Die Jüdin war die Schuldige und mußte sich beeilen, auf eine Strafverfolgung gegen den kleinen „Helden" zu verzichten.

„Juden in der Badeanstalt verletzen das Volksempfinden . . ."

Die Vlothoer Juden sahen es auch nach 1933 als ihr gutes Recht an, die Badeanstalt am Werder zu benutzen. Dies könne nicht mehr so weitergehen, meinte der Bürgermeister von Vlotho und wollte im Juni 1935 eine neue Satzung erlassen, die den Juden die Benutzung des Freibades untersagen sollte. Es lag nämlich noch keine Reichsverfügung vor, die diese Diskriminierung bestimmte. So fanden die Vlothoer eine Möglichkeit, vorzupreschen und sich mit einer eigenen Idee zur Unterdrückung der *„Reichsfeinde"* zu profilieren. Doch weder 1935 noch im Juni 1937, als ein erneuter Versuch, die Satzung einzuführen, unternommen wurde, bekamen die Vlothoer die Genehmigung vom Landrat. Dieser hatte sich beim Regierungspräsidenten sachkundig gemacht und schrieb am 19. 7. 1937 an Bürgermeister Sappke:

„Der § 1 der zur Genehmigung vorgelegten Satzung bestimmt, daß die Weserbadeanstalt in Vlotho allen arischen Einwohnern der Stadt zur Verfügung steht. Diese Bestimmung entspricht zweifelslos dem Volksempfinden. Andererseits sind alle Personen, die nicht die vorläufige Reichsbürgerschaft besitzen, deutsche Staatsangehörige. Im Rahmen ihrer Staatsangehörigkeit sind ihnen Pflichten gegenüber dem Schutzverband des Deutschen Reiches auferlegt, der ihnen gewisse Rechte gewährt. Dazu gehört u. a. auch die Benutzung öffentlicher Einrichtungen. Die örtliche Beschränkung dieser gewährten Rechte etwa in Form eine Ortssatzung scheint mir als Einzelaktion unzweckmäßig und auch unzulässig. Da m. E. die Frage gerade hinsichtlich der Benutzung von Badeanstalten reif für eine allgemeine Regelung innerhalb des gesamten Reichsgebietes ist, habe ich dem Herrn Regierungspräsidenten im vorstehenden Sinne berichtet . . ."

Somit wurde Vlothos Ansinnen zwar wohlwollend beurteilt, in Rücksicht auf noch bestehende bürokratische Hemmnisse durch die deutsche Gemeindeordnung wurden die *„Nichtarier"* aber noch geschont.

Die Stadtsparkasse Vlotho als Helferin der Nazis

Ein Vlothoer Bürger wußte von seinem Vater folgende Geschichte zu berichten:

In den Jahren, als Vlothos Juden schon arg drangsaliert wurden, war L. F. als Kohlenfahrer beschäftigt. Mit Pferd und Wagen lieferte er den Vlothoern die Säcke voll Briketts oder Koks frei Haus. Als er

eines Tages durch die Stadt kutschierte, mußte er vom hohen Bock herab eine üble Szene erblicken. Zwei halbwüchsige Jungen malträtierten das alte Fräulein Stern. Sie riefen der alten Dame nicht nur die üblichen Schimpfwörter wie *„Judensau"* nach, sondern bewarfen sie auch mit Straßenschmutz. L. F. kannte Fräulein Stern gut. Manchem armen Vlothoer Kind, das bei Regen und Kälte daherkam, hatte die freundliche Jüden ein paar Schuhe gestiftet. F. kletterte also vom Kutschbock herab und verpaßte den Jungnazis mit seiner Peitsche eine gehörige Tracht Prügel. Unterdes war Fräulein Stern ihren Quälgeistern entronnen.

Daheim am Mittagstisch erzählte der Kutscher voll Genugtuung, wie er es den Rüpeln besorgt hatte. Als er am Tag darauf heimkehrte, wartete auf ihn ein Einschreibebrief der Stadtsparkasse Vlotho. In dürren Worten wurde ihm mitgeteilt, die Hypothek auf sein Häuschen das er erst kürzlich bezogen hatte, sei zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Da F. von seinem geringen Einkommen das geliehene Baugeld natürlich nicht auf einmal zurückzahlen konnte, drohte ihm die Zwangsversteigerung seines Hauses.

L. F. ging zur Stadtsparkasse — im selben Gebäude wohnte übrigens der von den Nazis eingesetzte Bürgermeister Sappke — und erkundigte sich nach dem Grund der plötzlichen Kündigung. Ein Volksgenosse, der zu den Juden halte und deshalb sogar aufrechte deutsche Jungen verprügele, habe bei einer deutschen Sparkasse keinen Kredit, belehrte man ihn. Wenn er sich aber bei den Jungen entschuldige, so wolle man noch einmal Gnade vor Recht ergehen lassen. L. F. war Familienvater, er wollte weder Haus noch Stellung verlieren. Er tat also, was ihm befohlen war, demütigte sich vor den Hitlerjungen, und die Kündigung der Hypothek wurde zurückgenommen.

Einer, der es sich leisten konnte, aufrecht zu gehen

Der Fabrikant Julius Tintelnot war von Haus aus korrekt gekleidet, aber die Zahl seiner Schlipse wuchs seit Hitlers *„Machtergreifung"* ins Unermeßliche. Wie kam das? Wenn Herr Tintelnot durch die Lange Straße ging, sah er sehr oft einen SA-Mann vor dem Eingang des jüdischen Textilgeschäftes Rüdenberg Wache halten. Dieser sollte die *„Volksgenossen"* daran hindern, beim Juden zu kaufen. Jedesmal wenn er dort den Mann in brauner Uniform erblickte, betrat Julius Tintelnot ostentativ das Geschäft. Weil sich aber sonst seine Frau um seine Garderobe zu kümmern pflegte, kaufte er, was ihm am nächsten lag, also eine Krawatte. Und erhobenen Hauptes ging er am Aufpasser vorbei nach Hause.

So lautete die Schilderung des Pastors Hermann Barth.

Julius Tintelnot konnte es sich leisten, den Nazis zu trotzen; er war nicht wie L. F. finanziell erpreßbar. Dies schmälert nicht den Wert seines demonstrativen Eintretens für die Juden. Dem Antisemitismus die Stirn zu zeigen, war auch in Vlotho eine große Tat. Zu ihr war so gut wie niemand in der Weserstadt fähig. Die Unterwerfung unter die von blindem Haß erfüllten Nazis war die Regel. Zu wenige versuchten, sie zu durchbrechen.

Als Folge der Nürnberger Rassegesetze suchen jüdische Haushaltungen zum 1. 1. 1936 Hausgehilfinnen „nicht unter 45 Jahren".
Ostern 1935 bestand diese Auflage noch nicht.

Aus dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15. IX. 1935

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1

1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind . . .

§ 2

Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.

Perfekte Hausgehilfin.

nicht unter 45 Jahren, zum 1. 1. 36 gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsst. des Wochenbl.

Erfahrenes

Hausmädchen

oder Frau

nicht unter 45 Jahren, zum 1. Januar gesucht, evtl. für 3/4 Tage.

Offert. unt. „Hausangestellte" an die Geschäftsstelle des Vlothoer Wochenblattes.

Hausangestellte,

nicht unter 45 Jahre, gesucht.

Frau Minna Grundmann,
Moltkestraße 2.

Lehrmädchen

zu Ostern gesucht.

Kaufhaus L. Simon.

Aufwartung

nicht unter 45 Jahren, für 3/4 Tag, gesucht.

Frau Max Silberberg

Für meinen landwirtschaftlichen Haushalt suche eine

Hausgehilfin

über 45 Jahre, evtl. auch für halbe Tage.

Frau Dora Grundmann-Mosheim

Morgenmädchen,

in Hausarbeit und Wäsche erfahren, sucht

Frau Max Grundmann
Moltkestraße 2.

Suche zum 1. Januar für 3/4 Tag eine

Hausgehilfin

nicht unter 45 Jahren.

Frau Alwin Juchenheim.

Ich suche zum 1. Januar 1936 fleißige, saubere

Hausangestellte

nicht unter 45 Jahren.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Wochenbl.

Anzeigencollage aus dem Vlothoer Wochenblatt 1935

Frank Lehmann
Manfred Kluge

Die wirtschaftliche Ausschaltung der Juden

Überblick über die wirtschaftliche Rolle der Vlothoer Juden

Die ersten Juden, die nach dem 30jährigen Krieg — mit Sicherheit ab 1690 — in Vlotho ansässig wurden, waren Viehhändler und Schlächter. Sie handelten aber auch bald mit Leinsamen für den Flachsanbau, der auf dem Wasserwege hier ankam und im Vlothoer Hafen umgeschlagen wurde. Garn und fertiges Leinen kauften sie auf, um es an Manufakturen und später an Fabriken weiterzuverkaufen. Juden durften keine Bauern sein, der Eintritt in die Handwerkszünfte war ihnen verwehrt. Auch nach der Judenbefreiung zu Beginn des 19. Jahrhunderts blieben sie dem Handel treu. Nur vereinzelt werden jüdische Bürger Handwerker. Mit Dr. Rinteln, der bald nach Bad Oeynhausen ging, gab es auch einmal einen jüdischen Arzt in Vlotho. Aber das sind Ausnahmen. Später werden die Juden, die früher den Landhandel betrieben, ansässige Kaufleute mit zumeist Ladengeschäften (Großmann, S. 340).

Zu den wohlhabenden Juden um die Jahrhundertwende gehörten MENDEL GRUNDMANN und ABRAHAM STEINBERG. Beide fühlten sich durch ihren Wohlstand der Allgemeinheit verpflichtet. Mendel Grundmann, der eine Gerberei betrieb und in einer Steuerliste von 1897 auch als Mühlenbesitzer eingetragen ist, ermöglichte vielen Zigarrenarbeiterfamilien durch die Zurverfügungstellung von Grundstücken und günstigen Krediten den Bau von Eigenheimen am Winterberg. Schon in den zwanziger Jahren wurde in dieser Siedlung eine Straße nach ihm benannt. Auch der Verein, der sich zur Aufgabe gestellt hat, das jüdische Erbe in Vlotho zu verwalten, nennt sich in dankbarer Erinnerung an die soziale Einstellung dieses jüdischen Bürgers Mendel-Grundmann-Gesellschaft.

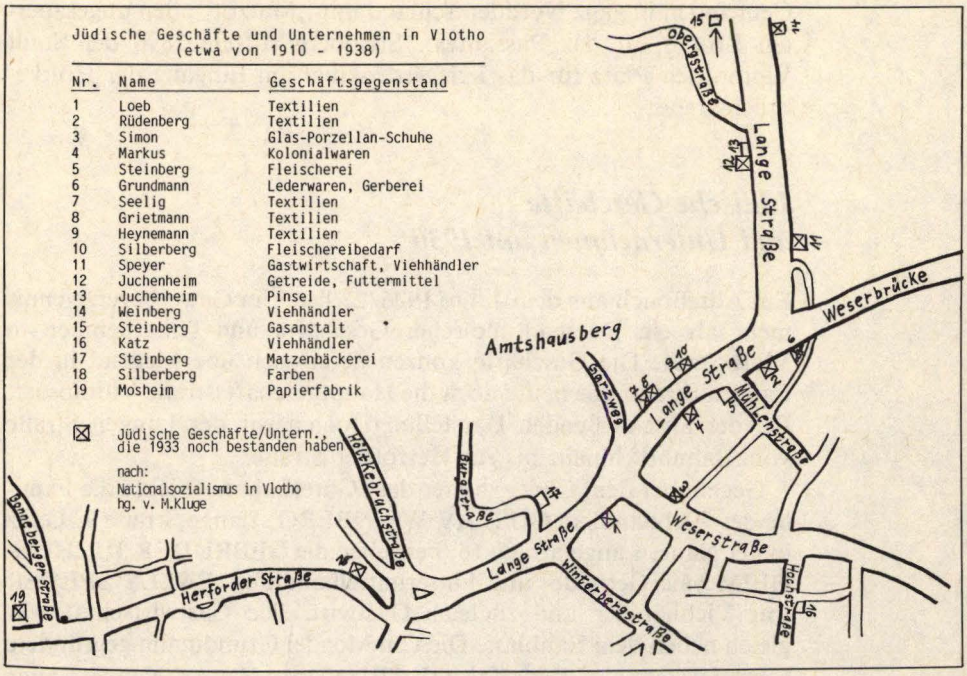
Abraham Steinberg hatte nach der Steuerliste von 1897/98 das höchste Jahreseinkommen unter den jüdischen Geschäftsleuten. Er betrieb in der Burgstraße, wo heute das Dokumentenkabinett untergebracht ist, eine sogenannte „Matzen"-Bäckerei. In seinem Betrieb beschäftigte er fast 20 Mitarbeiter und belieferte die jüdischen

Gemeinden in ganz Norddeutschland mit „Matzot", den ungesäuerten Broten für das Passahfest. Steinberg stiftete 1896 der Stadt Vlotho den Platz für das Kriegerdenkmal am Eingang der Höltkebruchstraße.

Jüdische Geschäfte und Unternehmen um 1930

Ein Adreßbuch aus dem Jahre 1926/27 listet im Gewerbeverzeichnis mehr als ein Dutzend jüdischer Geschäfte und Unternehmen in Vlotho auf. Die Geschäfte konzentrieren sich überwiegend in der Langen Straße, die heute noch die Hauptgeschäftsstraße Vlothos ist. Bei der anschließenden Darstellung folgen wir der Langen Straße vom Bahnhof hinauf bis zur Herforder Straße.

Gegenüber dem Oberg, hinter dem Güterbahnhof, lebte die Familie des Viehhändlers GUSTAV WEINBERG, Lange Straße 9. Ganz in der Nähe, Lange Straße 16, betrieben die GEBRÜDER JUCHENHEIM eine Getreide- und Futtermittelhandlung. SALLY SPEYER war Viehhändler und zugleich Gastwirt. Die Gastwirtschaft war gleich neben dem Bahnhof. Die von Mendel Grundmann gegründete Gerberei steht als *„Lederfabrik"* GRUNDMANN & SÖHNE, Lange Straße 44, im Gewerbeverzeichnis. Das größte Ladengeschäft am Ort hatte MAX RÜDENBERG. Dort, wo heute das Wesercenter entstanden ist, stand ein wuchtiger Fachwerkbau, in dem er auf 650 qm Verkaufsfläche den Vlothoern ein breites Angebot an Textilwaren präsentierte. LOUIS STEINBERG, dessen Vater in dem Fachwerkhaus Ecke Lange Straße/Mühlenstraße eine Schlachterei hatte, ist 1926 nur noch als Vertreter, wahrscheinlich für Fleischerbedarf, tätig. Mit Därmen handelte ISRAEL SILBERBERG, mit Häuten und Fellen WILLI SILBERBERG, beide wohnhaft in der Langen Straße 81. Gegenüber, Lange Straße 78, hatte OTTO MARCUS einen kleinen Kolonialwarenladen. Als *„Warenhaus"* wird das Geschäft von L. SIMON bezeichnet. Er führte Glas-, Porzellan- und Haushaltswaren, aber auch Schuhe. Nach dem Adreßbuch war sein Geschäft in der Langen Straße 85, später muß er es wohl in die Weserstraße (Schuhhaus Kunze) verlegt haben. M. GRIETMANN, Lange Straße 95, hatte ein Manufakturwarengeschäft, ebenso wie OSKAR ROSENWALD, Kirchstraße 6. Das zweitgrößte Bekleidungsfachgeschäft am Ort war das 1913 von GUSTAV LOEB gegründete Kaufhaus in der Langen Straße 104, direkt am Kirchplatz. Rüdenberg und Loeb standen zwar in Konkurrenz, aber man kooperierte miteinander, wenn es zum Beispiel um die Festsetzung der Ausverkaufspreise ging. Bei der Durchsicht des „Vlothoer Wochenblattes" der Jahre 1934/35 fällt auf, daß beide Firmen oft gemeinsam inserierten. In der Herforder



Straße, gegenüber der Bürgerschule, betrieb MAX SILBERBERG eine Farbengroßhandlung. Nicht im Adreßbuch erfaßt ist das Textilgeschäft des ARTHUR SEELIG in der Langen Straße, etwa gegenüber dem heutigen Sommerfelder Platz. Es muß aber Ende der zwanziger Jahre bestanden haben, denn im November 1933 gibt Seelig sein Geschäft auf, *„wegen Fortzugs von hier"*, wie es in der Anzeige im Vlothoer Wochenblatt vom 1. 11. 1933 heißt.

Der einzige jüdische Industriebetrieb im Amt Vlotho war das Familienunternehmen MOSHEIM. In der Papierfabrik am Bonneberg, in der Packpapier hergestellt wurde, waren knapp 20 Arbeiter beschäftigt. Im Verhältnis zu anderen Unternehmen wie etwa der Zigarrenfabrik Schöning, die einschließlich der Heimarbeiter fast 1000 Beschäftigte hatte, war dieser Betrieb auch nur als mittelgroß zu bezeichnen.

Wie groß war nun der Einfluß der jüdischen Geschäftsleute auf die Wirtschaft unserer Stadt vor dem Machtantritt Hitlers? Das hier ausgewertete Adreßbuch von 1926/27 ist insofern sehr hilfreich, als man davon ausgehen kann, daß die hier erfaßten Geschäfte und Unternehmen auch noch 1933 bestanden haben.

Auffällig ist die Überrepräsentation jüdischer Geschäfte im Textileinzelhandel. Von 7 Manufakturwarenhandlungen gehörten 4 jüdischen Besitzern. Berücksichtigt man die Größe der Geschäfte wie Rüdenberg und Loeb, so hatten sie sicher hier am Ort eine marktbeherr-

schende Stellung. Der Textileinzelhandel war auch reichsweit eine Domäne jüdischer Geschäftsleute (1930: Anteil 62 %). In allen übrigen Branchen des Einzelhandels ist der Anteil jüdischer Geschäfte unbedeutend. Nur eins von 24 Kolonial-, Gemischtwaren- und Lebensmittelgeschäften gehört einem jüdischen Inhaber. Im Bereich des Handwerks waren die jüdischen Einwohner schon seit jeher schwach vertreten. Von den vielen Handwerksbetrieben befindet sich nicht ein einziger in der Hand eines Juden. Auch unter den in Vlotho stark vertretenen Zigarrenfabriken unterschiedlicher Größe ist kein jüdischer Besitzer. Von den 16 Gastwirtschaften in Vlotho wird nur eine von einem jüdischen Gastwirt geführt.

Trotzdem haben die jüdischen Geschäfte und Handelsbetriebe durch ihre Konzentration in der Hauptgeschäftsstraße das Vlothoer Stadtbild zur dieser Zeit mit geprägt.

Ein differenziertes Bild ergibt sich, wenn man einen Blick auf die Vermögensverhältnisse der Vlothoer Juden wirft. Die jüdischen Bürger mußten aufgrund einer Verordnung vom 26. 4. 1938 ihre gesamten Vermögensverhältnisse offenlegen. Die Liste der Vlothoer Juden liegt uns vor. Erfaßt werden Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstige Vermögen, abzüglich der Schulden. Für 23 jüdische Privat- und Geschäftsleute summiert sich ein Gesamtvermögen von 1.031.414 RM. Aus der Liste heben sich vier vermögende Familien hervor:

1. Rüdenberg, Max	389.640 RM
2. Mosheim, Moses, Sophie, Herbert	212.310 RM
3. Loeb, Gustav, Helene	161.510 RM
4. Heynemann, Samson	157.140 RM.

Der größte Teil des Vermögens der Geschäftsleute besteht aus Betriebsvermögen. Samson Heynemann, der früher ein Textilgeschäft betrieb, besaß als einziger ein ansehnliches Grundvermögen in Höhe von 117.000 RM. Daß er angeblich 400.000 RM (!) Bargeld in seinem Geldschrank versteckt hielt, wie NS-Bürgermeister Sappke im Dezember 1938 in einer Rede genüßlich verkündete, gehört zu der damals üblichen Judenhetze und wird allein schon wegen der Größenordnung von der Vermögensliste widerlegt.

Die meisten der jüdischen Familien bzw. Personen hatten aber durchweg Rücklagen in Form von Grund- und Barvermögen. Insofern kann man sagen, daß die jüdischen Bürger zu den gutsituierten Bürgern Vlothos gehörten. Andererseits zeigt die Vermögensliste auch, welche beträchtlichen Werte die Vlothoer Juden durch die Nazis verloren haben.

„Arme" Juden als Hamsterer.

Veltheim. In einer großen öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Veltheim der NSDAP. sprach Gauredner Sappke (Vlotho). In geradezu herzerfrischender Weise behandelte Pg. Sappke die Judenfrage. Er schilderte zwei Fälle von Haussuchungen bei Juden, die im allgemeinen in Vlotho als nicht sehr begütert gegolten hätten. So sei z. B. der Jude Heinemann des öfteren auf dem Rathaus vorstellig geworden, um Bezugsscheine für verbilligte Speisenfette zu erhalten. Bei der Haussuchung fanden dann Beamte des Finanzamtes Herford nicht weniger als 400 000 RM. in seinem Geldschrank versteckt, abgesehen von den Werten an Grundstücken und Häusern, die er in Bielefeld stehen hat. Bei dem zweiten Juden, dem Manufakturwarenhändler Loeb, fand man drei große Töpfe mit ausgelassener Butter, 1500 Dosen Konserven, acht Seiten Speck, 1200 Eier, zwei Säcke mit bestem Weizenmehl, außerdem verschiedene Säcke mit Erbsen und Linsen. Das sind die „armen" Juden, die nach außen hin sich den Ruf der „Anständigkeit" erwerben wollen und überall, wo sie nur eben können, das ach so leichtgläubige Volk begaunern und betrügen, das man dann obendrein hinterher mit ihnen noch Mitleid hat und für sie eintritt! Das sind die Juden, die sich im Stillen auf einen Krieg freuten und dabei Fettlebe halten wollten, während deutsche Volksgenossen sich womöglich einschränken mußten.

Hetzrede des NS-Bürgermeisters Sappke gegen jüdische Bürger (Vlothoer Wochenblatt v. 14.12.38)

Der Boykott vom 1. April 1933

Als erste zentral geleitete antijüdische Aktion organisierte die NSDAP zwei Monate nach dem Machtantritt Hitlers einen Wirtschaftsboykott gegen jüdische Geschäfte, Banken, Rechtsanwälte und Ärzte. Als Vorwand dienten angebliche Greuelmeldungen in der ausländischen Presse über die Behandlung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland.

Vom Aktionskomitee der NSDAP unter der Leitung von Julius Streicher gingen detaillierte Anweisungen an die Untergliederungen der Partei, der SA und der SS. Darin heißt es u. a.:

„In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomites zu bilden zur praktischen planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte . . . Grundsatz: Kein Deutscher kauft noch bei einem Juden . . . Der Boykott muß ein allgemeiner sein. Er wird vom ganzen Volk getragen und muß das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen . . . Grundsätzlich ist

immer zu betonen, daß es sich um eine uns aufgezwungene Abwehrmaßnahme handelt . . .

Der Boykott setzt nicht verzettelt ein, sondern schlagartig. In dem Sinne sind augenblicklich alle Vorarbeiten zu treffen. Es ergehen die Anordnungen an die SA und SS, um vom Augenblick des Boykotts ab durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte zu warnen . . .

Der Boykott setzt schlagartig am Samstag, den 1. April, punkt 10 Uhr vormittags ein. Er wird fortgeführt, so lange, bis eine Anordnung der Parteileitung die Aufhebung befiehlt . . ."(Vlothoer Wochenblatt, 1. 4. 33).

Das „*Vlothoer Wochenblatt*" begleitet die Bekanntmachung der Aktionen mit einem ungezeichneten Kommentar, in dem es u.a. heißt:

„*Eine ungeheure Hetze, von marxistisch-jüdischen Kreisen, die an einem deutschen Marxistenstaat ein Interesse haben, ist über die ganze Welt entwickelt worden, nicht zuletzt zu dem Zweck, der deutschen Ware und der deutschen Arbeit Schwierigkeiten zu bereiten. Der Geist der Weltkriegszeit, der Versailler Geist ist wieder erweckt worden, um den Plan des wiedererwachten nationalen Deutschlands zu verhindern . . . Deshalb greift das deutsche Volk zur Selbsthilfe und beantwortet den ‚Krieg Judas gegen Deutschland' mit einem Boykott gegen die deutschen Juden, um das feindliche Ausland zum Einlenken zu zwingen . . .*" (Vlothoer Wochenblatt, 1. 4. 33).

Die Vlothoer SA konnte aber den offiziellen Boykottag, den 1. April, nicht abwarten, sondern wurde schon am Mittwoch, dem 29. März aktiv, wie der folgende Zeitungsausschnitt aus der Lokalpresse belegt:

Vlothoer Wochenblatt vom 1.4.1933

Boykottmaßnahmen gegen die jüdiſchen Geſchäfte.

Im Zuge des Abwehrkampfes der N.S.D.A.P. gegen die internationale Greuelpropaganda gegen Deutſchland, der ein reiner Akt der Selbſthilfe ſein ſoll, wurden Mittwoch abend vor allen jüdiſchen Geſchäften in Vlotho SA.-Poſten mit Schildern hingeſtellt, durch die die Leute aufgefordert werden, deutſche Waren nur in deutſchen Geſchäften zu kaufen. Angeſichts dieſer Lage halten die in Betracht kommenden Geſchäfte ab Donnerstag ihre Läden geſchloſſen.

Am Freitag, dem 31. März, wurde von örtlichen Organisationen der SA, SS und dem Stahlhelm ein Boykottumzug durchgeführt, der am Brückenkopf mit einer Rede eines NS-Propagandisten endete. Darüber hinaus hat es in Vlotho offensichtlich keine weiteren Aktionen gegeben, denn die jüdischen Geschäftsleute hielten laut Zeitungs-

Selten günstige Kaufgelegenheit!

Am Mittwoch, den 1. Nov. 1933, morgens 9 Uhr, beginnt der

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe meines Geschäfts
und Fortzuges von hier.

In ganz kurzer Zeit muß

das ganze Warenlager,

bestehend aus Weiß-, Woll- und Kurzwaren, Handarbeiten, Unterzeugen, Arbeiterzeug, Damen-, Herren u. Kinderwäsche, Strümpfen, Gardinen, sowie Betten, Bettfedern, Bettstellen u. vielen anderen Artikeln mehr, schnellstens geräumt werden.

Die Preise sind

20%, 30% und 40%

heruntergesetzt, daß jeder ohne Bedenken seinen Bedarf weitgehendst decken kann.

Ich bitte diese günstige Kaufgelegenheit wahrzunehmen und mich ab

Mittwoch, den 1. November

zu besuchen.

Kaufhaus

Arthur Seelig

VLOTHO, Langestraße

Zur Beachtung!

Die gesamte Ladeneinrichtung, bestehend aus Regalen, Verkaufstresen, Verkaufstischen, Geldschrank, Registrierkasse, Schreibtisch, moderner Bettenwage, Oefen, Firmenschild, Roll-Markise, Beleuchtungsgegenständen und vielen Dekorationsgegenständen, soll zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Besichtigung zu jeder Zeit!

Geschäftsaufgabe
des jüdischen Kaufhauses
Seelig
(Vlothoer Wochenblatt
v. 1.11.33)

bericht ihre Läden ab Donnerstag geschlossen. Es ist nicht anzunehmen, daß sie die Geschäfte angesichts des angekündigten Boykottages am 1. April wieder geöffnet haben. Auch das Vlothoer Wochenblatt weiß in seiner nächsten Ausgabe nichts über weitere Aktionen zu berichten.

Wie der Boykott im einzelnen durchgeführt wurde, können wir den Ausführungen von Stephan H. Loeb entnehmen, der den Boykott des elterlichen Geschäftes miterlebt hat. Er verlegt die Ereignisse in seinen Erinnerungen allerdings auf den 1. April, den reichsweiten Boykottag.

Aus der Sicht der Nationalsozialisten hatte der Boykott drei wesentliche Ziele:

- der ausländischen Unterstützung der deutschen Juden entgegenzuwirken,
- der ,,revolutionären Eifer'' der eigenen Organisationen wie SA und SS zu befriedigen und
- die Entschlossenheit des ,,nationalen'' Regimes zu demonstrieren, den Juden in Deutschland den Kampf anzusagen (Genschel, S. 54).

Insofern entlarvte sich der NS-Staat in dem Aprilboykott des Jahres 1933 bereits als ein Gewaltregime, das nicht davor zurückscheute, unschuldige Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen. Leider haben zu viele jüdische Bürger die bösen Zeichen der neuen Zeit nicht verstanden und zu sehr auf deutsche Rechtsstaatlichkeit gehofft.



. . . folglich: ,,Deutsche, kauft nicht bei Juden . . .!''
Antisemitische Werbung (Vlothoer Wochenblatt v. 9.12.33)

„Entjudung" und „Arisierung"

In den Jahren 1933—35 setzte eine schleichende Verdrängung der Juden aus ihren Stellungen in Wirtschaft, Handel und Beamtenschaft ein. Einige Maßnahmen seien genannt:

- Juden wurden als Beamte zwangspensioniert;
- jüdische Arbeitnehmer durften nicht Mitglied der „Deutschen Arbeitsfront" (DAF), der Nachfolgeorganisation der Gewerkschaften, sein;
- jüdische Firmen durften in den meisten Zeitungen nicht mehr inserieren;
- bäuerliche Genossenschaften verboten ihren Mitgliedern Handelsbeziehungen mit Juden.

Nach einer weiteren Boykottwelle im Sommer 1935 und den berüchtigten Nürnberger Rassegesetzen (Sept. 1935) begann eine neue Periode der Verdrängung und Verfolgung. Der Ausdruck „Arisierung" tauchte zuerst 1936 auf. Unter den NS-Begriffen „Entjudung" und „Arisierung" erfolgte Schritt für Schritt die Verdrängung der Juden aus allen Wirtschaftsbereichen und die Übernahme der Positionen durch nichtjüdische Deutsche, die vereinfacht als „Arier" bezeichnet wurden. In den Zeitungen häufen sich die An-

Besitzwechsel.

Im Wege der Zwangsversteigerung gingen das Geschäfts-, Wohn- u. Lagerhaus der Firma M. Grundmann Söhne für ca. 30000 Mk. in den Besitz der Firma Fr. Schöning über.

Besitzwechsel.

Die Kreis-Sparkasse Vlotho kaufte das Pfarrhaus der reformierten Kirchengemeinde, während die Kirchengemeinde das Grundmann'sche Haus in der Moltkestraße erwarb, um darin die Pfarrwohnung einzurichten.

Besitzwechsel.

Das Haus- und Geschäfts-Grundstück der Firma Kaufhaus S. Simon ist durch Kauf in den Besitz der Firma Korbwarengeschäft W. Denecke übergegangen.

Besitzwechsel.

Die Gastwirtschaft Speyer ist in arischen Besitz übergegangen.

Anzeigen im Vlothoer Wochenblatt 1936/37

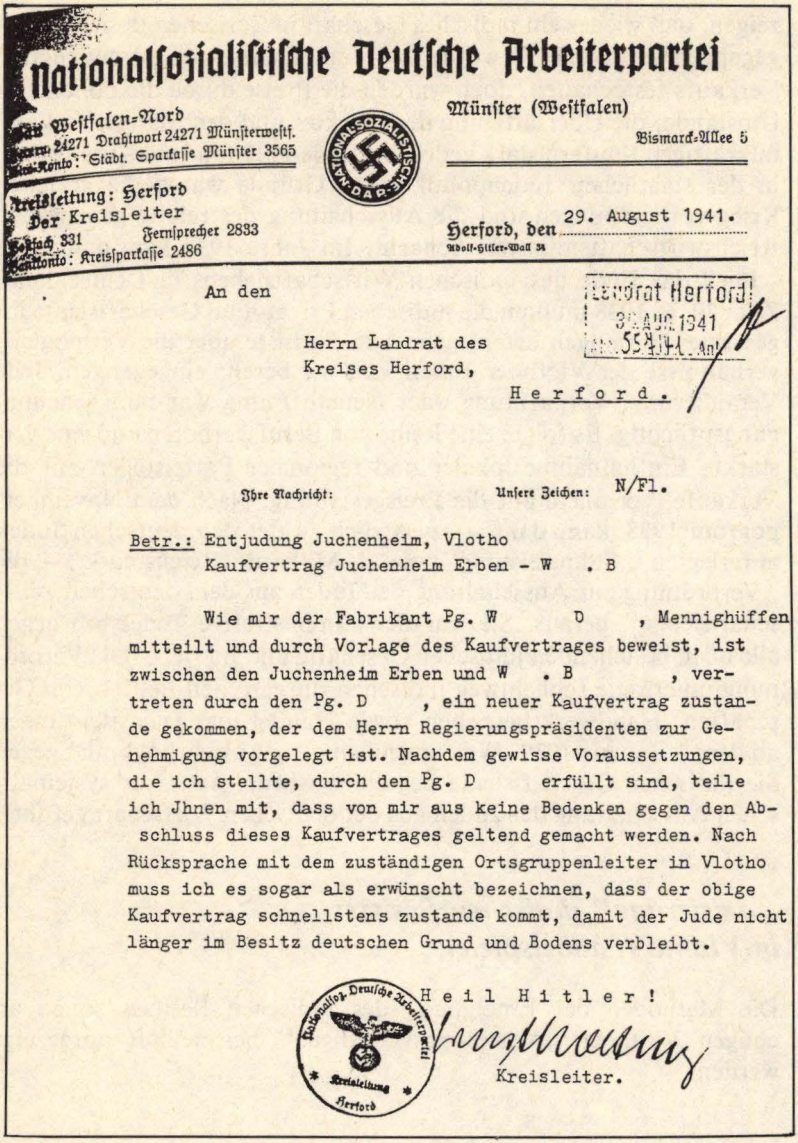
zeigen, daß wieder ein jüdisches Geschäft in „arischen Besitz" übergegangen sei. Bis 1938 wurde noch am Prinzip des „freiwilligen" Verkaufs festgehalten, doch wurden die Preise durch die politischen Umstände, die Übersättigung des Marktes und den Mangel an kapitalkräftigen Käufern stark gedrückt. Ende 1937 fand ein Kurswechsel in der staatlichen Judenpolitik statt. Gründe waren die gezielten Kriegsvorbereitungen und die Ausschaltung des relativ gemäßigten Reichswirtschaftsministers Schacht. Im Jahre 1938 kam dann sehr schnell das Ende des jüdischen Wirtschaftslebens in Deutschland. Zum 30. 6. 1938 mußten die jüdischen Privat- und Geschäftsleute ihr gesamtes Vermögen offenlegen. Auf die Liste über die Vermögensverhältnisse der Vlothoer Juden sind wir bereits eingegangen. Jede Veräußerung, Verpachtung oder Neueröffnung war nun genehmigungspflichtig. Es folgte eine Reihe von Berufsverboten und eine verstärkte Einflußnahme lokaler und regionaler Parteistellen auf die Verkäufe, vor allem auf die Preisgestaltung. Nach dem Novemberpogrom 1938 kam dann — zusätzlich zu der den deutschen Juden auferlegten „Sühneleistung" von 1 Milliarde Reichsmark — die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" heraus. Sie war der administrative Todesstoß gegen alle noch bestehenden jüdischen Geschäfte und Betriebe. Die Verordnung untersagte schlichtweg jüdischen Bürgern den Betrieb von Geschäften, Handwerksbetrieben sowie Handel und Dienstleistungen ab dem 1. Januar 1939. Was angeblich als „Abwehrboykott" gegen die jüdischen Geschäftsleute begonnen wurde, hatte zur systematischen Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft geführt.

„Arisierung" jüdischen Besitzes in Vlotho (Fallbeispiele)

Die Methoden der Enteignung des jüdischen Besitzes sollen an einigen Vlothoer „Arisierungsvorgängen" beispielhaft aufgezeigt werden.

Getreide- und Futtermittelhandlung Juchenheim

Bei der seit über 50 Jahren bestehenden Futtermittel- und Getreidehandlung Juchenheim liefen aufgrund der politischen Verhältnisse die Geschäfte in den dreißiger Jahren immer schlechter. Im Januar 1936 hatte die Getreidehandlung K. den Betrieb gepachtet. Im Juli 1937 stellte die Dresdner Bank den Antrag auf Zwangsvollstreckung des Hauses und Grundstückes. Beides war bei ihr mit 40.000 RM verpfändet. Die Zwangsvollstreckung richtete sich gegen Paula und



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Westfalen-Nord
Fernruf 24271 Drahtwort 24271 Münsterwestf.
Bank-Konto: Städt. Sparkasse Münster 3565

Kreisleitung: Herford
Der Kreisleiter
Postfach 331 Fernsprecher 2833
Postscheckkonto: Kreissparkasse 2486

Münster (Westfalen)
Bismarck-Allee 5

Herford, den 29. August 1941.
Adolf-Hitler-Wall 34

An den

Landrat Herford
30. AUG. 1941
55 K 1 1 Anl.

Herrn Landrat des
Kreises Herford,

Herford.

Ihre Nachricht: Unsere Zeichen: N/Fl.

Betr.: Entjudung Juchenheim, Vlotho
Kaufvertrag Juchenheim Erben - W . B

Wie mir der Fabrikant Pg. W D , Mennighüffen mitteilt und durch Vorlage des Kaufvertrages beweist, ist zwischen den Juchenheim Erben und W . B , vertreten durch den Pg. D , ein neuer Kaufvertrag zustande gekommen, der dem Herrn Regierungspräsidenten zur Genehmigung vorgelegt ist. Nachdem gewisse Voraussetzungen, die ich stellte, durch den Pg. D erfüllt sind, teile ich Jhnen mit, dass von mir aus keine Bedenken gegen den Abschluss dieses Kaufvertrages geltend gemacht werden. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Ortsgruppenleiter in Vlotho muss ich es sogar als erwünscht bezeichnen, dass der obige Kaufvertrag schnellstens zustande kommt, damit der Jude nicht länger im Besitz deutschen Grund und Bodens verbleibt.

Heil Hitler!

Kreisleiter.

NSDAP-Kreisleitung stimmt der „Arisierung" zu, „damit der Jude nicht länger im Besitze deutschen Grund und Bodens verbleibt."

Alwin Juchenheim. Bruder Paul und Mutter Erna waren Miteigentümer, aber schon 1935/36 nach Holland emigriert. Zur eigentlichen Zwangsvollstreckung kam es aber erst 1941. Zwischenzeitlich ergab sich ein Streit zwischen dem Pächter August K. und einem anderen Interessenten, dem ehemaligen Angestellten Juchenheims, Wilhelm B., der zu der Zeit Soldat war und seine Rechte durch seinen Schwiegervater vertreten ließ. An diesem Streitfall wird deutlich, wie be-

gehrt der Besitz Juchenheims war, nicht zuletzt wegen des niedrigen Preises, wie aus den Gutachten hervorgeht.

Der an der Front stehende Wilhelm B. schaltete über seinen Schwiegervater einen Vertreter der DAF ein, um auf Juchenheim Druck auszuüben. Der NSDAP-Mann gab sich als Kreiswirtschaftsberater der *„Deutschen Arbeitsfront"* aus, diese hatte ihn aber nicht autorisiert. Er bekam daraufhin ein Parteigerichtsverfahren angehängt. Der Bewerber August K. sollte mit einer Abfindung von 7.000 RM auf seine Kaufansprüche verzichten.

Die Behörden und Parteistellen zögern, den so zustandegekommenen Vertrag zwischen Juchenheim und Wilhelm B. zu genehmigen. Der Gauwirtschaftsberater der NSDAP tadelt in einem Schreiben vom 10.4.41: *„Die Haltung der beteiligten Bewerber um das Judengrundstück lassen diese nicht würdig erscheinen, an den Vorteilen der Grundstücksentjudung teilzunehmen."*

Trotzdem kommt der Besitz Juchenheims schließlich für 33.000 RM an Wilhelm B. aus Eidinghausen, *„damit der Jude nicht länger im Besitz deutschen Grund und Bodens verbleibt."*

Den Juchenheims hat der Verkauf nichts eingebracht. Die Summe reichte nicht einmal zur Deckung der Schulden. Die Familie Alwin Juchenheim wurde schon im Dezember 1941 deportiert. Im nachhinein will das Oberfinanzpräsidium Münster im April 1942 den Besitz des zum Ausländer erklärten Alwin Juchenheim einziehen. Verstorben ist er aber 1944 im Konzentrationslager Dachau — juristisch gesehen als Deutscher.

Rüdenberg

Anfang Mai 1938 gibt das Modenhaus Eisenreich, Bad Oeynhausen, in einer Anzeige im Vlothoer Wochenblatt bekannt:



Max Rüdenberg hatte aber nur Inventar und Warenlager seines Manufakturwarengeschäftes an Eisenreich verkauft. Er weigerte sich beharrlich, Haus und Grundbesitz zu veräußern. So wurden die Geschäfts- und Wohnräume im Haus nur verpachtet, und zwar für zusammen 13.700 RM jährlich, was 4 % des letzten Umsatzes entsprach. Als Max Rüdenberg schon im Mai 1938 verstarb, gingen die Rechte auf seine Ehefrau Rosa Rüdenberg, die in Hannover lebte, über. Im Mietvertrag verpflichtete sich übrigens Eisenreich ausdrücklich, die *„arischen"* Angestellten zu übernehmen.

Im April 1940 machte das Modenhaus Eisenreich einen erneuten Versuch, die Gebäude käuflich zu erwerben. Eisenreich stellte beim Regierungspräsidenten den Antrag, die Witwe zu zwingen, den Besitz zu verkaufen. Das Geschäft hatte nach der Übernahme durch Eisenreich deutliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Begründet wurde dies durch die Kriegssituation und durch den Umstand, daß *„nationalsozialistisch eingestellte Kreise von Vlotho . . . ihren Einkauf bei Eisenreich unterließen, . . . da sie ja durch den Einkauf die Einnahmen von Frau Rüdenberg unterstützten,"* so der Anwalt Eisenreichs gegenüber der Regierung in Minden. Die Witwe Rüdenberg war zu einer Minderung der Pacht um 15 % bereit. Dennoch sah sich Eisenreich bald in den Konkurs getrieben. Er hatte die Löhne seiner Angestellten bereits um 10 % kürzen müssen und drohte mit Entlassungen, wenn die Umsätze nicht stiegen. Eine Umsatzsteigerung sei nur möglich, wenn der Grundbesitz enteignet würde. Eisenreichs Anwalt klagte:

„Es besteht nicht nur ein privates Interesse an der Erlangung des Grundbesitzes, sondern es liegt auch ein öffentlich rechtliches Interesse an der Entjudung gerade dieses Grundbesitzes vor. Die Familie Rüdenberg zählte zu den hervorragendsten Vertretern des Judentums im gesamten Landkreis Herford. Der Name Kaufhaus Rüdenberg, der durch mehrere Generationen hindurch bestand, war durchaus ein fester Begriff geworden. Umso mehr ist dieser Begriff heute einer öffentlichen Kritik ausgesetzt, die zu übelsten Folgeerscheinungen geführt hat."

Der Regierungspräsident ließ aber die geforderte *„Zwangsentjudung"* des Grundbesitzes nicht zu, da die reichsweite Rechtslage dies nur unter extremen Ausnahmefällen gestatte. Ab Juli 1941 mußte aber die Witwe Rüdenberg einer erneuten Mietzinssenkung auf 6.658,— RM jährlich zustimmen. Der Firma Eisenreich wurde angeraten, *„die nach dem Krieg beabsichtigte generelle Zwangsentjudung"* abzuwarten!

Wann der jüdische Besitz formell in die Hände Eisenreichs übergegangen ist, läßt sich aus den Akten des Staatsarchivs nicht entnehmen. Tatsache ist nur, daß Eisenreich nach dem Krieg das Geschäft in seinem Besitz hatte.

Der Fall Lewkonja

Am Fall Lewkonja kann nachgewiesen werden, wie der Preis eines Objektes gedrückt und die jüdische Eigentümerin um einen Großteil ihres Ertrages gebracht wird.

1911 kaufte Albert Lewkonja das Haus und Grundstück Lange Str. 95 für 35.000 M. Als er 1938 starb, ging der Besitz an die Witwe Emma Lewkonja in Minden über. Seit Februar 1934 war das Haus schon an den Manufakturwarenhändler Leo K. vermietet, der es 1938 nun käuflich erwerben wollte. Während der Notar, der den Vertrag abwickelte, gegenüber 1911 eine Wertsteigerung wegen der günstigen Lage an der Hauptgeschäftsstraße sah, machte der Käufer geltend, daß das Haus schon verwohnt sei. Im ersten Vertrag vom 12. 7. 1938 einigte man sich auf einen Kaufpreis von 27.000,— RM. Bei der Auflassung im Januar 1939 wurde nach Einschaltung der staatlichen Preisfestsetzungsbehörde und *„auf Verlangen des Käufers", „wegen inzwischen von ihm festgestellten Sachmängel"* der Kaufpreis auf 23.300,— RM herabgesetzt. Dies ist umso verwunderlicher, als das Kreisbauamt nach einer Besichtigung des Gebäudes im Febr. 1939 einen Wert von 27.000 RM als unterste Wertgrenze ansetzte und sogar einen Mietwert von 39.000 RM errechnete. Auch der Regierungspräsident in Minden nahm davon Kenntnis, wertete dies aber nicht als eine Übervorteilung der jüdischen Verkäuferin, sondern kommentierte nur, daß eigentlich *„eine wesentliche Ausgleichszulage zugunsten des Reiches"* in Frage käme.

Von den mageren 23.300 RM blieben E. Lewkonja nicht viel. Das Finanzamt Minden pfändete ihr *„als Sicherheit für noch festzusetzende Reichsfluchtsteuer"* noch 12.814,— RM. So blieben ihr von dem Hausverkauf gerade noch 10.486,— RM übrig. Ein sprechendes Beispiel für die *„ungleichen"* Verträge, wie sie im Zusammenhang mit der Arisierung überall in Deutschland abgeschlossen wurden!

Der Fall ist noch aus einem anderen Aspekt interessant und aufschlußreich. Die Akten belegen, wie die NSDAP über ihren *„Gauwirtschaftsberater"* in Münster die Arisierung überwacht und prüft, ob der künftige Besitzer den Anforderungen eines „Ariers" entspricht. Leo K., der Käufer, sollte nämlich nicht rein arischer Abstammung sein. Man vermutet, daß ein Urgroßelternteil (!) jüdisch gewesen sei. Die Partei spielt den Fall wegen seiner „grundsätzlichen Bedeutung" so hoch, daß er bis in die Privatkanzlei Hitlers gelangt. Der eigentlich zuständige Regierungspräsident in Minden sieht die Dinge gelassener und stellt fest, „daß ein derartiger jüdischer Bluteinschlag für sich allein betrachtet noch nicht ausreichend" sei, um eine Vertragsgenehmigung zu verweigern.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß Leo K. 1938 die Absicht hatte, das Kaufhaus Loeb zu übernehmen. Ein entsprechen-

der Vertrag war schon abgeschlossen. Die Genehmigung verzögerte sich aber aus dem besagten Grund, daß Leo K. seine arische Abstammung nicht einwandfrei nachweisen konnte. Zwischenzeitlich trat aber eine Verordnung in Kraft, die festlegte, daß jüdische Einzelhandelsgeschäfte nur dann weitergeführt werden dürften, wenn ein besonderes volkswirtschaftliches Interesse an der Weiterführung bestehe. Dies wurde im Fall des Kaufhauses Loeb von den Behörden verneint. So kam der Vertrag schon aus diesem Grunde nicht zur Durchführung. Das Loebsche Anwesen ging übrigens im Juli 1939 für 37.000,— RM in den Besitz der Stadt Vlotho über, die in der Kriegszeit darin ein Wirtschaftsamt einrichtete.

Grundbesitz der Synagogengemeinde

Wie mit Hilfe fragwürdiger Gutachten die Vlothoer Synagogengemeinde betrogen werden sollte, wird an dem Verkauf des Grundbesitzes der jüdischen Gemeinde deutlich. Der Kaufmann Georg E. schloß mit den Gemeindevertretern Benjamin Berlinger und Erich Grundmann am 12. 11. 38 einen Kaufvertrag über das ehemalige Schulhaus, das Grundstück und die Synagogenruine ab. Als Kaufpreis waren 11.000 RM vereinbart worden. Der Landrat genehmigte den Vertrag aber nicht in Verweisung auf ein Gutachten eines Hannoveraner Architekten, das von E. initiiert worden war. Darin war der Wert auf 5.000 RM geschätzt worden. Dies deckte sich auch mit der Wertschätzung des Bürgermeisters Sappke. Die Kreisbehörde wollte nur diese Summe als Kaufpreis zulassen. Das Regierungspräsidium widersprach aber dem und legte den Preis auf 7.000 RM fest. Diesen Wert ergab ein Gutachten, das die Stadt Vlotho selbst in Auftrag gegeben hatte. Der Synagogenvorstand protestierte gegen die Wertherabsetzung und reichte seinerseits ein Gutachten eines Vlothoer Architekten ein, das 17.000 RM als Wert errechnete. Auch das Finanzamt hatte bei der Steuerbemessung einen Einheitswert von 17.000 RM festgesetzt.

In einem Obergutachten des Staatshochbauamtes Bielefeld wird der jüdischen Gemeinde teilweise Recht gegeben und auch berücksichtigt, daß das Grundstück an der Hauptgeschäftsstraße liege. Dieses hatte man geflissentlich übersehen. In dem Obergutachten wird der „Realwert" des Grundbesitzes auf 11.500 RM geschätzt. Die letzte Entscheidung lag jetzt beim Reichswirtschaftsministerium. Dieses schließt sich dem Gutachten des Hochbauamtes Bielefeld an und legt den Kaufpreis auf 11.500 RM fest.

Interessant ist bei diesem Fall, daß die höheren Behörden zu gerechteren Regelungen kommen als die Orts- und Kreisbehörden. Immerhin bekommt die Synagogengemeinde 500 RM mehr als ursprünglich vereinbart. Trotzdem kommt die Summe dem eigentlichen Wert nicht

Finanzamt Herford
Sprechzeit:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
8-12½ Uhr
Kassenstunden:
Montag bis Freitag 8-12½ Uhr
Sonnabend 8-12 Uhr
Am letzten Werktag im Monat
keine Kassenstunden.
Fernruf 2751 . Postschließfach 506
Reichsbank-Girokonto
Postscheckkonto Hannover 45762

Gesch.-Nr. IIe - 38/292
(Bei Beantwortung angeben)

Herford, 27. 4. 1939.
Wittekindstr. 5

113

An den
Herrn Regierungspräsidenten
in
Minden.

PR. REGIERUNG MINDEN Eing. 6 MAI 1939

II 37

Betrifft: Ihr Schreiben vom 19.4.1939 in der Reichsfluchtsteuersache Heynemann, Vlotho.

Der Jude Samson Israel Heynemann, Vlotho, Langestr. Nr. 53 ist vom Finanzamt Herford aufgefordert worden, zur Sicherung der im Fall seiner Auswanderung fällig werdenden Reichsfluchtsteuer auf den unbelasteten Grundstücken

a) Bielefeld, Gärtenstr. 11
b) Dortmund

Hypotheken in Höhe von 22.000,- RM und 16.000,- RM zugunsten der Reichsfinanzverwaltung eintragen zu lassen.

Ich bitte, die Genehmigung gemäß der Verordnung vom 3.12.1938 zu erteilen.

gez. R ü t e r .
Oberregierungsrat.

Beglaubigt:

Wegen seines Auswanderungsantrages und der damit fälligen Reichsfluchtsteuer muß sich Samson Heynemann Hypotheken im Wert von 38.000 RM eintragen lassen.

Abschrift

Der Oberfinanzpräsident Westfalen in Münster
O 52o5 / 1944 / Ant

Münster, i. Westf., 27. November 1942

Anzeige

über eingezogenes unbewegliches Vermögen von Reichsfeinden
(Erl. des RMdI und des RFM vom 9. April 1942 – MBliV. S. 687–)

1.) Früherer Eigentümer zu a–d: Samson Israel Heynemann, zuletzt wohnhaft Vlotho, Langestr. Nr. 83
zu e: Samson Israel Heynemann, Ww. Minna Grundmann, geb. Meyerhoff, Ww. Betty Grundmann geb. Leszynsky, sämtlich z.Zt. in Vlotho wohnhaft, zu je 1/3.

2.) Einziehungsverfügung: Verfügung des Regierungspräsidenten Münster vom 2o. Juli 1942 (nur für Samson Israel Heynemann).

3.) Art des unbeweglichen Vermögens:
a) Hausgrundstück in Bielefeld, Gartenstrasse 9,
b) " " " , Gartenstrasse 11,
c) " " " , Kavalleriestrasse 17,
d) " " Vlotho, Langestrasse 83 und 83 a,
e) Wegeparzellen in Bad Oeynhausen.

4.) Grundbuchbezeichnung = Grundbuch

a)	Bielefeld	Bd. 121	Bl.	586
b)	Bielefeld	" 26o	"	6o35
c)	Bielefeld	" 265	"	6244
d)	Vlotho	" 31	"	579
e)	Bad Oeynhausen	" 35	"	15oo

5.) Einheitswert:

a)	22.1oo.- RM	
b)	23.2oo.- "	69.2oo.- RM
c)	9.8oo.- "	
d)	14.1oo.- "	
e)		

6.) Vermutlicher Vermögensstand (nachrichtlich wegen Ziff. III letzter Satz des Erlasses):

a) bewegl. Vermögen	– RM	a) persönl. Schulden	– RM
b) unbewegl. "	69.2oo.– "	b) dingl. Schulden lt. Grundbuch	22.ooo.– "
A. Besitz	69.2oo.– RM	B. Schulden	22.ooo.– RM

7.) Bemerkungen:

Es steht noch nicht fest, ob auch die Anteile der Miteigentümerinnen zu e) Ww. Minna Grundmann geborene Meyerhoff und Ww. Betty Grundmann geborene Leszynsky dem Reich verfallen oder zu seinen Gunsten eingezogen oder noch im Eigentum der Genannten verblieben sind.

Im Auftrage:
gez. Heising

An den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster i. Westf. Schloßplatz 5.

Nachdem Samson Heynemann in das KZ Theresienstadt deportiert worden war — er starb dort am 15. 8. 42 —, wurde das Vermögen des „Reichsfeindes" eingezogen.

nahe. Und über den Wert, den die Synagoge noch vor eineinhalb Jahren hatte, wurde kein einziges Wort verloren . . .

FAZIT: So wurden Betriebe, Grundstücke, Häuser und sonstiges Eigentum jüdischer Bürger weit unter Wert verkauft. Der erzielte Erlös wurde bei Auswanderung mit einer mindestens 25%igen Reichsfluchtsteuer belegt. Vermögen ins Ausland zu transferieren, war nur mit größten Verlusten möglich.

Die hier verbliebenen Juden mußten die Erlöse auf Sperrkonten anlegen, von denen nur geringfügige Beträge freigeben wurden. Als dann die Deportationen einsetzten, durften sie nur je Person 25 kg Gepäck mitnehmen. Alles Bargeld, alle Wertgegenstände, außer den Eheringen, wurden ihnen abgenommen. Ihr Vermögen „verfiel" dem Deutschen Reich.

Dies ist ein unglaublicher und unser Rechtsempfinden zutiefst beleidigender Vorgang, der nur mit mittelalterlicher Willkür bei Judenschröpfungen verglichen werden kann. All dies geschah mit Hilfe von Gesetzen und Verordnungen, die dem Verbrechen den Anschein von Legalität verleihen sollten. Dabei entlarvte sich aber der NS-Staat als das, was er von Anfang an war: als ein Unrechts-Staat.

Aber das NS-Regime begnügte sich nicht damit, die wirtschaftliche Existenz der jüdischen Mitbürger zu vernichten, es ging ihm um die Aberkennung ihres Lebensrechtes selbst.

Literatur:
Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966
Karl Großmann, Geschichte der Stadt Vlotho, Vlotho 1971
Akten:
Staatsarchiv Detmold: „Arisierungsakten", M1-IP, D1, 5783, Nr. 1394, 1551, 1562
Staatsarchiv Münster: Jüd. Gemeinde Vlotho (Dep.) Akte 26
Kreisarchiv Herford: Einwohnerbuch des Kreises Herford 1926/27 (Fotok.), (Adreßbuch, hg, v. Kuhle, Herford)
Stadtarchiv Vlotho: Vlothoer Wochenblatt Jahrg. 1933-34
Privatbesitz: Vlothoer Wochenblatt Jahrg. 1935-39

Frank Lehmann

Die „Reichskristallnacht" in Vlotho

„In Vlotho haben die Nazis gehaust wie Wilde," beschreibt Adolf Simon in einem Brief an Frau Juchenheim seine Eindrücke über die Gewalttaten der Nationalsozialisten in Vlotho. Diese Einschätzung resultiert hauptsächlich aus den Vorgängen vom 10. November 1938, dem Tag nach der sogenannten Reichskristallnacht, als Vlothoer Nazis ihren Teil des reichsweit durchgeführten Pogroms erfüllten.

Drei Tage vorher hatte Herschel Grünspan, ein polnischer Jude, ein Attentat auf einen deutschen Diplomaten in Paris verübt, der am 9. 11. seinen Verletzungen erlag und damit der NS-Führung einen Vorwand gab, die Ausschreitungen beginnen zu lassen. Goebbels gab mit einer fanatischen Hetzrede das Startzeichen für die *„Reichskristallnacht"* und Heydrich, zweiter Mann in der SS, ließ fernschriftlich alle Gestapo-Stellen, unter deren Leitung der Pogrom stattfinden sollte, über die Organisation unterrichten.

Die sogenannte Protestaktion wurde auch in Ostwestfalen mit deutscher Gründlichkeit durchgeführt. Im Stapo-Bezirk Bielefeld wurden insgesamt 37 Synagogen (19 durch Feuer) zerstört. 102 Geschäfte wurden zerschlagen und 110 Privathäuser sowie 47 Wohnungen vollständig und 57 Wohnungen teilweise zerstört. Die Gestapo schätzte den Gesamtschaden auf 1320000 RM. 6 Tote, 5 Verletzte und 406 in das KZ Buchenwald eingewiesene Juden zählte sie am 26. 11. in Ostwestfalen.

Da auch die Vlothoer SA und SS von der Rückendeckung der Partei wußte, da den Vlothoer Nazis die Zerstörung somit erlaubt waren, hielten sie sich nicht zurück und zogen, nachdem sie sich ungefähr um 10 Uhr vormittags formiert hatten, mit Äxten. Vorschlaghämmern und anderen Zerstörungswerkzeugen durch die Weserstadt und machten sich über 6 jüdische Häuser und 5 Wohnungen von Vlothoer Juden her. Schon im Morgengrauen war die Synagoge und das dazu gehörige Schulhaus verwüstet worden; ob hier auch Vlothoer Nationalsozialisten am Werk gewesen waren, bleibt im Dunkeln, ist aber nicht unwahrscheinlich.

Eindrucksvolle Schilderungen liegen uns aus den Gerichtsakten eines Prozesses gegen Vlothoer Nationalsozialisten vor, bei dem im

März 1949 vier Männer aus Vlotho zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Exemplarisch für die Ausschreitungen stehen die Vorgänge im Geschäft Loeb und im Haus Simon/Speyer.

Die Zerstörung des Kaufhauses Loeb

Nachdem Max Rüdenberg sein Geschäft im April 1938 verkauft hatte, war das Konfektionswarengeschäft von Gustav Loeb das größte jüdische Geschäft in Vlotho. Somit war das Haus in der Langen Straße 104 prädestiniert als Ziel für die Terrortat der SA. Es lag im Zentrum von Vlotho, und somit konnten die Täter mit einer großen Zahl von Zuschauern rechnen. Die Straße muß schwarz von Menschen gewesen sein; der später zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte E.P. schätzte die Menge auf *„viele hundert Leute"*. Kurz vor der Mittagszeit betrat der Zerstörungstrupp das Geschäft, um sofort loszuschlagen.

Die Verkäuferin S.M. sagte aus:

„An dem betreffenden Morgen kam plötzlich eine Anzahl Uniformierter in unseren Laden hinein. Sie hatten Äxte und sonstige Gegenstände in der Hand. Einer schlug gleich in einen Glasschrank, ein anderer haute in meiner unmittelbaren Nähe mit einer Axt in die Theke. Sie riefen bei ihrem Hereinkommen: ‚Heraus, was wollt ihr denn noch hier!' Ich bin darauf mit den anderen Kolleginnen nach draußen gelaufen und sofort nach Hause gegangen."

Die Zerstörungen dauerten noch eine ganze Weile an. Nach dem Gerichtsprotokoll wurden nicht nur Fenster zerschlagen, sondern auch Marmelade über die Stoffe verteilt. Andere Zeugen beobachteten außerdem, wie ein Klavier und eine wertvolle Vase aus dem ersten Stock auf den Kirchplatz geworfen wurden und wie mit Schaufensterpuppen Schabernack getrieben wurde.

In dem Bericht des Herforder Landrates an die Gestapo vom 19. November heißt es lapidar:

„Das Manufakturwarengeschäft des Juden Gustav Loeb ist stark beschädigt. Während die Ware nur auf einem Berg zusammen geworfen wurde, sind Regale, Ladeneinrichtung und Kontorräume zerstört worden. Schaden etwa 2000 RM."

Die Zerstörungen im Haus Speyer

„Bei uns wurde alles entzwei geschlagen und meine Goldwaren gestohlen. Wir hatten nichts mehr in der Wohnung, alles war entzwei, noch nicht mal einen Teller. Noch in der Nacht sind wir mit Speyer zu Bekannten gegangen und haben dann zwei Tage bei Mosheim gewohnt," beschreibt Adolf Simon seine Eindrücke von diesem Tag.

Ungefähr sechs SA-Leute hatten sich vom Kaufhaus Loeb aufgemacht zum Haus von Sally Speyer in der Höltkebruchstraße 9, wo auch die Familie des Adolf Simon wohnte. Eine Menschenmenge hinter sich her ziehend, gelangten sie um die Mittagszeit dort an, und begannen sogleich, die Scheiben einzuschlagen. Die jüdischen Bewohner flüchteten durch den Hinterausgang zunächst zu den Nachbarn und dann über den Amthausberg nach Bad Oeynhausen.

Die Nachbarin J.A. schilderte die Zerstörungen:

„Nachdem von außen die Fensterscheiben zerschlagen wurden, gingen sie ins Haus. Man hörte dann im Hause großes Getöse und vor allem Klirren. Nachdem diese Aktion beendet war, kam Frau Speyer weinend zu uns. Wir sind dann mit ihr in ihr Haus gegangen. Dort stellten wir fest, daß die Wohnungseinrichtung vollständig zerstört worden war. Sämtliche Glas- und Porzellansachen waren zerschlagen, die Möbel waren demoliert, Betten, Decken, Tischdecken und Gardinen waren zerrissen und zerschnitten. Es sah grauenhaft aus. Frau Speyer erzählte uns auch, die Personen seien sogar im Keller gewesen und hätten dort sämtliche Einmachgläser und was sonst zerstörbar gewesen sei, zerschlagen. Später sind wir dann in die Stadt gegangen, dort stellten wir fest, daß in allen Judenwohnungen das gleiche gemacht worden war."

Wie auch beim Geschäft Loeb beteiligte sich die Zuschauerschar wohl nicht an den Zerstörungen, heizte durch ihre Anwesenheit aber die Täter an. So griff sich bei Speyer einer der Nazis eine geschlachtete Ziege und zeigte sie dem johlenden Publikum, das hier zum Großteil aus Kindern und Jugendlichen bestand.

Übergriffe auf andere Judenwohnungen und weitere Drangsalierungen

Der Zerstörungstrupp ließ kaum eine jüdische Wohnung und kein jüdisches Haus aus. Nur der schwerkranke und am 11.11.1938 verstorbene Jude Silberberg blieb verschont, da der nationalsozialistisch denkende Vermieter N. um sein Eigentum fürchtete. So wie in den oben beschriebenen Fällen Loeb und Speyer sind auch bei folgenden jüdischen Familien Häuser und Einrichtungen beschädigt worden: Bei der Witwe Silberberg (Lange Straße 81), bei Samson Heynemann (Lange Straße 83), bei Louis Steinberg (Mühlenstraße 5) und bei Herbert Mosheim (Hochstraße 8). Der Landrat schrieb hierzu:

„Es handelt sich hierbei im wesentlichen um zerschlagene Fensterscheiben, Türen, Treppen, Badeeinrichtungen. Ich schätze den Schaden auf 5000 bis 6000 RM."

Auch vor den meisten Mietwohnungen, in denen Juden wohnten, wurde nicht halt gemacht. Bei Gustav Grundmann (Lange Straße

42), Hanna Grundmann (Wasserstraße 24), Hedwig Levy (Valdorfer Straße 26) und Margarete Bräutigam (Herforder Straße 27) wütete das Terrorkommando.

„Fast in allen diesen Wohnungen ist die Wohnungseinrichtung zerstört worden, und ist der Schaden nur sehr schwer zu schätzen, um so mehr, als es sich zum Teil um sehr wertvolle Einrichtungen handelte," schrieb der Landrat an die Gestapo.

Um den Juden den Wohnraum ganz zu nehmen, beschloß die Vlothoer SA durchzusetzen, daß den jüdischen Mietern die Wohnung gekündigt würde. Der Rottenführer M.A. beschreibt dies:

„Ich bekam vom Scharführer W. den Befehl, zu dem Zigarrenfabrikanten Schöning zu gehen und ihn aufzufordern, seinen jüdischen Mietern zu kündigen... Im Büro trafen wir den Geschäftsführer B.. Er ist mit uns zur Wohnung des Juden Grundmann gegangen. Als wir dort ankamen, fanden wir die Wohnung demoliert vor. Ich habe daraufhin gesagt: ‚Na, hier braucht ihr nicht mehr zu kündigen.'..."

Wie weit die Kündigungen durchgesetzt wurden, ist nicht bekannt. Ab 1939 wurden die noch in Vlotho verbliebenen Juden in den sogenannten Judenhäusern, vor allem in der Langen Straße 81 und 83, konzentriert.

Die Zerstörung der Synagoge

Über die Demolierung der Vlothoer Synagoge, die sich dort befand, wo heute das Wesercenter steht, ist leider nicht allzuviel bekannt. Wer die Täter waren, die den 1850 errichteten Bau zerstörten, ist auch gerichtlich nicht geklärt worden. Die Vlothoer Nationalsozialisten gaben an, daß ein fremder SA-Trupp im Morgengrauen des 10.11. die Zerstörungen begangen habe. Der SA-Rottenführer K.W. berichtete:

„Im Rathaus hörte ich um 9 Uhr von Kollegen, daß nach Möglichkeit alle SA-Männer und Parteigenossen antreten sollten... Schon um 6.30 Uhr morgens hatten die Zerstörungen an der Synagoge durch auswärtige SA- und SS-Männer begonnen, wie ich später erfahren habe... Kurz vor 10 Uhr kam der Sturmführer S. und forderte uns auf, uns in die Stadt zu begeben. Er sagte, daß fremde SA- und SS-Männer schwere Zerstörungen an jüdischem Eigentum anrichteten. Wir sollten dafür sorgen, daß wenigstens nichts geplündert wurde und daß die Juden nicht körperlich angegriffen würden... Ich ging zunächst zur Synagoge. Dort war alles schon zerstört. Das Dach war abgedeckt. Die Inneneinrichtung war zerstört und zum Teil weggeschleppt, wie mir erzählt wurde. Sie sollte angeblich nach dem Werder gebracht worden sein, um dort verbrannt zu werden..."

Auch der Ortsgruppenleiter P. wußte anscheinend von nichts: *„An*

dem betreffenden Tage erschien zwischen 10 und 11 Uhr ein Bote in unserem Büro und erzählte, daß die Synagoge zerstört sei. Ich bin darauf zum Rathaus gegangen und wollte mich erkundigen, was denn da passiert sei. Dort traf ich den Bürgermeister und den Landrat Hartmann aus Herford an. Die beiden Herren waren in ziemlicher Aufregung, und wir sind zusammen zu der Synagoge gegangen, die innen völlig demoliert war. Mir war das Ganze sehr unangenehm, und ich habe mich alsbald von den Herren verabschiedet und bin wieder an meine Arbeit gegangen."

Die Zerstörung fremden SA-Leuten zuzuschreiben und damit die Verantwortung für die Tat von sich zu weisen, ist gängige Schutzbehauptung aller Beteiligten. Die Möglichkeit besteht allerdings, daß ein umherfahrender Zerstörungstrupp auch in Vlotho sein Werk verübte. Daß dies ganz ohne Wissen des Vlothoer Ortsgruppenleiters vor sich gegangen sein soll, ist unwahrscheinlich, er müßte es zumindest geduldet haben. Die Aussage des SA-Manns K.W., daß die Vlothoer SA nur als Schutzeinheit gegen Plünderungen tätig wurde, ist eine dreiste Lüge.

An der Synagoge waren die Zerstörungen bedeutend. Der große Bau wurde zwar nicht in Brand gesteckt, aber doch so demoliert, daß er nach dieser Nacht nur noch eine Ruine war. Die Täter hatten große Teile des Dachstuhls zerschlagen und auch die Inneneinrichtung zerstört. — Die Synagoge zerfiel alsbald und wurde 1940 zusammen mit dem gleichfalls zerstörten jüdischen Schulgebäude als abbruchreif an die Firma Eisenreich verkauft.

Daß die Synagoge in der *„Reichskristallnacht"* nicht in Brand gesetzt wurde, mag erstaunen. Der Grund lag wohl allein darin, daß der zu Rate gezogene Vlothoer Amtsbrandmeister nicht die Verantwortung für den Brandschutz der anliegenden Gebäude übernehmen wollte.

Die Deportationen nach Buchenwald

Unmittelbar nach der *„Reichskristallnacht"* wurden auch in Vlotho die männlichen Juden über 15 Jahre in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Unseres Wissens nach ist nur der hochbetagte Samson Heynemann davon ausgenommen worden. Am Vlothoer Bahnhof hatten die Juden sich zu treffen, und Bürgermeister Sappke kam in Parteiuniform, um „gute Reise" zu wünschen. Bis Ostern 1939 sind die Vlothoer Juden nach und nach entlassen worden.

Die Vlothoer Synagoge nach ihrer Zerstörung am 10. November 1938
(Staatsarchiv Detmold)



Reaktionen der Bevölkerung, der Polizei und der Vlothoer Presse auf die „Reichskristallnacht"

Die NS-Führung, allen voran Goebbels, stellte den Pogrom als einen Ausbruch des spontanen Volkszorns dar. Dies stimmte fast nirgendwo, auch nicht in Vlotho. Die SA, die genaue Instruktionen hatte, verübte die Terrortaten. Die Vlothoer Bevölkerung beteiligte sich, soweit die vorliegenden Quellen aussagen, nicht an den Zerstörungen. Dennoch fanden sich viele Vlothoer Bürger als Schaulustige ein. Schon ihre Anwesenheit steigert natürlich die Zerstörungslust. Es kann angenommen werden, daß ein Großteil der Vlothoer die Taten verabscheute, nirgendwo konnte aber auch nur eine Spur des Widerstands festgestellt werden. Die meisten verschlossen vor den Untaten die Augen; beispielhaft hierfür ist die Aussage der Nachbarin Mosheims V.A.:

„Ich hörte an dem fraglichen Tage Lärm auf der Straße und auch das Klirren von Fensterscheiben. Als ich zum Fenster hinaus sah, bemerkte ich viel Volk auf der Straße. Offenbar waren auch Leute in das Haus von Mosheims eingedrungen. In der Wohnung von Mosheims war erheblicher Krach. Wir haben aber nicht gewartet, bis die Leute aus dem Haus herauskamen, sondern haben uns in die nach hinten gelegene Küche begeben, um allen aus dem Weg zu gehen."

Allem aus dem Wege gegangen sind nicht alle; eine andere Nachbarin Mosheims, R.I., war bedacht, daß sie selbst nicht betroffen wurde:

„Nach einiger Zeit ging ich nach draußen und bemerkte, daß auch auf unserem Grundstück Scherben und dergleichen lagen. Ich habe mir deshalb einen der anwesenden SA-Männer vorgenommen und ihm gesagt, daß ich verlange, daß alle Scherben von unserem Grundstück weggenommen würden. Das geschah dann."

Die Reaktionen der Vlothoer Bevölkerung erläuterte der Herforder Landrat gegenüber der Gestapo wie folgt:

„Die Aktion soll nach dem Bericht des Amtsbürgermeisters des Amtes Vlotho in der Bevölkerung grundverschieden aufgenommen sein. Der überwiegende Teil der Bevölkerung soll eine derartige Maßnahme begrüßt haben. Die sich dagegen ausgesprochen haben, sollen im wesentlichen intellektuelle Kreise und alte SPD-Leute sein. Von den letzten Kreisen ist die Frage aufgeworfen worden, warum man die Sachen nicht einfach den Juden genommen und an bedürftige Arbeiter verteilt hätte. Vielfach hörte man auch die Redewendung, wie sich das mit dem Vierjahresplan vertrage, letzterer forderte die sorgsame Verwaltung jeglicher Werte und bei dieser Aktion seien erhebliche Werte in Massen zerstört worden. Intellektuelle behaupten, daß sie sich mit derartigen Handlungen und Maßnahmen einfach nicht

D e r L a n d r a t Herford, den 21. November 1938.

Tgb.Nr. ... L.

An

den Herrn Regierungspräsidenten

in

M i n d e n.

Persönlich !

Vertraulich !

Betrifft: Aktion gegen Juden.

Verfügung vom 15.11.38 -o -.

In der Anlage übersende ich eine Abschrift des an die Stapo Bielefeld eingesandten Berichts. Auf die Ziffer 14 a.a.O. nehme ich Bezug.

Nachdem eine gewisse Ruhe eingetreten und der Bevölkerung es möglich ist, sich über das Geschehen ein klares Urteil zu bilden, habe ich den Eindruck gewonnen, daß die sachlich denkenden Volks-und Parteigenossen diese Aktion als eine unbedingte Notwendigkeit empfinden. Das Gebaren der Juden in letzter Zeit war frech und herausfordernd. Es grenzte an Überheblichkeit. Sie glaubten, es könne ihnen nichts geschehen. Aus diesem Grunde begrüßt jeder, der es mit seinem Vaterlande gut meint, es als eine befreiende Tat, daß endlich dieses reinigende Gewitter gekommen ist.

In dem Amt Vlotho waren die Geschäftsleute dahin übereingekommen, den Juden nichts mehr zu verkaufen. Durch eine polizeiliche Verfügung ist diesem Übelstande abgeholfen.

Ich bin mir bewußt, daß es auch in diesem Falle Unbelehrbare gibt. Diese werden es nie lernen, unbedingte Staatsnotwendigkeiten, auch wenn sie scheinbar hart und drakonisch erscheinen, zu begreifen.

Sichtbare Auswirkungen der Vorfälle habe ich nicht beobachtet. Die Vorkommnisse sollen sich, soweit ich bei der NSV festgestellt habe, nicht besonders nachteilig auf Eintopf-und Pfundsammlungen sowie Spenden für die Winterhilfe ausgewirkt haben. Wenn der Monat Oktober bei der Eintopfsammlung etwas günstiger dasteht, so ist dieses wohl hauptsächlich auf die befreiende Tat des Führers im Sudetenland zurückzuführen.

Die Aktion wird m.E. im Landkreise Herford keine weiteren Folgeerscheinungen nach sich ziehen.

Bericht des Landrats an die Regierung in Minden über die Reaktion der Bevölkerung auf die „Aktionen" gegen die Juden vom 10.11.38. Der beiliegende Bericht an die Stapo Bielefeld liest sich aber viel kritischer (s. unsere S. 92f.)

identifizieren können. Ganz niederträchtige Burschen, deren Feststellung allerdings äußerst schwierig ist, sollen die unsinnigsten Gerede in die Welt streuen und zwar dahingehend, daß sie behaupten, gehört zu haben, die SA habe die Aktion genutzt, um sich gewisse Vermögenswerte der Juden anzueignen. Ermittlungen hierüber sind im Gange. Nach den gemachten Beobachtungen handelt es sich bei diesen Personen um jene Kreise, die sich dauernd in einer gewissen Kritik gegenüber der heutigen Staatsautorität befinden, zum Teil sollen es sogar Parteigenossen neueren Datums sein. Die Ortsgruppe Vlotho stellt auch hierüber Ermittlungen an. Vielfach soll die Auffassung vertreten sein, daß die Formation weit über ihr Ziel hinausgegangen wäre und einfach wild zerstört hätte."

An dieser Quelle wird klar, daß in Vlotho eine gewisse Opposition gegen die Gewalttaten der Nazis vorhanden war. Wie groß diese Gruppe genau war, die die Vorgänge der *„Reichskristallnacht"* mißbilligte, sei dahin gestellt. Interessant ist, daß der Landrat den überwiegenden Teil der Vlothoer als regimetreu einschätzte und in der Kritik der Andersdenkenden hauptsächlich wirtschaftliche Gründe sah.

Die Vlothoer Polizei hielt sich von den Zerstörungen bewußt fern und griff nicht ein. Der Wachtmeister K.F. erklärte:

„Am Tag der sogenannten Judenaktion befand ich mich morgens mit meinem Kameraden S. auf der Polizeiwache. Es kam dann der damalige Amtsbürgermeister Sappke auf die Polizeiwache und sagte dem Sinne nach: ‚Was jetzt draußen geschieht, geht die Polizei nichts an. Sie haben hier zu bleiben und die Wache nicht zu verlassen'. Wir sind deshalb im Wachlokal geblieben. Gegen Mittag konnten wir die Wache verlassen. Ich begab mich dann auf die Straße und sah, was draußen angerichtet worden war. Ich habe mir die Zerstörungen in der Synagoge und allen in Betracht kommenden Häusern angesehen." Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, so mußte sich also die Vlothoer Polizei verhalten.

Tiefe Empörung gegen das Judentum

über die feige und gemeine Mordtat des Juden Grünspan hat das deutsche Volk ergriffen, als der Tod des Gesandtschaftsrates vom Rath bekannt wurde. Ein Jude hat einen Deutschen erschossen, im tieferen Sinn aber auf Deutschland geschossen. Wie überall, so machte sich auch hier die Empörung Luft durch Angriffe auf jüdische Gebäude und das bis dahin noch bestehende jüdische Geschäft. Daß der berechtigte Zorn nicht gerade zimperlich zugefaßt hat, versteht sich am Rande; dabei ging auch die Synagoge in Trümmer.

Vlothoer Wochenblatt v. 12.11.38

Im „Vlothoer Wochenblatt" erschienen nur die reichsweit verbreiteten Hetztiraden des Propagandaministeriums. In anderen lokalen Zeitungen (z. B. in Bünde) folgten dem ausführlich-triumphierende Schilderungen des örtlichen Pogroms. Das *„Vlothoer Wochenblatt"* verliert hingegen nur wenige Sätze über die Vorgänge in Vlotho (Abbildung Seite 95).

Dies kann durchaus als einzig mögliche Form der Distanzierung des Herausgebers gewertet werden.

Der totalitär-faschistische Staat Hitlers ist sicher der Hauptverantwortliche für die Terroraktion in Vlotho. Doch die Hämmer und Äxte lagen in den Händen derjenigen Vlothoer, die mit viel Eigenaktivität den Pogrom in der Weserstadt durchführten.

Sühne für die Verbrechen vom 10. 11. 1938: Schuldfrage und Strafzumessung

Das Schwurgericht in Bielefeld hat — wie anfangs bereits erwähnt — im März 1949 vier Vlothoer wegen ihrer verbrecherischen Taten zu Freiheitsstrafen verurteilt, während einer mangels Beweises freigesprochen wurde.

Bezeichnend ist, daß keiner der Angeklagten sich zu einem Eingeständnis von Verantwortung und Schuld durchringen konnte. Vielmehr versuchten sie, sich durch Falschaussagen aus der Verantwortung zu stehlen. So behauptete der Hauptbeteiligte E. P. bei seiner ersten polizeilichen Anhörung sogar:

„Ich bestreite entschieden, mich an Judenaktionen überhaupt beteiligt zu haben", eine Aussage, die er im Prozeß nicht aufrecht erhalten konnte. Die Vlothoer SA-Männer versteckten sich durchgängig hinter der These, sie hätten durch ihre Anwesenheit am jeweiligen Tatort nur noch Schlimmerers verhüten wollen. Im übrigen kann man im Verfahren das Umfallen von Zeugen beobachten. In einem Fall hat es auch den nachweisbaren Versuch der Zeugenbeeinflussung gegeben. Das Schwurgericht Bielefeld hat aber unbeirrt versucht, die Wahrheit über die Vorgänge vom 10. November 1938 in Vlotho ans Licht zu bringen.

Besonders bemerkenswert ist die Begründung für die Strafzumessung und damit die Festlegung des persönlichen Schuldanteils der Verurteilten. Das Gericht räumt zunächst ein, *„daß diese Terroraktion von mächtigen staatlichen und politischen Organisationen ausgelöst und gelenkt wurde und daß diese Angeklagten letztlich nur Werkzeuge eines mächtigen Systems waren"*. Ihr persönlicher Schuldanteil hänge davon ab, *„wieweit sie sich willig dieser Aktion zur Verfügung stellten"*, etwa *„besonderen Eifer"* bei der Durchführung

gezeigt hätten, oder ob sie nur durch ihre Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation mitgerissen wurden.

Dem Hauptbeteiligten wird vorgeworfen, daß er sich *„aus eigenem Antriebe"* in die Stadt begeben, *„aus eigenem Interesse"* an der Aktion teilgenommen und dabei *„besonderen Eifer gezeigt"* habe, *„um sich offenkundig besonders hervortun zu wollen"*. Da er keiner NS-Organisation, z. B. der SA, angehörte, hätte er — so das Gericht — *„zu Hause bleiben können"!* Wer sich aber einer verbrecherischen Aktion, die *„unverkennbar gegen das Recht und die auch damals noch geltenden Strafgesetze verstieß, willig und eifrig hingab"*, könne sich nicht auf strafmildernde Umstände berufen . . .

Einem der SA-Männer wird zwar eingeräumt, daß sein Verhalten weitgehend durch seine Zugehörigkeit zur SA bestimmt gewesen sei; das ganze Verhalten des Angeklagten lasse aber auf eine *„starke antisemitische Einstellung"* schließen, *„der er bei seinen Handlungen freien Lauf gelassen"* habe. Die Möglichkeit, daß sie *„nur auf höheren Befehl gehandelt"* hätten, wird bei allen drei SA-Leuten strafmildernd berücksichtigt. Das Gericht stellt aber in allen Fällen die persönliche Verantwortung der Täter heraus und verurteilt sie wegen Landfriedensbruch und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu Freiheitsstrafen zwischen einem Jahr und drei Monaten. Damit wurden jedoch nur einige Hauptbeteiligte zur Rechenschaft gezogen. Der Kreis derer, die sich schuldig gemacht haben, war mit Sicherheit größer.

Mit dem Urteil wurde schon unmittelbar in der Nachkriegszeit die persönliche Verantwortung und Schuld einzelner Beteiligter trotz aller Verstrickungen im NS-System festgestellt und gesühnt. Selbstverständlich konnten in diesem Verfahren die Verbrechen der „Reichskristallnacht" nur juristisch aufgearbeitet werden; von Sühne im moralischen Sinne kann hier nicht die Rede sein.

Akten:
Staatsarchiv Detmold D 21 A-5235

Helmut Brinkmann
Günther Hack

Augenzeugen erinnern sich

Gerichtsprotokolle liegen vor, Akten sind zugänglich, Fakten sind bekannt.

Offen bleibt etwas anderes. Was bewirkte das Geschehen in den damals meist jugendlichen Zuschauern? Was blieb an Spuren? Wie prägte es sie?

Wir versuchten, dem nachzugehen.

Im Gespräch mit acht Zeitzeugen wurden die Jahre des Nationalsozialismus für uns wieder lebendig.

Wie wurden die Juden erlebt?

Ja, wie erlebten diese Augenzeugen, damals noch Kinder, die ihnen bekannten Vlothoer Juden?

Zunächst als Geschäftsleute, seriös, vertrauenserweckend und geschickt. Nicht umsonst verbanden sich mit einem Besuch in einem der jüdischen Geschäfte frohe kindliche Erwartungen:

„Rüdenberg, das war der untere Jude; Loeb, das war der obere Jude. Wir haben mehr bei Rüdenberg eingekauft, da war die Auswahl größer. Wenn man eingekauft hatte, wurde man in eine kleine Stube gebeten. Da kriegte man eine Tasse Kaffee und 'nen Korinthenstuten, zwei, drei. Und wenn wir keinen Kaffee haben wollten, kriegten wir auch Kakao oder Ersatzkaffee."

„Meine ersten Erinnerungen, wenn ich das heute so schildere: Da kamen wir 'rein, da war das für unsere Begriffe ein Erlebnis. Hohe Säulen. Dann kam der große, gepflegte Geschäftsmann Loeb. Der brachte 'ne Tafel Schokolade, das waren so diese Reklametafel-Schokoladen, die konnte man aber auch in Geschäften kaufen. Aber immerhin, wann kriegte unsereins schon Schokolade? Deshalb war das selbstverständlich, wenn Mutter einkaufen ging, da mußte man mit, zu Loeb. Ja, das war alles so pikfein, und ich wußte auch immer, wenn wir bei Loeb Bekleidung kauften, kriegten wir immer was Besonderes."

„Es war auch so: Wir hatten ja nicht alle so viel Geld, das war so, wenn man so einkaufte, da wurde nicht viel Bargeld mitgenommen und da war da noch so'n Stück, da sagte der Loeb: ‚Dann nimm das mal mit nach Hause, das kannste auch dann im nächsten Monat bezahlen.' Dann

gab das kein großes Theater. Das seh' ich ja noch: da ging der so um seinen Tresen herum an seine Pultwand und dann schrieb er das auf . . .''

Andere indes taten sich durch uneigennütziges soziales Engagement hervor. In gleich zwei Gesprächen werden die beiden Damen Stern genannt:

,,Die mußten sich schon nach der Decke strecken, und die waren alle vom Schicksal nicht verwöhnt. Da war, da war das so Sitte, denn übernahm einer von den ,reichen Leuten' so 'ne Patenschaft. Und diese Patenschaft beinhaltete nur, daß die Leute sich mal darum kümmerten, daß die Kinder mal 'n bißchen was zu essen hatten und anzuziehen. Und so eine war die Jüdin Frau Stern. Die wohnte in dem Haus, wo Stübbe die Tischlerei drin hatte.''

,,Dann gab es zwei ledige Damen Stern, die ham' in der Herforder Str. gewohnt, die war'n in der Frauenhilfe. Mein Vater stammt aus 'ner sehr armen Familie, die Mutter war krank, da war'n die Kinder natürlich vernachlässigt, abends da war auch kaum etwas zu essen, und die alten Damen Stern wären so rührend gewesen, die ham' sie ihre Armut nicht spüren lassen.''

Hohen Respekt genießen auch der Fabrikant Mosheim und der Kriegsteilnehmer Silberberg:

,,Den alten Mosheim, den hab' ich gut gekannt. Jeden Tag hat er seinen Spaziergang gemacht, also den Winterberg hoch. Das war schon 'nen älterer Herr. Man sagte: ,der Jude Mosheim', aber das Jude Mosheim war nicht abwertend. Der alte Mosheim war ein sehr geachteter Mann. Der war Arbeitgeber, der hatte viele Leute, die gut mit ihm zufrieden waren . . .''

,,Ich kannte beispielsweise als Kind recht gut den Willi Silberberg, Unteroffizier, tapferer Soldat, Kriegsverletzter. Man kannte ihn gut. Willi Silberberg, den kannte man!''

An Ernst Marcus erinnert sich unser Zeitzeuge vor allem als guten Nachbarn und als väterlichen Freund. Er schildert, daß sie als Kinder immer mehrere Schlitten zusammengebunden hätten, um die Hünenburg runter auf die Herforder Straße zu fahren:

,,Mutter oder Vater sagten dann ,Fahrt bloß nicht unten auf die Straße.' Wir: ,Onkel Ernst fährt mit.' ,Ach so, is' der auch dabei, fährt der mit euch?' Gut, dann war das in Ordnung.
Wenn die später erzählen wollten, daß der Marcus Ernst, daß das also ein gefährlicher Mann war und Blutsauger, wie's im Stürmer stand, das kriegten die in unsere Köpfe nicht rein, aber bei keinem von uns Kindern.''

Und er faßt seine Erinnerungen zusammen:

,,Das geht mir heute noch so. Wenn sie mir heute sagen, ein Jude, mit Juden verbinde ich 'ne Religion. Und mit den Leuten, die hier Juden waren, verbinde ich nicht etwas Anti-bürgerliches, Antideutsches, da ja, das waren Willi Silberberg, das war der alte Loeb.

Ich wußte zwar, daß der 'nen anderen Glauben hatte, daß der in ne' andere Kirche ging. Aber meine Nachbarschüler gingen in 'ne katholische Kirche, ich mußte in 'ne evangelische. Das war für mich normal."

Pogrom und Reaktionen

Wie erlebten Vlothoer Mädchen und Jungen, die nach Schulschluß in die Ereignisse hineingerieten, das Geschehen vom 10. November 1938?

„Auf dem Kirchplatz, da waren allerhand Leute, die standen da. Ich hab' aber kaum 'nen SA-Mann gesehen, das weiß ich auch noch. Jedenfalls, wir haben uns dann da umgesehen, und dann seh' ich noch heute, daß ein paar Fensterscheiben kaputt waren, daß in dem Garten hinter dem Haus von Loeb Sachen herumlagen, unter anderem ist mir in Erninnerung, war ein Teppich, der da hochflog. Ich meine auch 'nen Sessel hätt' da rumgelegen, 'nen paar Stühle und sowas. Jedenfalls, man hatte die Sachen durch das Fenster geschmissen von oben in den freien Raum hinein, also auch in den Garten hinein. Und dann kamen die Leute da. Und die das nun sahen, die als darauf zukamen, wackelten nur mit dem Kopf und schüttelten nur mit dem Kopf, als wenn sie sagen wollten, so ein Wahnsinn, so ein Unsinn, so ein Blödsinn . . . Wir haben dann auch Ausschau gehalten nach Juden, nach Personen, die uns ja vom Aussehen her bekannt waren, denn wir kannten ja Loeb, z. B. vom Einkaufen her, wir kannten Rüdenberg. Wir haben keinen Juden da gesehen, die haben sich dann offenbar in ihre Wohnungen verkrochen, nicht wahr, und fürchteten sich vor den Angriffen der SA-Leute".

„Da die dann durch die Stadt gingen zu Juchenheim runter, gegenüber vom Vlothoer Bahnhof. Und da kann ich mich irgendwie erinnern, daß die SA-Leute wohl erst klopften, die hatten sich versteckt, dann wurde nicht geöffnet und ich meine, daß sie mit den Stiefeln dann gegen diese Tür traten, mit Gewalt und die dann aufgebrochen haben. Dann kam plötzlich Frau Juchenheim mit zwei Kindern aus dem Haus raus und ging über die Straße rüber zum Werder, zur Weser. Und ich meine, das wäre das letzte Mal, daß ich Lore Juchenheim gesehen hätte. Und dann haben die SA-Leute so gewütet im Haus. Und als das alles erledigt war, sind wir damals, wir Schüler da reingegangen und haben uns das angesehen. Und dann kam diese Geschichte, daß ich ja da auf der Erde so'n kleinen Tennisball sah, und den entweder kaputtgetreten habe oder ich habe's gewollt. Also irgendwas war mit diesem Ball. Denn diese Geschichte hat mich ja wahnsinnig verfolgt. Ich weiß nur, daß mich diese Sache so entsetzlich bedrückt hat und verfolgt hat, daß ich da drüber gar nicht zur Ruhe kommen konnte. Und ich dann erst wieder zur Ruhe gekommen bin, als ich das meiner Mutter gebeichtet hatte."

Noch nach einem halben Jahrhundert wirkt das Erschrecken über sich selbst im Gespräch nach.

Ein anderes Mädchen, damals im Vorschulalter, erlebte den Zug des Trupps zum Mosheimschen Haus in der Hochstraße. Ihr ist der Tag deshalb noch so gegenwärtig, weil sie sich ungerecht bestraft fühlte:

„Ja, ich durfte nicht hinaus, da war irgendwas, wir sollten im Haus bleiben. Ich weiß ja nur, daß ich's ungerecht empfand, dann Prügel zu bekommen, nachdem ich nun draußen stand. Da war was los, das konnte man hören, wir wohnten ja gleich da vorne. . . . Das war laut, da waren viele Leute, bestimmt 30-40 Leute, die so durch die Straßen zogen. Es war überall was los und die johlten laut und das war so, ich würde sagen, wie auf'm Fest. Wie auf 'nem Volksfest, so 'ne Stimmung. Ob die angetrunken waren, das weiß ich nicht, ob die gejohlt haben deswegen. Die sind ja gezogen von jüdischem Haus zu jüdischem Haus. Und dann flogen Betten und Kleinigkeiten an Mobiliar so aus dem Fenster. Ich seh' das wie heute noch, dieses komische Fenster, die komische Gardine, und das ist nicht etwas, was man mir erzählt hat."

„Da fällt mir ein, daß mein Vater mir erzählt hat, da wären sie bei Mosheims gewesen, und da haben sie die Oberbetten, die Federbetten aufgeschnitten und die Polster aufgeschnitten und alles kaputtgemacht, daß der alte Mosheim gesagt hätte: ‚Dann gebt's doch unseren Angestellten, wenn ihr's uns nicht lassen wollt, bevor ihr's kaputtmacht. Dann gebt's doch unseren Leuten, die schlafen unterm Strohsack'."

Ein anderer damaliger Schüler, dessen Eltern ihm und seinen Geschwistern verboten, sich dem Tumult anzuschließen, ergänzt:

„Ich war zur Schule gewesen. Und dann kam das ja: also, bei den Juden wird alles kaputtgeschlagen. Und ich kam nach Hause, ich war unten durch den Höltkebruch gekommen, bei dem Juden Speyer vorbei, und hatte das jetzt tatsächlich gesehen, komme nach Hause und sage zu meiner Mutter: ‚In der Stadt, da schlagen 'se bei den Speyer, das hab ich gesehn . . .' Da sagt meine Mutter: ‚Nein, überall, auch bei Mosheim, auch da.' Bei uns war an für sich Entsetzen. Und dann war also für mich Sendepause. Ich habe jetzt also da nicht hingehn dürfen, ich hätte das gemacht, aber ich durfte das nicht, von Familie B. hatte da keiner zu sein."

„Bei der Papierfabrik waren das durchweg Bonneberger SA-Leute, also von der übelsten Sorte, die da mit Hammer und Brecheisen dem sein wertvolles Mobiliar kaputtgeschlagen haben, da die Sachen aus'm Haus geräumt haben und da in dem Hause jetzt in der Papierfabrik alles zerschlagen ham', und danach ist er in dieses Haus unten in der Hochstraße. Da sind 'se da drin eingebrochen. Da ist es ihm noch einmal so schlecht gegangen. Und das Haus hat man restlos

unter Wasser gesetzt. Meine Mutter sagte: ‚Da sind viele da drunter gewesen, die sich bei Mosheim früher das Geld verdient hatten, daß 'se was zu essen hatten.' Und der Mosheim hatte also auch viel Rückhalt in der einfachen Arbeiterschaft. Die begriffen einfach nicht, daß ihr Betrieb so demoliert wurde."

Der Barbarei zum Trotz: Arme Leute danken den Loebs für zwar beschädigte, aber noch brauchbare Textilien:

„Meine Mutter erzählte der Nachbarin: ‚Hier, das mußt du dir angucken! Das war also 'ne ganze Reihe Anzüge, Kübler-Anzüge, das war damals eine führende Marke, für mich, für meine Schwester Kleider, 'ne Riesenmenge Damenunterwäsche, die also versaut war bis zum geht nicht mehr und dann unterhielten sich die beiden Frauen: ‚Wie können Menschen, ausgewachsene Männer so etwas tun?' Denn die hatten mit ihren SA-Leuten diese Kleider und Anzüge, soweit sie auf Puppen gewesen waren, einfach durchlöchert. Und Herr Loeb, der sich über seine Situation wohl damals im klaren war, der gab nun allen Bekannten und sagte: ‚Hier, nehmt.' Und jetzt hatten die in diese Damenunterwäsche Marmelade geschmiert, und jetzt saßen die beiden Frauen dabei und sprachen darüber: ‚Also, so eine Sauerei'. Aber ich war noch zu jung, um jetzt zu begreifen, den Hintersinn und dann weiß ich noch, dann kam die ganze Damenwäsche in so'n Kochtopf und wurde so aufgekocht und wieder gereinigt."

Unsere Gesprächspartnerin zeigt uns ein Kinderfoto. Sie hat ein hübsches Kleid an. SA-Leute hatten es mit Messern aufgeschlitzt. Es konnte aber genäht und mit Freude getragen werden.

Über Reaktionen in Familie, Schule und Freundeskreis hören wir:

„Das war also auch einigen Mitläufern oder Leuten, die keine eigene Meinung, die das so hinnahmen, denen war das also nicht mehr sehr suspekt, denen war das auch sehr unangenehm. Jeder sagte, so geht das ja nicht. Und wenn es mal nur war, daß die Materialisten meinten, wie kommt man dazu, so etwas kaputt zu schlagen, das gehört ja jemand. Es war unterschiedlich, warum man sich empörte."

„Aber das sprach sich sehr schnell herum. Und die Leute waren also doch wirklich, bis auf ganz wenige Ausnahmen, hochgradig entsetzt darüber, was sich da getan hatte."

„Wir haben das dann in der Schule zur Sprache gebracht. Und die Lehrer, die waren sehr zurückhaltend, sehr verhalten mit ihrer Äußerung, nur einer, der sagte, das wäre gar nicht schlimm, wenn's den Juden auch mal so'n bißchen an den Kragen geht. Nur einer, der war auch in der SA."

„Also was man da so empfunden hat . . . Wahrscheinlich hat man gedacht, erwachsene Menschen, wenn die sowas machen, hat's vielleicht seine Richtigkeit. Auf der anderen Seite muß man ja doch auch gefühlt haben, sonst hätte ich ja nicht so darüber gelitten, das es etwas Schreckliches war, was da geschehen war."

Soweit es sich um Vlothoer Bürger handelt, fallen für sie wenig freundliche Worte:

„Aber solche Leute waren es. Glauben 'se, wenn man 'se heute sieht oder gesehen hat nach '45, was für armselige, widerliche Charaktere es einmal waren oder diese Karrieresüchtigen, ich glaube, das waren noch schlimmere. Die anderen, die waren einfach nur primitiv, brutal, ungebildet und ich glaube, die hatten das Bild, was der Stürmer malte, das hatten die akzeptiert. Ich glaube, die wußten noch gar nicht mal, was ein Jude ist. Ich glaube, die wußten auch nichts von der Gemeinsamkeit unserer Religionen.

Was man dann in solche dummen Köpfe reingepflanzt hat. Es kam vielleicht auch auf das Elternhaus an, wie man an die Sache herangeführt wurde."

Von anderen wird erzählt:

„Diese SA-Leute da, das war der Witz, die kannte man, früher in der KPD — da will ich jetzt der KPD nicht zu nahe treten, das war dieses lumpige Gesindel. Erst waren 'se dies, dann waren 'se das, diese typischen Mitläufer, waren einige davon."

Mitunter unterstellte man den Tätern sogar ganz eigennützige Motive. Einen vor dem Geschäft Loeb wartenden SA-Mann sprach eine Passantin an:

„Was stehst du denn so rum, hast du 'nen Pfahl, daß du nicht weitergehen kannst? Du, das weiß ich, warum du hier stehst. Du stehst hier, weil du bei Loeb die meisten Schulden hast. Hast für deine vielen Blagen die Klamotten hier eingekauft, die willste jetzt nicht bezahlen . . ."

In den Monaten danach wurde das Leben für die Juden immer unerträglicher. Ein Klima der Furcht schüchterte auch jene ein, die ihnen wohlgesonnen sind. Die Drohung der Denunziation genügte:

„Da gab es den Schlachter S. in Vlotho. Also der hatte natürlich auch die Anweisung, Juden werden zuletzt bedient. Ich stand an. Willi Silberberg stand so auf dem Bürgersteig. Man rückte immer näher zu ihm auf. Der mußte ja warten, ließ die anderen vorbei. Dann kam eine Frau, irgendeine aus der Valdorfer Straße. Die holte Willi Silberberg nach vorne und sagte: ‚So Willi, jetzt bist du aber dran'. Dann sprangen vier Frauen nach vorn: ‚Wir machen Meldung bei P. (NSDAP-Ortsgruppenleiter), wenn hier der Jude bedient wird. Die haben zu warten, wir sind jetzt dran.' Und Willi Silberberg, ja der stand, der humpelte, bis zur Tür und lehnte sich mit dem Rücken an den Türpfosten. Ja Mensch, also ich hab' mich geschämt, ich hab' mich also unheimlich geschämt."

Es blieb nicht bei der Androhung von Denunzianten. NS-treuen Bürgern war nach Bestrafung zu Mute.

„Ernst Levy, der war befreundet mit meinem liebsten Onkel. Bei Delkenkamp, heute Lütke, haben die zusammen Karten gespielt. Und mein Onkel, der war in der SS, und nachdem er da gesehen wurde, daß er bei Delkenkamp mit denen Karten gespielt hat, darauf hin ham'se am nächsten Sonntagmorgen die Uniform abgeholt. Der Ernst Levy, der hat bei Rüdenberg gearbeitet."

Und die Fotos gleich zweier Vlothoer Frauen hingen im Schaukasten des „Stürmer", untertitelt mit dem gar nicht freundlich gemeinten Text: *„Frau O. kauft beim Juden."*

„Mama, du stehst in der Zeitung", berichtete unser Gewährsmann arglos zu Hause.

Und mitunter machte es wirklich krank, wenn es den Tätern gelungen war, die Opfer ihrer Selbstachtung zu berauben. Eines der früheren Patenkinder fuhr am Tag des Pogroms mit einem LKW am Haus von Frau Stern vorbei, und ihm passierte folgendes:

„Der fährt mit seinem Auto die Stadt runter, da fährt er runter an das Haus und da sieht er, jetzt sitzt die alte Frau Stern, zu der er aber von seiner Mutter geschickt wurde, um Essen zu holen, als Kind, also mit der Frau verband ihn aus dem Inneren viel, der sieht also, daß diese alte Frau . . . . . also die alte Frau sitzt also auf dem Bürgersteig und SA-Leute sind da drum rum. Und er hält an und die Frau Stern sagt: ‚Herr K., nehmen Sie mich mit'. Und die SA natürlich nicht zimperlich. Die gehen auf ihn los: ‚Wenn sie jetzt nicht gleich verschwinden'. Die drängen ihn zurück ins Auto, und die mußten abfahren.

Das hat dann also dazu geführt, daß er über Wochen krank war, er war sehr krank, so hat ihn das also erschüttert . . ."

. . . Unser Gesprächspartner hat Tränen in den Augen, die Stimme versagt ihm für einige Sekunden, als er dies erzählt. So vieles kommt dabei hoch. 50 Jahre zählen nicht! Wen wundert es, daß sein Vater jüdische Freunde nur noch unter größten Vorsichtsmaßnahmen traf:

„Dann sagte der denn: ‚Mensch, Willi Silberberg kommt um die Ecke, dann muß ich mal hinten an die Deelentür'. Vorne war ja die Haustür offen, die blieb ja immer offen; mein Vater guckte erst nach oben in die Straße, ob einer kam, und nach unten, und dann hat er denn den Willi Silberberg rein gelassen, wie er gesehen hat, daß im Moment keiner vorbeikam. Und da 'ham 'se sich dann 'ne ganze Zeit unterhalten. Das hab' ich natürlich nich' mitgekriegt, die 'ham mehr oder weniger geflüstert, is' ja klar, um die Zeit, und ich weiß auch noch, wenn mein Vater ihn dann rausließ, denn guckt er dann wieder oben hin und nach unten und sagte denn, so Willi, jetzt kannste gehn . . ."

Andere Schülerinnen und Schüler, in weniger engem Kontakt zu jüdischen Familien, nahmen die Veränderungen vorwiegend in der zunehmenden Diskriminierung ihrer jüdischen Mitschüler seitens

der Lehrer wahr. Zwiespältig erlebten sie einerseits sichtbare Ungerechtigkeiten, vermochten sich andererseits den übermächtigen Normen der Lehrer nicht zu entziehen:

„Ich kann mir kaum unsere Klasse vorstellen, aber ich kann mir vorstellen, daß Lore Juchenheim in der letzten Bank alleine saß, das hat sich mir so eingeprägt. Wenn ich auch nichts mehr weiß, das weiß ich noch, in der allerletzten Bank haben die die alleine sitzen lassen. Die waren ja älter, die haben wir nur so vom Aussehen her gekannt... Vorher also, da wußten wir wohl, daß das Juden waren, aber wir hatten keine schlechte Meinung von den Juden, allerdings allmählich setzte sich das immer mehr durch, daß eine regelrechte Kampagne gegen die Juden einsetzte. Da hatten wir uns wirklich dran gewöhnt, genau wie wir uns vorher daran gewöhnt hatten, daß die alleine gesessen hat in der Bank. Es wurde auch in den Pausen vermieden da mit denen zu sprechen, schon spielen gar nicht mehr . . . so dachten wir einfach, ja, daß hat wohl so seine Richtigkeit, das muß wohl so sein, wenn es uns auch auf der anderen Seite grauenhaft erschien, daß ein Kind alleine sitzen mußte. Aber man nahm das irgendwie hin, von den Lehrern war es auch vorgeschrieben."

Stummer Abschied

So verschwanden allmählich jüdische Mitschüler und deren Eltern zunächst aus dem Straßenbild, dann aus Vlotho. Es geschah für die Jugendlichen so nebenbei, daß sie sich im Abstand von 50 Jahren beinahe erschreckt zeigen:

„Nachher — ich muß leider gestehen, wir haben ja die Juden dann aus den Augen verloren, weil die auf der Schule nicht mehr waren. Sie hielten sich offenbar mehr oder weniger im Hintergrund auf nachher, sodaß wir sie im Straßenbild kaum mehr gesehen haben."

Lediglich Frau Stern mit einem Judenstern gesehen zu haben, erinnert sich jemand. Ansonsten:

„Wenn die plötzlich verschwunden waren, oder weggezogen waren, dann hat man hier immer ganz plausible, unterschiedliche Erklärungen. Da hatte man gesagt, die sind umgezogen, nach Amerika. Oder eventuell, die sind im Arbeitslager . . ."

Helmut Urbschat

Louis Steinberg – ein jüdisches Schicksal

Am 1. September 1942, genau drei Jahre nach Kriegsbeginn, bucht die Amtskasse Vlotho eine ungewöhnliche Einnahme:
„RM 2335 Erlös aus dem Hausinventar der abgeschobenen Juden".

Deutsche Gründlichkeit überweist dieses Blutgeld noch am selben Tag der Finanzkasse Herford.

Wer bei der Versteigerung im August 42 Louis Steinbergs Schreibtisch günstig erworben hat, wissen wir nicht. Mehr als zwanzig Jahre hat das gute Stück seinem arischen Besitzer gedient. 1965 jedoch — in der Bundesrepublik war inzwischen der Wohlstand ausgebrochen — sollte es zu Brennholz verarbeitet werden. Erst dann öffnete sich das Geheimfach, in dem der alte Steinberg aufbewahrt hatte, was ihm besonders wert und wichtig erschien. Auf Umwegen gelangten diese einmaligen Dokumente in die Hand des Berichterstatters.

Wieder zwei Jahrzehnte später sollen sie Zeugnis geben von guten und bösen Tagen eines jüdischen Bürgers in Vlotho. Vielfältig wie das Leben sind die Schriftstücke, die Louis Steinberg nicht verlieren wollte. Manches hat er vom Vater übernommen, dem Schlachter Adolph Steinberg, als ältestes Dokument dessen Meisterbrief vom 2. November 1860. Aus Kaufvertrag, Auflassungs- und Hypothekenurkunde geht hervor, daß der Vater 1875 das Haus Lange Straße 77 erworben und dort seine Schlachterei betrieben hatte. Das konnte der Einspruch mehrerer Anlieger nicht verhindern, über den am 15. Juli 1875 bei der Königlichen Regierung in Minden verhandelt werden sollte. Damals wurde auf dem Betriebsgelände geschlachtet, so mögen die Nachbarn Belästigungen aus dem Gewerbe befürchtet haben. Am 9. 8. 1875 liquidiert ein Königlicher Baurat aus Minden 30 Mark an Eisenbahnfahrtkosten und Tagegeldern für Abnahme der Steinbergschen Schlachterei. Schließlich das kurioseste Stück aus Vaters Nachlaß: Am 15. März 1888 verpflichtet sich sein Angestellter Heinrich Lohkamp schriftlich und unter Zeugen zur Abstinenz während der Arbeitszeit: „Ich erkläre, sobald ich in Steinbergs Hause besoffen oder berauscht angetroffen werde, 30 M Strafe zahlen und sofort aus dem Dienst entlassen bin".

In akkurater preußischer Kanzleischrift ist die Geburtsurkunde des Sohnes angefertigt. *„Am zweiten August 1867 Abends neun Uhr ist die Ehefrau des hiesigen jüdischen Schlachtermeisters Adolph Steinberg, Cäcilie geborere Grabe, von einem Knaben entbunden worden, welchem der Name Louis gegeben ist".* Louis ist in einer großen Geschwisterschar aufgewachsen; der Entwurf zur Erbauseinandersetzung vom Mai 1904 nennt außer ihm die Schwestern Johanna, Hedwig, Ottilie sowie die Brüder Julius und Paul. Schulzeugnisse fehlen unter den nachgelassenen Papieren. Louis wird in seiner Heimatstadt zur Schule gegangen sein. Erlernt hat er den Beruf seines Vaters. Später im Leben ist er Kaufmann gewesen.

36jährig hat Louis Steinberg geheiratet. Es war offenbar, wie bei Juden nicht selten, eine Ehe durch Vermittlung. Aus einem Brief vom 26. 3. 1903 wird deutlich, daß die Tante der Braut beim Zustandekommen dieser Verbindung tätigen Anteil genommen hat. Däubchen Thekla Arnstein, ein Jahr jünger als Louis, war wie ihr Bräutigam zu dieser Zeit schon ohne Eltern. Drei Monate vor der Trauung in Friedberg in Hessen gebraucht Thekla im einzigen Brief, den Louis aufbewahrt hat, noch das förmliche *„Sie"*. Erst am Schluß wagt sie doch zu sagen: *„Lebe Wohl bis auf frohes Wiedersehen"*. Die Ehe ist offenbar kinderlos geblieben, denn in seinem letzten Willen, beglaubigt vom Notar Erich Adriani am 2. Juni 1939, setzt Louis seine Schwester Hedwig Levi und Ottilie Blanck zu Erbinnen ein.

Seinem deutschen Vaterland hat auch Louis Steinberg im 1. Weltkrieg gedient, immerhin schon an die fünfzig Jahre alt. Ein Ehrenkreuz am schwarzweiß-roten Bande hat er aufbewahrt, das war ihm im „Namen des Führers und Reichskanzlers" noch am 8. Juli 1937 (!) vom Herforder Landrat verliehen worden.

Aus den frühen zwanziger Jahren stammen sieben Briefe des Bruders. Paul war lange vor dem Krieg in die USA ausgewandert und



Louis Steinberg –
ein Bild aus seinen guten Tagen



Von der Ortspolizeibehörde auszufüllen!

Perſonenbeſchreibung

Geſtalt: ſtark — unterſetzt — ſchlank — ſchwächlich *)

Geſichtsform: rund — länglichrund — eckig — breit — ſchmal *)

Farbe der Augen: blau — grau — graugrün — gelb — hellbraun — dunkelbraun — ſchwarzbraun *)

Farbe des Haares: hellblond — mittelblond — dunkelblond — braun — ſchwarz — rot — weiß — graugemiſcht — grau *)

Unveränderliche Kennzeichen: Hagenovadiom. rechte Mittelfinger der rechten Hand verstümmelt.

Veränderliche Kennzeichen: fehlen

Der Kennkartenbewerber iſt die durch das Lichtbild dargeſtellte Perſon.
Die Unterſchrift auf Seite 1 iſt von dem Kennkartenbewerber — von dem geſetzlichen Vertreter des Kennkartenbewerbers —*) eigenhändig vollzogen.
Folgende Zweifel beſtehen an der Perſon — hinſichtlich der deutſchen Staatsangehörigkeit — des Kennkartenbewerbers (DA Nr. III zu § 3) *) nein. [1])

Der Antragſteller hat die zu Nr. 10 des Antragsmuſters zu ſtellenden Fragen (vergl. DA Nr. II Abſ. 2 zu § 3) verneint — wie folgt bejaht *): J. R. [1])

Amt Vlotho (Dienſtſiegel)

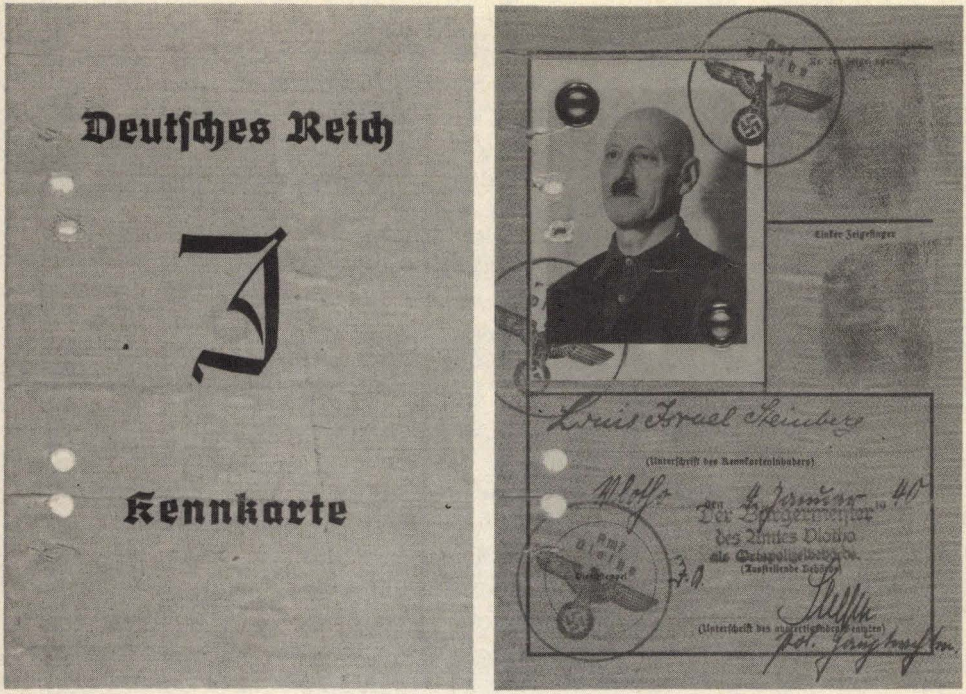
(Behörde) Vlotho den 12. September 19 4[illegible]

Der Bürgermeiſter
In Vertretung des Beamten
[illegible]

hatte in Philadelphia seine neue Heimat gefunden. Er erkundigt sich nach dem Ergehen der Vlothoer Verwandten, klagt über den miserablen Gang der Geschäfte, weiß aber zu schätzen, daß er nicht im besiegten, von der Inflation geschüttelten Deutschland leben muß. Aus dieser schlimmen Zeit hat Bruder Louis die Kontrollabschnitte von fünfundzwanzig Schecks aufbewahrt, die er zwischen dem 25. 10. 22 und dem 6. 2. 23 ausgestellt hat. Sie ergeben die horrende Summe von 1,7 Millionen Mark. *„Eure Mark ist heute auf 29 3/4 eines Cents, also fast ganz futsch. Moratorium wird wohl das nächste sein. Eurer Herr Kaiser hat viel auf seinem Gewissen. Warum lebt der Lump noch? Was hat er für sein Volk getan? Inliegender Dollar hat mehr Wert als die ganze Hohenzollernbande."*

Die väterliche Besitzung an der Langen Straße hatte Louis Steinberg, nunmehr Rentner und seit 1932 Witwer, 1934 an den Kauf-

Louis Steinberg – Bilder aus bösen Tagen der Diskriminierung: Antrag auf Judenkennkarte



Juden-Kennkarte des Louis „Israel" Steinberg

mann Rudolf Brandt verkauft. Als Alterssitz ließ er sich im Garten hinter der Mühlenstraße sein schmuckes Häuschen bauen. Eine Hypothek von 1700 RM vom 28.1.35 und eine weitere von 2300 RM vom 15.10.35 hat er wohl bei der Stadtsparkasse für seinen Bau aufnehmen müssen. Am 15. Mai 1935 konnte er einziehen.

Doch inzwischen herrschten die Nazis. Ihr Rassenhaß verschont auch den alten Mann nicht. Die *„Nürnberger Gesetze"* zwingen den 71jährigen zur Namensänderung. Diesen Vorgang umschreibt ein Rechtspfleger des Vlothoer Amtsgerichtes am 27. 12. 38 in einem Vermerk zur Geburtsurkunde, Louis Steinberg habe den weiteren Vornamen „Israel" angenommen! Sein Testament vom 31. Mai 1939 unterschreibt er jedoch ohne den aufgezwungenen Zusatz.

In den Gerichtsprotokollen des Jahres 1949 zur sogenannten Reichskristallnacht in Vlotho findet sich folgende Aussage des Wachtmeisters Friedrich K.:

„Nach einiger Zeit kam der Rentner Louis Steinberg, damals etwa 70 Jahre alt, aus der Mühlenstraße. Er war ganz aufgeregt und bat uns, wir möchten ihn als Juden doch in Schutz nehmen, er sei bange, daß man ihn totschlagen würde, wir möchten ihn verhaften. Wir haben ihn deshalb auf der Wache behalten."

Louis Steinberg hat sein *„Glück im Winkel"* demnach nicht lange genießen können. Und die *„Entjudung"* des Grundbesitzes — so der

amtliche Sprachgebrauch — macht vor dem alten Mann nicht halt. Am 2. 12. 40 muß er an Amtsbürgermeister Sappke schreiben:

„Ich beziehe mich auf die heute morgen mit Ihnen stattgehabten Aussprache und wiederhole, daß ich bereit bin, meine Wohnung zu räumen und das Grundstück zu verkaufen."

Sein Haus geht für 6500 RM an Amtsinspektor Reese, aber über sein Geld darf der Jude Steinberg nicht frei verfügen. Die Devisenstelle — Überwachungsabteilung — in Münster teilt ihm ab Januar 1940 monatlich 300 RM zu, ab April 1942 wird der Betrag auf 210 RM herabgesetzt.

Inzwischen hat sich der 74jährige bemüht, dem Schicksal seiner Glaubensgenossen zu entrinnen. Zum Zwecke der Vorlage beim Amerikanischen Konsulat in Stuttgart läßt er sich ein polizeiliches Führungszeugnis ausstellen, nur für Auswanderungszwecke und bis zum 20. Juli 1941 gültig. In dreifacher Ausfertigung wird ihm bescheinigt: die polizeilichen Listen enthalten keine Strafen. Seine Bemühungen waren jedoch vergeblich, denn seit November 1941 befanden sich Deutschland und die USA im Krieg.

Über die letzten Lebensjahre berichtet Amtsdirektor Dr. Hohenstein am 28. 6. 56 dem Landkreis Herford:

„Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist Louis Steinberg am 21. 1. 1941 von Vlotho, Mühlenstr. 5 nach Vlotho, Höltkebruchstr. 9 und am 23. 4. 1942 von dort nach Vlotho, Lange Str. 83 verzogen."

Er war in der Höltkebruchstraße Mieter des Nathan Speyer. Seine letzten Wochen in der Heimatstadt hat er in einem der sogenannten Judenhäuser zubringen müssen.

Aus dem Brief seines Schwagers Jules Arnstein, Johannesburg (Südafrika), vom 21. Januar 1947 an das Amt Vlotho:

„Weiter entnehme ich Ihrem Berichte, daß mein Schwager Louis Steinberg nebst Schwester, Frau Hedwig Levi, am 29. Juli 1942 nach dem berüchtigten KZ Theresienstadt zwangsweise verschleppt oder deportiert worden sind. Sie sagen ‚evakuiert'. Dies ist grundfalsch. Man evakuiert Personen zu ihrer persönlichen Sicherheit aus einer Gefahrenzone in ein sicheres Gebiet. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, was Terescin für die dorthin deportierten unschuldigen Menschen bedeutete. Es war sicherer Tod durch grausamste Vernichtung, eine nie dagewesene Barbarei, durch die sich das deutsche Volk mit ewig unsühnbarer Schande bedeckt hat. In Theresienstadt und Auschwitz haben nun 20 Personen meiner Familie den fürchterlichsten Tod durch die grausamen deutschen Mörder erlitten. Volk der Dichter und Denker."

Louis Steinberg wurde nach dem Krieg für tot erklärt. Als Todestag festgesetzt wurde der 8. Mai 1945. Das ist der Tag, an dem die nazistische Gewaltherrschaft in Europa zu Ende ging.

Manfred Kluge

Von Vlotho nach Auschwitz – Die Deportation der Vlothoer Juden

Die Liste der „99 Juden"

Vor 1933 war es für einen Bürger in Deutschland von untergeordneter Bedeutung, ob er ein Jude war oder nicht. Ab 1933 wurde dieses Merkmal zu einem im wahrsten Sinne lebensentscheidenden Faktum. Dabei stellte sich die Frage, wer eigentlich ein Jude war. Der Begriff bezieht sich zunächst auf die Religionsgemeinschaft. Jude ist demnach, wer sich zum Judentum als Glaubenslehre bekennt. Da aber die jüdische Religion von ihrem Ursprung her die Stammesreligion des Volkes Israel war, schließt der Begriff *„Jude"* auch die Abstammung von diesem Volke ein. Die nationalsozialistische Rassenideologie definierte den Juden von der Abstammung her. So kam es zu den rassistischen Begriffsbildungen wie *„Volljude"*, *„Halbjude"* oder *„Mischling"*. Allerdings konnten die Rassentheoretiker keine genetischen Kriterien aufweisen, nach denen man einen Juden von einem Nichtjuden definitiv hätte unterscheiden können.

Die Unsicherheit, wer denn als Jude zählt, macht sich auch in den Statistiken bemerkbar. Bemerkenswert ist, daß bei einer Volkszählung im Juni 1933 noch derjenige als Jude gezählt wurde, der Glaubensjude war! Nach dieser Volkszählung lebten in Vlotho 65 Juden bei einer Wohnbevölkerung von 5.444 (= 1,2% — Reichsdurchschnitt 0,8%). Zur Synagogengemeinde zählten erheblich mehr Personen, denn Bad Oeynhausen gehörte zur Vlothoer Gemeinde (nach Meynert: 144 Mitglieder).

Eine weitere Statistik über jüdische Einwohner liegt uns in Form einer Liste vor, die unmittelbar nach Kriegsende aufgrund alliierter Anweisung vom Amt Vlotho angefertigt werden mußte. Sie erfaßt — noch in der Sprache des 3. Reiches — alle *„Volljuden, die von 1933 bis 1945 in hiesigem Amtsbezirk gelebt haben"*. Sie ist vom damaligen Beigeordneten Lücking, der in den ersten Nachkriegswochen als Bürgermeister eingesetzt war, am 31. August 1945 erstellt worden. Sie enthält die Namen 99 jüdischer Einwohner, mit Bemerkungen über ihren Verbleib, was den eigentlichen Sinn dieser Liste ausmacht.

Denn dies ist der erste Versuch der Besatzungsmacht, Licht in das dunkelste Kapitel der Naziherrschaft zu bringen

Als Statistik über die Anzahl der in Vlotho lebenden Juden ist sie nicht geeignet, da sie nicht von einem Stichtag ausgeht, sondern alle in Vlotho weilenden jüdischen Personen in der Zeit von 1933—45 erfaßt, ohne die Abgänge gegenzurechnen. Insofern kann die Zahl 99 nicht als Anzahl der jüdischen Einwohner gelten. Auch werden in der Liste die Namen von jüdischen Personen erfaßt, die nur kurzfristig in Vlotho weilten, aber wegen der Meldevorschriften für Juden in der Meldekartei registriert wurden.

Trotzdem soll die Liste der 99 Juden Grundlage unserer Auswertung sein, denn sie enthält wichtige Angaben über Umzüge, Auswanderungen und über die Deportationen. Insofern ist sie die Schicksalsliste der Vlothoer Judenschaft.

Auswanderungen und Binnenwanderung

Die große Unsicherheit, die die jüdischen Bewohner erfaßt hatte, zeigt sich in den vielen Umzügen in Deutschland und der Auswanderungswelle.

Die ersten Auswanderer in den Jahren 1933—35 suchen in den benachbarten Niederlanden eine Zuflucht, sicher in der Hoffnung, bei Besserung der Verhältnisse in Deutschland schnell wieder in die alte Heimat zurückkehren zu können. Es ist eine besondere Tragik, daß diese Menschen, die zum Teil sehr früh ihre Gefährdung erkannt hatten, im holländischen Exil vor den deutschen Häschern nicht sicher waren. 1936/37 wandern die ersten Vlothoer nach England und Übersee aus. Das Jahr 1939 bringt — nach dem Schock des Novemberpogroms 1938 — die höchste Auswandererrate: 10 Vlothoer sehen für sich in Deutschland keine Zukunft mehr und entschließen sich zur Auswanderung aus der Heimat. J. Meynert, der Untersuchungen darüber für die Region Minden-Ravensberg angestellt hat, konstatiert für 1939 eine *„Massenflucht"* jüdischer Familien (Meynert, S. 265 f.).

Nach Ländern stellt sich die Auswanderung aus Vlotho wie folgt dar:

in die Niederlande:	9
nach Großbritannien:	7
in die USA:	6
nach Südamerika:	5
nach Shanghai/China:	1
insgesamt ausgewandert:	28

Einzelheiten können der folgenden Tabelle entnommen werden. Sie stellt im Gegensatz zur späteren Opferliste die Liste der *geretteten* Juden dar. Die in die Niederlande ausgewanderten Bürger wurden hier nicht aufgenommen, da sie zum großen Teil doch Opfer der NS-Verfolgung wurden.

Liste der in sichere Länder ausgewanderten Vlothoer Juden 1933—1940

Name, Vorname	damaliger Beruf	Wohnung	ausgewandert nach / Datum
01. Grundmann, Gustav	Kaufmann	Lange Str. 44	Groß-Britannien (GB) 30.3.39
02. Grundmann, Hedwig	Hausfrau	Lange Str. 44	GB 30.3.39
03. Grundmann, Rudolf	Kaufmann	Lange Str. 44	GB 30.3.39
04. Grundmann, Hans	Arzt	Lange Str. 44	GB 28.8.36
05. Grundmann, Margarete	Zahnärztin	Lange Str. 44	GB 28.8.36
06. Grundmann, Richard	Volontär	Bonneberg 16	Fortworth/USA 20.10.37
07. Grünbaum, Jakob	Kaufmann	Lange Str. 16	Brooklyn/USA 20.6.38
08. Heller, Moses	Lehrer	Lange Str. 16	New York/USA 1.11.37
09. Heller, Thekla	Hausfrau	Lange Str. 16	New York/USA 1.11.37
10. Heller, Lore	ohne Angabe	Lange Str. 16	New York/USA 1.11.37
11. Kupferberg, Fritz	Verkäufer	Lange Str. 16	Argentinien 17.8.38
12. Levy, Ernst	Kfm. Angestellter	Lange Str. 16	GB 1.8.39
13. Loeb, Hans Stephan	Kaufmann	Lange Str. 104	USA August 1938
14. Marcus, Ernst	ohne Angabe	Lange Str. 78	Shanghai/China 31.5.39 / später: USA
15. Moggendorff, Walter	Kfm. Angestellter	Höltkebruch-straße 9	verzogen nach Vreden/ später: Montev./Urug.
16. Mosheim, Herbert	Ingenieur	Hochstr. 8	GB 1.8.39
17. Simon, Adolf	Kaufmann	Höltkebruch-straße 9	Brasilien 25.11.40
18. Simon, Elfriede	Hausfrau	Höltkebruch-straße 9	Brasilien 25.11.40
19. Simon, Alfred	Kaufmann	Weserstr. 8	Sao Paulo/Brasilien 25.9.36

Die Bedrohung in Deutschland führte dazu, daß die Vlothoer Juden wie vor 2000 Jahren das Volk Israel in alle Welt verstreut wurden.

Es darf allerdings nicht der Eindruck entstehen, die jüdischen Bürger hätten sich leicht zur Auswanderung entschlossen. Schon die Tatsache, daß viele erst 1939 auswanderten, nachdem man den Juden in Deutschland jegliche wirtschaftliche Existenzmöglichkeit genommen hatte und ihre Gefährdung offensichtlich war, spricht dagegen. Die jüdischen Bürger — gerade in unserer Region und auch in unserer Stadt — waren so weit integriert, daß der Entschluß zur Auswanderung nur der letzte Weg war, um noch Bedrohlicherem zu entgehen. Von Hans Loeb wissen wir, daß sein Vater die Entscheidung zur Auswanderung lange aufschob, immer in der Hoffnung, daß sich die Verhältnisse in Deutschland wieder normalisieren könnten. Schließlich hatte er das Geschäft erst 1913 gekauft und sich hier eine Existenz aufgebaut. Erst nachdem am 10. November 1938 sein Geschäft zerstört worden war, war er innerlich zur Auswanderung bereit. Für ihn, seine Ehefrau und Tochter war es — wie für viele andere — zu spät. Die volle Integration in die Gesellschaft und eine verständliche Fehleinschätzung der Politik Hitlers führten oft zu einem verhängnisvollen Hinausschieben der Auswanderungsentscheidung.

Neben den Auswanderungen vollzieht sich in der Zeit von 1933 bis 1940 eine starke Binnenwanderung in Deutschland. Viele Juden ziehen aus der Kleinstadt in die Großstadt, vielleicht, um in der Anonymität der Großstadt mehr Schutz zu finden. So ziehen Vlothoer ins Ruhrgebiet, nach Hannover oder in andere deutsche Großstädte. Daß z. B. in der Freien Hansestadt Hamburg ein viel liberaleres Klima gegenüber den Juden herrschte, konnte Hans Loeb erfahren, der 1934 von Vlotho nach Hamburg ging, um dort eine kaufmännische Lehre zu absolvieren.

Die Erfassungsliste vom 31.8.45 weist 38 Umzüge nach Orten in Deutschland auf. Die Vlothoer Judenschaft reduzierte sich durch Auswanderungen und Umzüge bis 1941 auf 25 Personen. Darunter waren viele ältere Bürger, die wohl die Kraft für einen Neuanfang nicht mehr aufbringen konnten.

Hitlers Rassenideologie und die „Endlösung"

Der Antisemitismus Hitlers mit seiner Theorie von der Ungleichheit der Menschen gipfelte in der Feststellung, der Arier sei als *„Herrenmensch"* berufen, die Welt aus den Fängen des Juden, des *„Untermenschen"*, zu befreien. So ist in Hitlers *„Mein Kampf"* die Vernichtung des jüdischen Volkes vorausgedacht. *„Siegt der Jude über die*

Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein. So glaube ich im Sinne des allmächtigen Schöpfers (!) zu handeln: indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn." Aus diesen schauerlichen Worten Hitlers in *„Mein Kampf"* spricht sein Sendungsbewußtsein, das schließlich zum größten Verbrechen der Weltgeschichte führte .

Aggressiver Antisemitismus war Grundlage der NS-Partei- und später NS-Staatsideologie. Alle Maßnahmen der Diskriminierung und Entrechtung der jüdischen Menschen sind Folgerungen einer in die Tat umgesetzten verbrecherischen und menschenverachtenden Ideologie. Der Gedanke, alle Menschen jüdischer Abstammung mit Hilfe der Staatsorgane umzubringen, konnte aber wohl nur im Schatten des Krieges aufkommen. Zwar hatte Hitler schon am 30. Januar 1939 — also vor Ausbruch des Krieges — erklärt: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa . . ."* Den förmlichen Befehl zur Vernichtung der Juden hat Hitler nach neueren Forschungen im Sommer oder Herbst 1941 gegeben (Meynert, S. 371). In der berüchtigten Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 wurden dann folgerichtig *„die organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage"* erörtert. Anstelle der Auswanderung wird nun ausdrücklich die *„Evakuierung der Juden nach dem Osten"* geplant, wobei die Vernichtung der Menschen durch übermäßigen Arbeitseinsatz z.B. beim Straßenbau vorgesehen wird. Dann heißt es in zynischem Protokolldeutsch:

„Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen . . ." (Wannsee-Protokoll v. 20. 1. 1942).

Die Mitwirkung unterer Dienststellen

Mit diesem größten Mordkomplott der Geschichte war auch das Schicksal unserer jüdischen Bürger in Vlotho, die sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, beschlossen. Der *„Führer"* hatte es befohlen. Die Ausführung aber lag in den Händen vieler kleiner Befehlsempfänger und Mittäter, von denen sicher viele auch ahnungslos Handlanger einer bis dahin undenkbaren Massenvernichtungsaktion wurden. Über die Verantwortung der unteren Dienststellen schreibt Joachim Meynert:

„Das Reichssicherheitshauptamt lieferte zwar die ‚Richtlinien zur technischen Durchführung' und traf auch die grundsätzlichen Ent-

scheidungen, überließ aber die Abwicklung der Deportationen den Gestapoleitstellen mit ihren Außenstellen. Die Stapo Bielefeld bekam also aus Münster die Order, alle notwendigen organisatorischen Schritte einzuleiten, um für einen reibungslosen Deportationsverlauf zu sorgen. Zu diesem Zwecke zitierte der Leiter der Gestapo Bielefeld Ernst D. die politischen Sachbearbeiter der Landratsämter und kreisfreien Städte in seine Dienststelle, um ihnen persönlich ihre organisatorischen Funktionen im Rahmen des Deportationsprozesses darzulegen. Die Besprechungsteilnehmer erhielten eine schriftliche Anordnung, in der alle Maßnahmen aufgeführt waren, die von den jeweiligen beteiligten Behörden im Wege der Amtshilfe durchzuführen waren. In diesen Anordnungen waren auch Namen und Personalien der zu deportierenden Juden enthalten" (S. 372).

Es muß also davon ausgegangen werden, daß die personellen Entscheidungen über die zu Deportierenden nicht auf oberer, sondern eher auf der unteren Ebene gefallen sind. So konnten in Einzelfällen auch Personen von der Deportation zurückgestellt werden.

Meynert beschreibt in seinem Buch weiter das Mitwirken der Kreis- und Kommunalbehörden bei diesem staatlich angeordneten Verbrechen:

„Den von der Gestapo instruierten Oberbürgermeistern und Landräten sowie den nachgeordneten Kommunalbehörden oblag die in den ‚Richtlinien' formulierte Abwicklung der vermögensrechtlichen Aufgaben, die örtlichen Verhaftungen und die Überstellung der Juden in die Sammelstellen nach Bielefeld . . . Diese ‚vorbereitenden Maßnahmen' wurden in der Regel von der Kriminal- und Schutzpolizei durchgeführt. Auf den Dörfern lebende Juden wurden von den örtlichen Gendarmen in Gewahrsam genommen und zumeist im Kastenwagen zu einem Sammelpunkt in die nächstgrößere Stadt oder Gemeinde überführt." (Meynert, S. 376).

Die Deportationsrichtlinien

Die schon erwähnten Richtlinien für die Deportation sind in einem Dokument aus Bielefeld überliefert.

Die *„Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Münster — Außendienststelle Bielefeld"* weist unter dem 20. März 1942 Landräte und Oberbürgermeister wie folgt an:

„Am 31.3.42 werden aus dem Bezirk der Staatspolizeistelle Hannover 1000 Juden nach dem Osten evakuiert. Aus dem ehemaligen Bezirk der Staatspolizeileitstelle Bielefeld . . . sind für den Abtransport 325 Juden zu stellen. Die zu stellenden Juden aus den einzelnen Kreispolizeileitbezirken sind in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführt. Die Kreispolizeibehörden haben folgendes zu veranlassen:

1. *Die zur Abschiebung bestimmten Juden sind am 30.3.42 in ihren Wohnungen abzuholen und am gleichen Tage bis spätestens 12.00 Uhr nach Bielefeld zum Kyffhäuser (Am Kesselbrink), Großer Saal, zu überführen. Die begleitenden Exekutivbeamten haben die Überführung in Zivilkleidung vorzunehmen. Die Transporte sind möglichst mit der Eisenbahn durchzuführen.*
2. *Vor dem Verlassen der Wohnungen der Juden hat ein Beamter das vorhandene Bargeld, Wertgegenstände (Schmuckstücke, Gold- und Silbersachen, auch goldene Uhren) — außer den Eheringen — einzuziehen . . .*
3. *Vor dem Verlassen der Judenwohnungen ist darauf zu achten, daß das Gas und Wasser abgestellt und das Licht ausgeschaltet ist (Verdunkelung!). Lebendes Inventar ist von dort aus unterzubringen. Kosten dürfen nicht entstehen.*
4. *Unmittelbar nach dem Verlassen der Wohnungen sind die Judenwohnungen zu versiegeln . . .*
5. *Bei Einlieferung im Auffanglager dürfen die Juden nur im Besitze ihrer Kennkarte sein. Alle anderen Papiere sind in der Wohnung zurückzulassen . . .*
6. *Die für die Evakuierung vorgesehenen Juden sind angewiesen, 25 kg Gepäck mitzunehmen. Außerdem dürfen für 2 Tage Verpflegung mitgenommen werden . . . Es ist den Juden auch zu gestatten, daß sie sich bis zu zwei Schlafdecken, die aber in dem Gewicht von 25 kg enthalten sein müssen, mitnehmen dürfen.*
7. *Bei dem Transport nach Bielefeld ist darauf zu achten, daß die Juden sich keine Erkrankungen durch Transport mit offenen Verkehrsmitteln zuziehen, da die Juden bei ihrem Eintreffen im Osten voll arbeitsfähig sein müssen . . .*"
(Meynert/Schäffer, Dok. 41, S. 187).

Das Dokument zeigt, wie die Deportation mit deutscher Gründlichkeit vorbereitet wurde. Der Punkt 7 diente zur Täuschung und zur Tarnung des eigentlichen Zweckes des Transportes, denn das Ziel war ja die Vernichtung der jüdischen Menschen, auf welchem Wege auch immer.

Die Sprachregelung für die Judendeportationen lautete durchweg *„Evakuierung"*, was eine bewußte Verschleierung des eigentlichen Sachverhaltes war. So sprach man in jener Zeit mit Recht von Evakuierung, wenn man Einwohner der bombengefährdeten Großstädte auf das sichere Land brachte. Auch in der Liste des Amtes Vlotho, die drei Monate nach Untergang des Dritten Reiches erstellt wurde, wird die Sprachregelung *„evakuiert"* statt *„deportiert"* beibehalten. In der Meldekartei wird zumeist der Begriff *„ausgewiesen"* verwandt. Mit Recht hat ein jüdischer Bürger bei der Stadt Vlotho wegen des mißbräuchlichen und verharmlosenden Gebrauchs des Wortes „evakuiert" protestiert (s. Artikel über Louis Steinberg, S. 110).

Die Deportation der Vlothoer Juden

In drei Transporten sind die in Vlotho verbliebenen 25 jüdischen Einwohner deportiert worden. Zuvor waren die meisten von ihnen in den Häusern Lange Str. 81 und 83 zusammengepfercht worden. Daher erscheinen in der amtlichen Liste diese Wohnungen als letzte Anschrift.

Die erste Deportation fand am 10.12.1941 statt. *Alwin Juchenheim* mit seiner Ehefrau *Paula* und den Kindern *Lore* (15 J.) und *Hans* (13 J.) wurden nach Bielefeld gebracht. Dort wurden aus dem „Stapobezirk Bielefeld" 400 Personen zu einem Transport, der insgesamt ca. 1000 Personen umfaßte, zusammengestellt. Nach den Untersuchungen von J. Meynert handelte es sich bei diesem Transport durchweg um Personen unter 65 Jahren. Ziel des Transportes soll Riga gewesen sein. Die Familie Juchenheim muß dann getrennt worden sein. Paula und Lore Juchenheim gelten in Stutthof bei Danzig als verschollen. Alwin und Hans Juchenheim sind im KZ Dachau bei München verstorben, Hans J. verstarb noch einen Monat nach der Befreiung des Lagers, wahrscheinlich an den Folgen der Internierung.

Am 28./30.3.1942 wurden folgende Personen aus Vlotho verschleppt:

Erich Grundmann
Dora Grundmann
Magdalene Grundmann
Gerda Mosheim
Nathan Speyer
Henriette Speyer
Erna Speyer
Emmi Speyer
Leonie Warschauer
Gertrud Windmüller mit Tochter Ruth (5 J.)

Ziel dieses Transportes war Warschau.

Auffällig ist, daß die Schicksale dieses Deportationszuges bis heute unaufgeklärt geblieben sind. Alle Vlothoer gelten als *„unbekannt verschollen"*, in einem Fall mit dem vagen Hinweis *„im Osten"*.

Am 29. Juli 1942 wurden schließlich die letzten jüdischen Bürger aus Vlotho abgeholt. Die amtliche Liste vom 31.8.45 registriert folgende Personen als *„evakuiert"*:

Samson Heynemann
Hedwig Heynemann
Hedwig Levy
Moses Mosheim
Oskar Rosenwald
Louis Steinberg
Rebekka Silberberg
Willi Silberberg
Henny Silberberg
Jutta Silberberg

Es waren überwiegend alte Menschen, so der greise Samson Heynemann im Alter von 82 Jahren, die 81jährige Rebekka Silberberg oder der 75jährige Louis Steinberg. Eine Ausnahme sind das Ehe-

paar Willi und Henny Silberberg mit ihrer 15jährigen Tochter Jutta, genannt Marianne.

Henny und Jutta (Marianne) Silberberg haben als einzige Deportation und Lageraufenthalt überlebt. Mit Frau Marianne Gottesman-Silberberg, die heute in den USA lebt, haben wir auch die einzige authentische Augenzeugin, die über die Deportation und den Leidensweg Vlothoer Juden Aussagen machen kann.

Über die Deportation ihrer Familie berichtet sie uns in einem Brief:

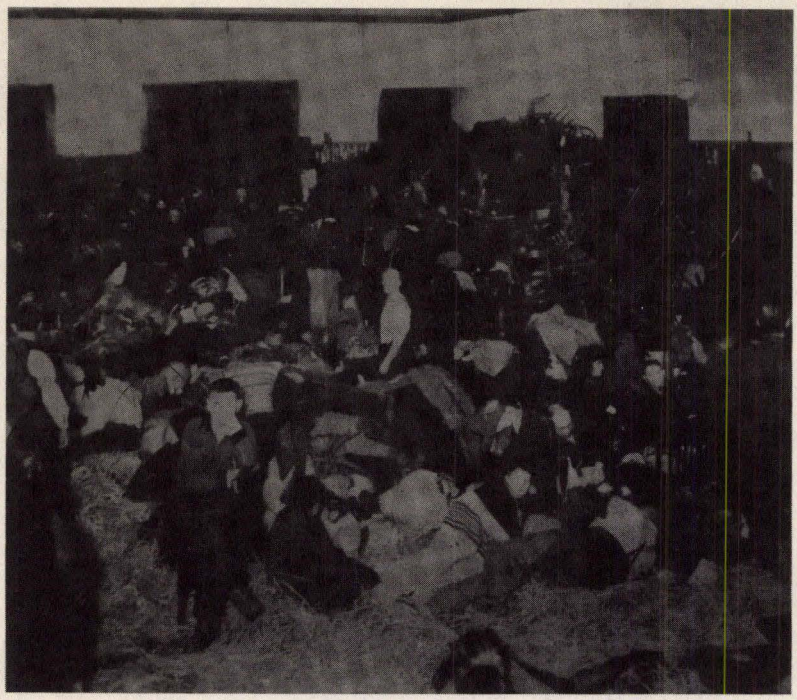
„Am 29. Juli 1942 wurden wir — wie ich mich erinnere — vor unserem Haus, Lange Straße 81, mit einem Lastwagen abgeholt. Vlothoer Polizei, zwei SS-Männer und eine Gestapoperson haben uns bis Bielefeld zum ‚Kyffhäuser' begleitet. Meine Großmutter, Rebekka Silberberg, damals im hohen Alter von 81 Jahren, drehte sich noch einmal um und sagte: ‚In diesem Hause habe ich fünf Kinder geboren, jetzt verschleppt man uns. Ich habe immer gehofft, auch hier im Hause zu sterben . . .'"

Im übrigen verweist Frau Gottesman auf das Buch von Karla Raveh-Frenkel, einer ehemaligen Lemgoerin, die mit ihr befreundet war und bis Auschwitz den gleichen Schicksalsweg hatte. Das Buch von Karla Raveh-Frenkel *„Überleben — Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo"* ist somit auch ein Dokument über das Schicksal Vlothoer Juden.

Über das Sammellager im *„Kyffhäuser"* schreibt Karla Raveh-Frenkel aus der Sicht eines damals 15jährigen Mädchens:

„Inzwischen wußten wir schon, daß wir erst nach Bielefeld fuhren. Dort angekommen, brachten sie uns in einem großen Haus unter; das Haus hieß ‚Kyffhäuser'. Man führte uns in einen großen Saal mit Stühlen, aufgestellt wie im Kino oder Theater. Dort saßen schon andere Leute. Der Saal wurde bis zum Abend ganz voll. Dann hieß es ‚Ruhe', und alle Namen wurden aufgerufen. Jeder mußte aufstehen und ‚hier' rufen. Als der Name meines kleinen Bruders kam, hob meine Mutter ihn hoch. Dieses Bild werde ich auch nie vergessen. Es sollten sich noch viele, viele traurige Bilder in meinem Gedächtnis einprägen! Es wurde immer später an dem Abend, die Leute wurden todmüde nach dem schweren Tag. Man ließ uns einfach auf den Bänken sitzen. Da und dort schlief jemand sitzend ein, und es gab auch einige Ohnmächtige und Kranke. Man rief nach einem Arzt, man wurde immer unruhiger. Dann faßte mein Vater Mut und bat um ein Zimmer für seine Familie und, oh Wunder, man gab uns einen großen Raum, ganz leer. Da machten wir es uns so bequem wie möglich auf dem bloßen Fußboden und nahmen noch einige Bekannte mit in diesen Raum. Später, als die Gestapo verschwand, suchte sich jeder eine Ecke, wo er sein müdes Haupt hinlegen konnte . . .

Die Nacht war lang und nicht leicht. Wenn ich mich nicht irre, gab es einen Toten. Es hieß, er habe irgend etwas mit dem Herzen gehabt.



Über das Sammellager „Kyffhäuser" in Bielefeld wurden auch die Vlothoer Juden deportiert, hier eine Aufnahme vom ersten Transport im Dez. 1941. (Stadtarchiv Bielefeld, nach Meynert/ Schäffer, S. 199)



Der Deportationszug nach Riga unmittelbar vor der Abfahrt. Die Vlothoer Familie A. Juchenheim gehörte zu den Deportierten, 13. Dez. 1941. (Stadtarchiv Bielefeld, nach Meynert/ Schäffer, S. 206)

In Bielefeld gab es noch eine kleine jüdische Gemeinde. Sie mußten für uns sorgen, sie kochten ein Eintopfgericht und brachten uns Getränke. Es gab in Bielefeld noch ein großes Haus, welches als sogenanntes ‚Auffanglager' diente. Ich wurde mit noch einigen jungen Leuten dort hingeschickt, um etwas zu holen. Da traf ich auch eine Freundin aus Vlotho und ihre Verwandte. Wie auch bei uns, saßen sie da und warteten bangend, was das Schicksal uns weiter bringen würde . . .'' (Raveh-Frenkel, S. 19).

Der Zug, bestehend aus Personen- und Viehwagen, verließ am 31. 7. 1942 Bielefeld. Einen Tag später kam er in Theresienstadt (Tschechoslowakai) an.

Obwohl das Konzentrationslager Theresienstadt eher ein Durchgangslager war und von den Nazis sogar als Musterlager propagandistisch dargestellt wurde, waren Versorgung und hygienische Umstände auf Vernichtung angelegt. Karla Raveh hat darüber ausführlich berichtet. Gerade die vielen alten Leute, die keinen Lebensmut mehr hatten, wurden in kurzer Zeit dahingerafft.

Samson Heynemann stirbt schon 14 Tage nach seiner Ankunft in Theresienstadt, Hedwig Levy nimmt sich bald das Leben. Moses Mosheim und Rebekka Silberberg versterben innerhalb eines halben Jahres. Für die Überlebenden geht der Leidensweg weiter: nach Minsk oder — Auschwitz.

So steht der Name *Auschwitz,* der zum Symbol der Massenvernichtung geworden ist, auch in Verbindung mit unserer Stadt. Die Opferliste der Vlothoer Juden weist viermal den Namen Auschwitz als letzten Deportationsort, also Todesort, auf. So hat die *„Todesfabrik''* — wie Auschwitz genannt wurde — auch Vlothoer Opfer gefunden.

Über ihre Ankunft in Auschwitz schreibt Karla Raveh-Frenkel:

„Als wir nach zwei Tagen und zwei Nächten früh morgens einen Ruck verspürten und der Zug anhielt, verstanden wir, daß wir das Ziel erreicht hatten. Es war still, und nichts geschah. Einer von den Jungens hatte ein Taschenmesser; er bohrte ein Loch in die Wand, und sie schauten einer nach dem anderen hinaus: sie sagten, viel könnten sie nicht sehen, aber es gäbe große Kamine, also ein Zeichen, daß es hier Fabriken gäbe, und sie brauchten uns zur Arbeit. Es dauerte nicht lange, da wurden die Türen förmlich aufgerissen. Gestalten in gestreiften Anzügen riefen: ‚Alle raus, nichts mitnehmen, alle raus, alles drinlassen, schnell, schnell' mit einer Panik, die die Leute vor Angst zur Eile antrieb . . .

Das Lager sah öde und trostlos aus, Stacheldraht statt Bäume, schlammiger Boden anstatt Gras und dann im Hintergrund die großen Kamine ‚der Fabriken', von denen der Rauch weißgrau in die Wolken stieg . . . (S. 47)

Als wir in den ersten Tagen alte Häftlinge fragten, was für Fabri-

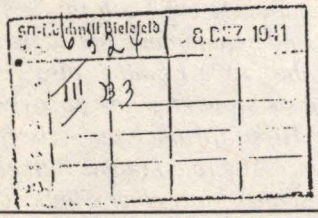
SD Aussenstelle Minden. Minden, den 6.Dez.1941
Sch.

Betr.: Einstellung der Bevölkerung zur Evakuierung der Juden.

Die inzwischen zur Tatsache gewordene Evakuierung der Juden aus dem hiesigen Bereich wird in einem grossen Teil der Bevölkerung mit grosser Besorgniss aufgenommen. Dabei sind zwei Gesichtspunkte die den Leuten am meisten am Herzen liegen. Einmal vermuten sie, dass dadurch den vielen Deutschen im noch neutralen Auslande, besonders in Amerka wieder neues Leid zugefügt werden könnte. Man weisst dabei wieder auf den 9.Nov.1938 hin, der uns auch im ganzen Auslande mehr geschadet habe, als er uns hier im Inlande genutzt habe.

Der zweite Punkt ist der, dass es doch wohl sehr bedenklich sei, jetzt im Winter mit allen seinen Gefahren die Leute ausgerechnet nach dem Osten zu verfrachten. Es könnte doch damit gerechnet werden, dass sehr viel Juden den Transport nicht überständen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass die jetzt evakuierten Juden doch durchweg Leute wären, die seit ewigen Jahren in hiesiger Gegend gewohnt hätten. Man ist der Ansicht, dass für viele Juden diese Entscheidung zu hart sei. Wenn auch diese Meinung nicht in verstärktem Masse festzustellen ist, so findet man sie aber doch in einem grossen Teil gerade unter den gut situierten Kreisen. Hierbei sind auch wieder die älteren Leute die überwiegende Anzahl.

Seitens der Volksgenossen die die Judenfrage beherrschen, wird die ganze Aktion jedoch absolut bejaht. Man stellt dem gegenüber das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl heraus, dass sich doch immer wieder gezeigt habe. Als der Führer gemerkt h habe, dass den Deutschen ins Russland eine Gefahr drohte, sei er sofort dazu übergegangen, diese alle ins Reich zurückzuholen. Der Jude hätte ja ein gleiches seit 1933 auch tun können, dann wäre diese Aktion heute nicht mehr erforderlich.



SS - Untersturmführer.

Dieser Bericht des SS-Sicherheitsdienstes Minden zeigt, daß die Judendeportationen von der Bevölkerung sehr kritisch aufgenommen wurden.

ken das seien, mit den großen Kaminen, sagten sie vielwissend oder auch ironisch brutal, — das sind keine Fabriken, dort brennen ‚eure Leute', die mit euch im Transport waren . . .'' (Raveh-Frenkel, S. 51)

Auch Marianne Gottesman war bereit, uns einige Eindrücke über Auschwitz mitzuteilen, die die Schilderungen Karla Ravehs ergänzen:

„Große elektrische Stacheldrähte sind um uns herum. Wir laufen durch aufgeweichte Schlammstraßen . . . Auf einmal sehen wir Hunderte von Kinderwagen hinter dem Zaun aufgestapelt. Leise flüstert uns eine Wache zu, daß die Kinder schon im Kamin wären. Und später — nach der Inspektion — würden auch welche von uns . . . Wir wurden von großer Angst befallen. Wir wollten doch alle noch leben. Unsere Mütter und Väter waren noch jung. Wir Jüngeren waren trotz der in Theresienstadt verbrachten Jahre noch halbe Kinder.

Jetzt sind wir in der Baracke angekommen — ein alter, leerer Pferdestall. SS-Männer und -Frauen kommandieren. Man nimmt mir meine Mutti weg, sie muß auf die Seite gehen, wo schon einige kränkliche, nackte Frauen stehen. Bis jetzt hatte ich mich zusammengenommen. Eine innere Wut, Zorn und ein fürchterliches Angstgefühl befallen mich. Meinen Vater hat man schon von uns genommen. Der rauchende Kamin steht mir vor Augen. Mutti, dich sollen die nicht kriegen, denke ich. Ich gehe zu meiner Mutter und sage ihr, sie solle sich noch einmal ganz hinten anstellen. Sie paßte auf, wenn sich die SS-Leute unterhielten und mit anderen beschäftigt waren. Und tatsächlich — sie schaffte es. Sie kam durch.

So war es. Man kann nur von Bestimmung und Glück sprechen, daß man dieses Inferno überlebte . . .''

Ihr Vater, Willi Silberberg, aber wurde bereits am Tage der Ankunft in Auschwitz zur Vernichtung selektiert.

Der Tod stand auch den Überlebenden täglich vor Augen. Marianne Gottesman berichtet über ein Ereignis, bei dem sie ihren eigenen Tod bereits erahnte:

„Man holte meine Mutter und mich zusammen mit 98 anderen Frauen und Mädchen aus dem Appell. Man führte uns durchs Lager in eine sogenannte Sauna. Ein Gefühl, daß man nie vergessen kann! Jetzt gehen wir alle in den Tod . . . Plötzlich war all meine Angst vorbei. Ich tröstete mich: Mutter und all die anderen waren bei mir. Das Trostgefühl, nicht allein sterben zu müssen, war die Beruhigung.

Aber es war tatsächlich eine Sauna, eine Dusche. Nochmals wurde uns der Kopf geschoren. Man gab uns dieselbe Kleidung und die Holzschuhe zurück. Man führte uns dem Bahnwagen entgegen. Wir sahen auf einmal cirka 100 Männer in einem zweiten Waggon. Wir erkannten einige von Theresienstadt. Wir wurden in ein Arbeitslager gebracht: die Männer nach Groß-Rosen, wir in ein Außenkommando von Groß-Rosen, nach Merzdorf in Niederschlesien. Im Mai 1945 wurden wir dort von der russischen Armee befreit . . .''

Am 20. Oktober 1945 telegrafiert der Vlothoer Amtsbürgermeister: *„Henny und Marianne Silberberg aus dem Konzentrationslager Auschwitz soeben zurück".* Sie sind die einzigen Überlebenden aller 25 aus Vlotho Deportierten. Henny und Marianne Silberberg bleiben aber nur zwei Jahre hier, um dann Deutschland, das ihre Heimat nicht mehr sein kann, endgültig zu verlassen.

Bitterkeit spricht auch aus den ersten Briefen, die Marianne Gottesman nach Kontaktsuche durch Mitglieder der Mendel-Grundmann-Gesellschaft nach Vlotho schreibt. Im Jahre 1988, als die Stadt Vlotho die ehemaligen jüdischen Bürger aus Anlaß des 50. Jahrestages des Novemberpogroms 1938 in die alte Heimat einlädt, heißt es in einem ihrer Briefe: *„Leider ist alles die Wahrheit und nach all diesen verflossenen Jahren, glaube ich, es wäre gestern gewesen — oder nur ein böser Traum . . . Aber im Leben ändert sich viel, ich habe gelernt, mit der Vergangenheit fertig zu werden."*

Die Opferliste der Vlothoer Judenschaft

Die Katastrophe, die die Vlothoer Juden betroffen hat, ist mit dem bisher Dargestellten nicht voll erfaßt. Wir haben erwähnt, daß viele jüdische Familien und Einzelpersonen Ende der 30er Jahre Vlotho in Richtung Großstädte verlassen. Es gelingt ihnen aber nicht, sich in Sicherheit zu bringen. Sie wurden von dort aus deportiert. Auch die nach Holland ausgewanderten Juden werden nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen von der SS aufgespürt und in die Konzentrationslager gebracht. Will man eine vollständige Opferliste der Vlothoer Juden erstellen, so muß man die Verzogenen und nach Holland Ausgewanderten mit berücksichtigen. Dabei gehen wir weiterhin von der „Liste der 99 Juden" vom August 1945 aus, die uns übrigens auch auf Umwegen vom jüdischen Dokumentionscenter Yad Waschem, Jerusalem, zugegangen ist.

Die Schicksale auch der Vlothoer Juden finden sich wieder in dem vom Bundesarchiv Koblenz herausgegebenen Gedenkbuch „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933—1945", das 1986 in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst Arolsen veröffentlicht worden ist.

Die nachstehende Opferliste der Vlothoer Juden stützt sich weitgehend auf das Koblenzer Gedenkbuch, ergänzt durch eigene Nachforschungen. Die Angaben über Beruf, Familienstand und letzte Wohnung wurden mit einigen Korrekturen aus der amtlichen Vlothoer Liste übernommen. Die Namen wurden ergänzt durch Geburtsdatum und -ort, und bei Frauen durch die Geburtsnamen. Die Daten für

Umzüge, Auswanderungen und Deportationen (in der Liste *„evakuiert"!)* entsprechen den Angaben der Liste vom 31. 8. 45. Aus dem Koblenzer Gedenkbuch wurden übernommen: *„Letzter Deportationsort"* und die Angaben *zum „Schicksal"* der betroffenen Person. Ergebnisse eigener Nachforschungen stehen in eckigen Klammern. Die Opferliste ist auf den Seiten 128-130 abgedruckt.

Nach unseren Erkenntnissen sind 42 Personen (14 Männer, 24 Frauen, 4 Kinder oder Jugendliche) Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung geworden. Damit werden in Anzahl und Personen die Nachforschungen der damaligen Mendel-Grundmann-Gesellschaft weitgehend bestätigt, die 1969 die Namen von 43 Opfern auf die Steine des Gedenkmales meißeln ließ. In einigen Fällen konnten jetzt Todesort und Todesdatum ermittelt werden, der größte Teil der Verschleppten bleibt aber — wahrscheinlich für immer — verschollen.

Mahnmal und Gedenktafel als Zeichen der Versöhnung

Es ist das Anliegen dieser Veröffentlichung, die Zeit der größten Judenverfolgung der Geschichte, die in unserer Stadt zur Auslöschung der jüdischen Gemeinde geführt hat, in Erinnerung zu rufen und wachzuhalten. Dies ist das Geringste, was wir tun müssen, um die Opfer zu ehren, die — wie die Inschrift auf dem Mahnmal treffend sagt — Bürger der Stadt Vlotho waren. Als die Mendel-Grundmann-Gesellschaft 1969 das Gedenkmal als sichtbares Zeichen der Erinnerung und Mahnung errichten ließ, sagte H. Loeb bei der Einweihung: *„Mit diesem Denkmal ehren Sie die Toten, uns und sich selbst."*

Am 10. November 1988 wird zur Erinnerung an die Wiederkehr des 50. Jahrestages der Zerstörung der Synagoge und des Pogroms an den jüdischen Mitbürgen eine Gedenktafel enthüllt werden, auf der ein Wort aus der Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1945 steht:

Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung,
müssen die Vergangenheit annehmen.
Wir alle sind von ihren Folgen betroffen
und für sie in Haftung genommen.

Dieses Wort unseres Bundespräsidenten soll hier noch einmal in den Kontext seiner Rede gestellt werden.

Weizsäcker hat vom *„beispiellosen Völkermord"* an den Juden gesprochen. Er verweist dann auf die Verantwortung der Zeitgenossen:

„. . . jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mußten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intole-



Mahnmal am jüdischen Friedhof an der Wasserstraße,
1969 von der Mendel-Grundmann-Gesellschaft errichtet

ranz bis zu offenem Haß. Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, den unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde? Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten . . .

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich . . . Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen . . . Wir suchen als Menschen Versöhnung. Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann . . ."

Mahnmal und Gedenktafel sind nur äußere Zeichen des Willens zur Versöhnung, sie sollten aber im Sinne R. v. Weizsäckers „*Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Innern*" sein.

Die Geschichte des Holocausts der Vlothoer Juden ist — ob wir wollen oder nicht — auch unsere eigene Geschichte.

Literatur

Großmann, Karl, Geschichte der Stadt Vlotho, Vlotho 1971

Joachim Meynert, Stigmatisierung und soziale Ausgrenzung antisemitisch Verfolgter im nördlichen Regierungsbezirk Minden während der Zeit des Nationalsozialismus / Einstellungen und Reaktionen der Betroffenen, Dissertation, schreibmaschinenschriftlich, Bad Oeynhausen 1987

Joachim Meynert / Friedhelm Schäffer, Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus, Bielefeld 1983

Joachim Meynert / Arno Klönne (Hg.), Verdrängte Geschichte, Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen, 1933-1945, Bielefeld 1986

Joachim Meynert (Hg.), Ein Spiegel des eigenen Ich, Selbstzeugnisse antisemitisch Verfolgter, Brackwede 1988

Karla Raveh-Frenkel, Überleben — Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo, Tivon (Israel) / Lemgo 1986

Das Parlament, 35. Jg., Nr. 19, v. 11.5.1985

Gedenkbuch: Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, hg. vom Bundesarchiv Koblenz 1986

Akten des Ordnungsamtes der Stadt Vlotho, Nr. 13924

Privatbriefe

Liste der Vlothoer Juden, die durch die NS-Judenverfolgung umgekommen sind

Lfd. Nr.	Name, Vorname Geburtsname	geboren in	Beruf Familienstand	letzte Wohnung in Vlotho	verzogen ausgewandert	deportiert am	letzter Deportationsort	Schicksal
							laut Koblenzer Gedenkbuch	
01.	Adler, Edith	1.2.1899 Kitzingen	Hausangestellte ledig	Lange Str. 27	verz. 1939 nach Kitzingen		Riga	verschollen
02.	Frank, Klara geb. Felsenthal	23.12.1884 Borkum (?)	ohne Beruf verwitwet	Hochstr. 8	verz. 4.9.40 nach Leipzig			[verschollen]
03.	Frank, Marianne	14.10.23 Leipzig	ohne Beruf ledig	Hochstr. 8	verz. 4.9.40 nach Leipzig		Ravensbrück	verschollen
04.	Grundmann, Erich	20.4.1880 Vlotho	Kaufmann verh.	Lange Str. 83/ Hochstr. 8		30.3.42	unbekannt	verschollen
05.	Grundmann, Dora geb. Mosheim	17.11.1888 Landau/Waldeck	Ehefrau	Lange Str. 83/ Hochstr. 8		30. 3. 42	unbekannt	verschollen
06.	Grundmann, Magdalene	18.5.1916	ohne Beruf ledig	Lange Str. 83		30.3.42		[verschollen]
07.	Grundmann, Selma geb. Hirsch	10.6.1883 Sachsenhausen	ohne Beruf verwitwet	Mühlenstr. 18	verz. 3.6.37 nach Opladen		Riga	verschollen
08.	Heynemann, Samson	1.11.1860 Vlotho	Kaufmann verh.	Lange Str. 83		29.7.42	Theresienstadt	verstorben 15.8.42
09.	Heynemann, Hedwig geb. Cohn	30.5.1874 Gnesen	Ehefrau	Lange Str. 83		29.7.42	Minsk	verschollen
10.	Juchenheim, Emma	27.1.1855 Vlotho	Ehefrau	Lange Str. 16	ausgew. 22.10.35 nach Holland		Sobibor	verstorben [16.4.43]
11.	Juchenheim, Alwin	3.10.1889 Vlotho	Kaufmann verh.	Lange Straße 83/ Lange Str. 16		10.12.41	Dachau	verstorben 6.12.44
12.	Juchenheim, Paula geb. Katzenstein	8.11.1902 Lemgo	Ehefrau	Lange Str. 83/ Lange Str. 16		10.12.41	Stutthoff/ Danzig	verschollen/ für tot erklärt
13.	Juchenheim, Lore	25.5.1926 Bad Salzuflen	Lehrling ledig	Lange Str. 83/ Lange Str. 16		10.12.41	Stutthoff/ Danzig	verschollen/ für tot erklärt
14.	Juchenheim, Hans	25.10.1928 Bad Salzuflen	Schüler ledig	Lange Str. 83/ Lange Str. 16		10.12.41	Dachau	verstorben 2.6.45

15.	Juchenheim, Paul		Artist verh.	Herforder Str. 33	ausgew. 1936 nach Holland			[1941 in Amsterdam Opfer einer Straftat eines dt. Offiziers]
16.	Katz, Erich	4.5.1897 Langenholzhsn.	Arbeiter verh.	Lange Str. 66	ausgew. 3.5.39 nach Holland		Auschwitz	verschollen/ für tot erklärt
17.	Katz, Irma geb. Brodt	7.1.1901 Gelsenkirchen	Ehefrau	Lange Str. 66	ausgew. 3.5.39		Auschwitz	verstorben 28.2.45
18.	Katz, Werner	28.2.25 Langenholzhsn.	Schüler ledig	Lange Str. 66	ausgew. 21.2.39 nach Holland		Bergen-Belsen	verschollen/ für tot erklärt
19.	Kohlberg, Hilde geb. Mosheim	14.4.1910 Bonneberg	ohne Beruf verh.	Hochstr. 8	verz. 16.10.40 nach Lauenförde		unbekannt	verschollen/ für tot erklärt
20.	Levy, Hedwig geb. Steinberg	31.3.1875 Vlotho	ohne Beruf verw.	Lange Str. 81/ Mühlenstr. 5		29.7.42	Theresienstadt	verst. [Selbstmord] 13.9.42
21.	Loeb, Gustav	29.5.1882 Netze	Kaufmann verh.	Lange Str. 104	verz. 6.12.38 nach Hannover		Riga	verschollen
22.	Loeb, Helene geb. Nußbaum	30.10.1889 Sermbach	Ehefrau	Lange Str. 104	verz. 6.12.38 nach Hannover		Riga	verschollen
23.	Loeb, Marianne	10.2.22 Vlotho	Kranken-schwester	Lange Str. 104	verz. 6.12.38 nach Hannover			[verst. in Hannover an Folgen der Verfolgung]
24.	Marcus, Änne	18.12.1904	ohne Beruf ledig	Lange Str. 78	verz. 1.6.34 Ort unbekannt		Groß-Rosen	verschollen/ für tot erklärt
25.	Mosheim, Moses	19.2.1861 Landau/Waldeck	Fabrikant verwitwet	Bonneberg 16/ Lange Str. 81		29.7.42	Theresienstadt	verstorben 25.1.43
26.	Mosheim, Gerda	23.5.1924 Valdorf	ohne Beruf ledig	Hochstr. 8/ Lange Str. 81		30.3.42	unbekannt	verschollen
27.	Nußbaum, Johanne geb. Baumgart	16.3.1866	ohne Beruf verwitwet	Lange Str. 104	verz. 6.12.38 nach Hannover		Theresienstadt	verstorben 8.8.42
28.	Rosenwald, Oskar	26.2.1873 Schötmar	Kaufmann ledig	Höltkebruchstr. 9		29.7.42	Minsk	verschollen
29.	Rüdenberg, Adolf	29.3.1902 Vlotho	Kaufmann ledig	Lange Str. 62	verz. 20.6.38 nach Hannover			[Selbstmord wg. Verfolgung 22.5.38]

Liste der Vlothoer Juden, die durch die NS-Judenverfolgung umgekommen sind (Fortsetzung)

Lfd. Nr.	Name, Vorname Geburtsname	geboren in	Beruf Familienstand	letzte Wohnung in Vlotho	verzogen ausgewandert	deportiert am	letzter Deportationsort	Schicksal
							laut Koblenzer Gedenkbuch	
30.	Silberberg, Rebekka geb. Markus	21.2.1861 Krefeld	Geschäftsfrau verwitwet	Lange Str. 81		29.7.42	Theresienstadt	verstorben 25.1.43
31.	Silberberg, Willi	28.5.1894 Vlotho	Kaufmann verh.	Lange Str. 81		29.7.42	Auschwitz	verstorben 6.10.44
32.	Simon, Hildelore geb. Speyer	30.5.1915 (?) Vlotho	ohne Beruf ledig	Lange Str. 30	ausgew. 6.4.34 nach Holland		Auschwitz	verschollen/ für tot erklärt
33.	Steinberg, Louis	2.8.1867 Vlotho	Kaufmann verwitwet	Lange Str. 83/ Mühlenstr. 5		29.7.42	Minsk	verschollen
34.	Speyer, Nathan	22.11.1877 Züschen/Waldeck	Arbeiter verh.	Höltkebruchstr. 9		30.3.42	unbekannt	verschollen
35.	Speyer, Henriette geb. Hamlet	15.7.1880 Schötmar	Ehefrau	Höltkebruchstr. 9		30.3.42	unbekannt	verschollen
36.	Speyer, Erna	9.2.1906 Vlotho	Arbeiterin ledig	Höltkebruchstr. 9		30.3.42	unbekannt	verschollen/ für tot erklärt
37.	Speyer, Emmi	9.9.1886 Züschen/Waldeck	ohne Beruf ledig	Höltkebruchstr. 9		30.3.42	unbekannt	verschollen
38.	Warschauer, Leonie geb. Grundmann	10.12.1917 Offenbach	ohne Beruf verwitwet	Lange Str. 81		30.3.42	unbekannt	verschollen
39.	Windmüller, Gertrud	15.6.1899 Vlotho	Ehefrau	Lange Str. 83		28.3.42	unbekannt	verschollen
40.	Windmüller, Ruth	18.3.1937 Hamm	Kind	Lange Str. 83		28.3.42	„im Osten"	verschollen
41.	Weinberg, Gustav	2.2.1874 Hohenhausen	Viehhändler verh.	Lange Str. 9	verz. 28.4.39 nach Dortmund			[verschollen]
42.	Weinberg, Ella	6.1.1876 Ärzen	Ehefrau	Lange Str. 9	verz. 28.4.39 nach Dortmund			[verschollen]

Die eckigen Klammern bedeuten:
Eigene Nachforschungen der
Mendel-Grundmann-Gesellschaft

Helmut Urbschat

Wiedergutmachung?

Seit Juli 1942 war Vlotho judenrein im Sinne der NS-Ideologie. Doch bald nach Kriegsende sah sich seine Verwaltung in vieler Hinsicht mit der jüdischen Hinterlassenschaft befaßt. Zwei umfangreiche Ordner des städtischen Ordnungsamtes geben Zeugnis vom letzten Kapitel der Juden in Vlotho.

Schon unter dem 31. 8. 45 ging an den Landrat in Herford auf dessen Anforderung eine Liste mit 99 Namen: „Volljuden, die von 1933 bis 1945 im hiesigen Amtsbezirk gelebt haben." In der Spalte Bemerkungen findet sich eine aufschlußreiche Veränderung zwischen Entwurf und Reinschrift. Bei denen, die zu Zwangsarbeit und Tod deportiert sind, steht zunächst das treffende Wort „Stapo", das ist später zu „evakuiert" verharmlost.

Eine Umfrage bei den Vlothoer Banken, ob bei ihnen noch Konten jüdischer Bürger oder Institionen geführt würden, ergab im Herbst 1945 im wesentlichen Fehlanzeige.

Siegmund Mosheim aus Wrexen, ein Neffe der Mosheims vom Bonneberg, hatte im September 1945 persönlich mehrere Möbelstücke seines ermordeten Onkels eingefordert, die sich in verschiedenen Haushalten der Stadt befanden. Als im Oktober Mutter und Tochter Silberberg nach Vlotho zurückkehrten, bat die Verwaltung um seine Hilfe bei der offenbar ungewohnten Aufgabe, jüdische Verfolgte einzugliedern.

Als Wohnung bekamen Henny und Marianne Silberberg das Einfamilienhaus Mühlenstr. 5. Das war sehr passend ausgewählt, handelte es sich doch um den kleinen, erst 1940 „arisierten" Alterssitz des jüdischen Kaufmanns Louis Steinberg. Doch wie sollten sie, die völlig mittellos angereist waren, an Möbel und Hausrat kommen? Jetzt erwies sich das Reichsleistungsgesetz vom 1. 9. 39 als hilfreich. Seine nazistischen Urheber hätten es sich nicht träumen lassen, daß ihre Paragraphen einmal ausgeplünderten Juden nützen würden. Das Datum ihres Gesetzes macht vielmehr deutlich, es sollte das Privatvermögen der Reichsbürger dem großen Krieg nutzbar gemacht werden. Nun also wurden bei ehemals führenden Parteigenossen der NSDAP die nötigen Einrichtungsgegenstände für Silberbergs beschlagnahmt. Sie waren damit nicht übereignet, sondern lediglich zur Verfügung gestellt, für die Inanspruch-

nahme ist sogar von Amts wegen ein Entgelt gezahlt worden. Henny und Marianne Silberberg haben diese Leihgaben nicht lange genutzt, im März 1947 sind sie nach New York ausgewandert.

Ihnen folgte 1952 Frau Bräutigam, die ebenfalls nach dem Krieg für einige Zeit in die Heimatstadt zurückgekehrt war. Damit hatten die Vlothoer keinen einzigen jüdischen Mitbürger mehr. Der Papierkrieg um Silberbergs Einrichtung, die nun den Eigentümern zurückgegeben wurde, zog sich noch über ein Jahr hin. In immer neuen Eingaben versuchten die ehemaligen Parteigenossen, deren Möbel 1945 beschlagnahmt worden waren, eine höhere Entschädigung für Abnutzung oder Verlust herauszuschlagen. Besonders hartnäckig erwies sich der Vlothoer, der vor der Deportion der Juden von Frau Windmüller, einem der Opfer, eine Badeeinrichtung zum Geschenk bekommen hatte, dann nachträglich RM 120,– ans Finanzamt Herford hatte zahlen müssen. Seine Forderungen beschäftigten Stadt und Kreis bis Ende 1951, erstattet wurden ihm neben der alten Badeeinrichtung DM 380,–.

Durch das Gesetz Nr. 52 der Militärregierung in Deutschland war festgelegt, daß allen Opfern der nazistischen Verfolgung ihre Vermögenswerte zurückerstattet werden mußten. Eckdaten für die Ermittlung waren der 30. Januar 1933 und der 8. Mai 1945. Bei Häusern und Grundstücken ließ sich leicht feststellen, wann und zu welchem Preis sie den Besitzer gewechselt hatten. Aber wer sollte die Ansprüche der vielen Juden verfechten, die entweder im fernen Ausland lebten oder deren ganze Familie ausgerottet war, so daß kein einziger Erbe übrigblieb? Hier trat der Jüdische Vermögensfonds für Deutschland ein (Jewish Trust Corporation for Germany), um die Erstattung durchzusetzen.

Schon im Juli 1946 beklagt sich die jüdische Gemeinde Herford, daß ihr Vlothoer Synagogen-Grundstück Sammelpunkt für Kaninchen- und Geflügelabfälle ist und teilweise als Kohlgarten benutzt wird. Vier Jahre später muß eine Bielefelder Anwaltskanzlei eingeschaltet werden, weil die Mauerreste des früheren Synagogen-Gebäudes als Schafstall benutzt werden. *„Die Benutzung dieses Gebäudes, das evtl. wieder seinem früheren Zweck zugeführt wird, je nach dem, wie die Verhandlungen laufen, zur Unterbringung einer Schafherde dürfte wirklich den primitivsten Auffassungen von Pietät widersprechen."* Mit Hilfe der Vlothoer Polizei wurde der Mißstand umgehend behoben.

Im Antrag vom 22. 9. 1945 bemüht sich die Jewish Trust Corporation um Entschädigung wegen Zerstörung der Synagoge in Vlotho. Der Gebäudewert wird auf DM 39.100 geschätzt, in der Einrichtung sind 68 Sitze mit Pult für Männer und 44 Sitze auf der Empore für Frauen bewertet, desgleichen der Thoraschrein, das Podium, ein Harmonium und ein Ofen. Am höchsten stellt sich der Schaden an

Kultgegenständen, sind doch drei Thorarollen mit zugehörigem Silberschmuck verloren, zwei silberne Altarleuchter und ein Schanukkah-Leuchter, ein Schofar-Horn und ein Chuppah (Trauhimmel), um nur das Wichtigste zu nennen. Vier Jahre später beziffert sich in einer dritten Ergänzung der Gesamtschaden ohne Grundstück auf DM 77.040. Was erstattet worden ist, steht nicht in unseren Akten. Wo einst Synagoge und Judenschule gestanden haben, erhebt sich heute das Weser-Center.

Da sich in Vlotho kein Jude fand, der sein ererbtes Haus oder Grundstück übernehmen wollte — die Kaufverträge aus der Nazizeit waren für nichtig erklärt — ging es ausschließlich um den angemessenen Preis. Der orientierte sich meist an dem, was bei der Arisierung gezahlt worden war. Weil fast nur Leute zur Kasse gebeten wurden, die in der Hitlerzeit von Juden Häuser und Geschäfte übernommen hatten, sind sie immer noch billig an ihre Immobilien gekommen, denn die Deutsche Mark der fünfziger Jahre war weniger wert als die Reichsmark der dreißiger. Als Ausnahme muß die Papierfabrik Mosheim gelten, die im Oktober 1938 für RM 265.000 auf das Union-Werk van Deylen überging. Hier wurde nach dem Krieg ein Vergleich geschlossen, für DM 600.000 blieb das Werk der genannten Firma. Schwierig wurde es, als schon das Bundesentschädigungsgesetz Besatzungsrecht abgelöst hatte, mit der Rückerstattung jüdischen Hausrats bzw. der Entschädigung dafür. Wer wollte schon 1956 wissen, wo beispielsweise Silberbesteck und Porzellan der Familie Speier aus der Höltkebruchstr. 9 geblieben waren, nachdem die Familie vierzehn Jahre zuvor deportiert worden war? Im wesentlichen ist die bewegliche Habe der jüdischen Vlothoer in der Stadt versickert, d. h. stillschweigend haben sich *„Arier"* diese Werte angeeignet.

Typisch ist die Rückerstattungssache des Enkels des Fabrikanten Moses Mosheim vom Bonneberg. Weil Richard Grundmann in den USA lebte, hatte er 1951 eine Bielefelder Anwaltskanzlei beauftragt, seine Ansprüche zu vertreten. Er verlangte DM 17.500 für die Einrichtung des Hauses Bonneberg 16, eines Gebäudes mit neun Zimmern, dessen teilweise wertvolles Mobiliar er aus dem Gedächtnis auflistete. Der Rechtsstreit zog sich bis Anfang 1954 hin und brachte zwei bemerkenswerte Entscheidungen:

1) Der Kläger bekommt vom Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches DM 2.500 für eine vollständige Wohnzimmer-Einrichtung und DM 2.000 für eine vollständige Schlafzimmer-Einrichtung.

2) Die Stadt Vlotho ist von Entschädigung freigestellt, da sie kein Eigentum an jüdischen Sachen erworben hat.

Die Stadt verdankte das für sie günstige Grundsatzurteil vor allem dem Zeugnis des früheren Amtsbürgermeisters Sappke, der 1935 von den Nazis eingesetzt worden war. Er wies anhand von Quittungen nach, daß der Erlös aus dem übernommenen Hausinventar der de-

portierten Juden umgehend an die Finanzkasse Herford überwiesen worden war.

Ebenfalls in Sappkes Aussage findet sich die Erklärung dafür, daß für den gesamten Hausrat eines gutsituierten Fabrikanten — so hatte ihn seine langjährige Hausangestellte Erna Fasse beschrieben — nur der Gegenwert zweier Zimmer zurückerstattet wurde. Zitat:

„Mir ist bekannt, daß vor der Deportierung der Juden diese viele ihrer Einrichtungsgegenstände sowie Wäschestücke verkauft haben, da es ihnen damals sehr schlecht ging. Ich habe aber nichts darauf unternommen, weil ich die Ansicht vertrat, daß die Juden ja schließlich nur ihr Eigentum veräußerten."

Die Tatsache, daß Moses Mosheim mit seiner Familie 1938 in die Hochstr. 8 umgezogen ist und 1940 zwangsweise in die Lange Str. 81, eines der Judenhäuser, erhärtet die Überzeugung der Wiedergutmachungskammer, daß er, als ihn die Gestapo abholte, längst nicht mehr so wohlhabend war wie in seinen besten Tagen. Bleibt das bedrückende Ergebnis: diesem Vlothoer Bürger ist nicht einmal der volle materielle Schaden seiner langjährigen Entrechtung anerkannt worden.

Gegen Ende der Akte Judentum finden wir einige Auskünfte des Weser-Gymnasiums. Hier geht es um Ausbildungsschaden der Jüdinnen und Juden, die die Höhere Stadtschule besucht haben und die durch die Rassegesetze der Nazis in ihrem schulischen und folglich beruflichen Fortkommen behindert worden sind. Es wird jeweils dem Antragsteller oder seinen Erben bescheinigt, wie lange die Schule besucht worden ist, gelegentlich auch der Leistungsstand.

Für das Verbrechen des Holocausts, dem viele Vlothoer Juden zum Opfer gefallen sind, kann es keine Wiedergutmachung geben. Aber materielle Schäden hätte unsere Rechtsgemeinschaft entgegenkommend und großzügig erstatten können. Die Akten lesen sich anders. Was die überlebenden Juden anmeldeten, wurde mißtrauischer angesehen und kleinlicher geprüft als die genannten Forderungen aus dem Reichsleistungsgesetz. Offensichtlich galt das Wort eines Ortsansässigen mehr als ein Schriftsatz eines Menschen, der aus der Heimatstadt vertrieben war.

Einzelne Vlothoer knüpften nach dem Kriege wieder Freundschaftsbande mit Juden im Ausland, die ihnen aus Kindheit und Jugend vertraut waren. Im ganzen war das Vlotho der Nachkriegszeit mit seinen Juden fertig, an ihre Leiden und an eigenes Versagen wollte es nicht erinnert werden. Bezeichnenderweise waren es überwiegend Neu-Vlothoer, die während der Nazizeit nicht in der Weserstadt gelebt hatten, welche sich zusammenfanden in dem Bemühen, das jüdische Angedenken zu bewahren. Das jüdische Gedächtnismal, welches auf Betreiben der Mendel-Grundmann-Gesellschaft 1969 errichtet wurde, ließ sich trotz mehrerer Aufrufe nicht aus Spenden der

Bürgerschaft finanzieren, vielmehr haben es die Evangelische Kirche und die Stadt Vlotho durch großzügige Zuschüsse ermöglicht. Erfreulicher ist das Bild achtzehn Jahre später. Als für die Synagogen-Gedenktafel und für den Besuch der früheren jüdischen Mitbürger gesammelt wird, gehen viele Spenden ein, die den größeren Teil der Kosten decken. Schon im Jahre 1985, vierzig Jahre nach Kriegsende, hatten sich besonders junge Vlothoer angestrengt, die jüdische Geschichte ihrer Heimat zu erforschen.

Diese Entwicklung stimmt hoffnungsvoll, schließt sie doch die Bereitschaft ein, dem Vergessen entgegenzuwirken. Vielleicht können wir eines Tages dem Wort jüdischer Weisheit gerecht werden, das in Jerusalem über der Gedenkstätte Yad Waschem geschrieben steht:

VERDRÄNGEN
HÄLT DIE ERLÖSUNG AUF
SICH ERINNERN
BRINGT SIE NÄHER

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Copyrigth: Mendel-Grundmann-Gesellschaft e. V. Vlotho
Weiterverwendung nur mit Quellenangabe und Belegexemplar
Satz und Reproduktionen: Günter Berges, Vlotho
Druck: Deppe-Druck GmbH, Vlotho



Nathan Speier



Henriette Speier



Erna Speier



Jule Silberberg



Willi Silberberg



Max Silberberg



Erich Grundmann

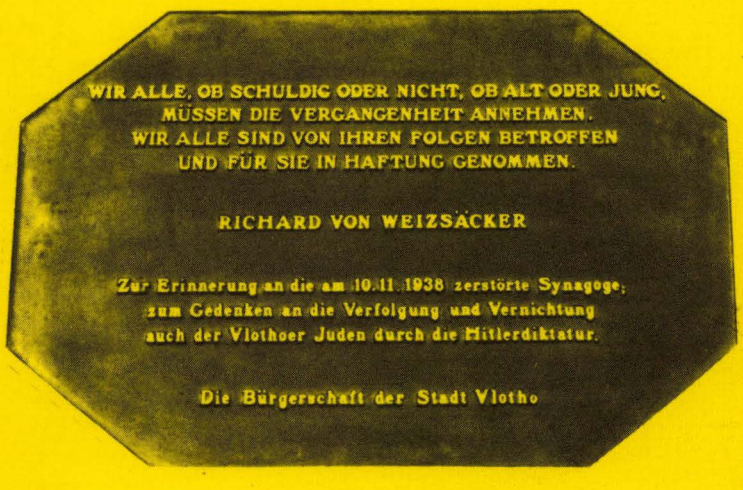


Dora Grundmann



Hedwig Levi

Diese Namen stehen stellvertretend für alle jüdischen Bürger Vlothos, die während der Nazi-Herrschaft verfolgt und vertrieben, verschleppt und ermordet wurden.


WIR ALLE, OB SCHULDIG ODER NICHT, OB ALT ODER JUNG,
MÜSSEN DIE VERGANGENHEIT ANNEHMEN.
WIR ALLE SIND VON IHREN FOLGEN BETROFFEN
UND FÜR SIE IN HAFTUNG GENOMMEN.
RICHARD VON WEIZSÄCKER
Zur Erinnerung an die am 10.11.1938 zerstörte Synagoge,
zum Gedenken an die Verfolgung und Vernichtung
auch der Vlothoer Juden durch die Hitlerdiktatur.
Die Bürgerschaft der Stadt Vlotho